

EnergieSchweiz nach 2010

Konsultationsbericht

Ittigen, 29. Juni 2009

Autor:

Johannes Vogel

EnergieSchweiz

Bundesamt für Energie BFE, Mühlestrasse 4, CH-3063 Ittigen · Postadresse: CH-3003 Bern
Tel. 031 322 56 11, Fax 031 323 25 00 · contact@bfe.admin.ch · www.energie-schweiz.ch

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	5
1.1 Hinweise zur Interpretation des vorliegenden Berichts	5
2 Zusammenfassung	6
3 Résumé	10
4 Rückmeldungen zum Zwischenbericht «EnergieSchweiz nach 2010»	14
4.1 Notwendigkeit eines Programms «EnergieSchweiz nach 2010»	14
4.1.1 Zustimmung	14
4.1.2 (Partielle) Ablehnung	16
4.1.3 Weitere Voten und Forderungen	16
4.2 Aufgabe und Rolle von ECH	17
4.2.1 Zustimmung	17
4.2.2 (Partielle) Ablehnung	18
4.2.3 Weitere Voten und Forderungen	18
4.3 Orientierung an den übergeordneten Zielen der Energie- und Klimapolitik	21
4.3.1 Allgemeine Bemerkungen	21
4.3.2 Ziel: Reduktion fossiler Energien	22
4.3.3 Ziel: Anteil der erneuerbaren Energien steigern	24
4.3.4 Ziel: Anstieg des Stromverbrauchs begrenzen	26
4.3.5 Ziel: Import von erneuerbarer Elektrizität	28
4.3.6 Weitere Ziele für EnergieSchweiz	30
4.4 Detailaufgaben von EnergieSchweiz	32
4.4.1 Interpretation der Ergebnisse	34
4.4.2 Anmerkungen der Kantone	34
4.5 Thematische Schwerpunkte	36
4.5.1 Rückmeldungen zu einzelnen Schwerpunkten	36
4.5.2 Weitere Voten und Forderungen	38
4.6 Partner, Netzwerk, öffentliche Hand	39
4.6.1 Zustimmung	39
4.6.2 (Partielle) Ablehnung	39
4.6.3 Weitere Voten und Forderungen	40

4.7 Organisationsmodelle	43
4.7.1 Modell „Integration“	43
4.7.2 Modell „Eigenständige Agentur“	45
4.7.3 Andere Modellvorschläge	46
4.8 Weitere Bemerkungen	47
4.9 Rückmeldungen von Bundesämtern	50
<i>5 Rolle der Akteure in ECH nach 2010</i>	<i>53</i>
5.1 Interesse an Mitarbeit	53
5.1.1 Einzelne Bemerkungen	53
5.2 Gewünschte Rolle und Aufgabe	55
5.2.1 Rolle	55
5.2.2 Hauptaufgaben	56
5.2.3 Weitere Aufgaben	58
5.3 Thematische Tätigkeitsfelder	60
5.4 Beiträge zu innovativen Konzepten und Verfahren	63
5.5 Finanzierung von ECH nach 2010	66
5.6 Weitere Bemerkungen	67
<i>6 Anhang</i>	<i>69</i>
6.1 Liste der Konsultationsteilnehmer	69

1 Einleitung

EnergieSchweiz ist ein partnerschaftliches Gesamtprogramm zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz und damit ein wichtiger Bestandteil der schweizerischen Energie- und Klimapolitik. Die Laufdauer des Programms ist gemäss Bundesratsbeschluss auf Ende 2010 beschränkt. Daher wird seit Sommer 2008 im Auftrag der Strategieguppe von EnergieSchweiz ein Konzept für die nächste Etappe erarbeitet. Unterstützt wird die Programmleitung dabei von einer externen Begleitgruppe.

Die Strategieguppe hat im Dezember 2008 ihre Ideen für das Nachfolgeprogramm im „Zwischenbericht zu EnergieSchweiz nach 2010“ präsentiert. Dieser Zwischenbericht wurde politischen Parteien, Wirtschaftsverbänden und –vertretern, energiepolitischen Organisationen, Kantonen, Umwelt- und Konsumentenorganisationen, Partnern von EnergieSchweiz sowie weiteren Interessierten mittels eines umfassenden Fragebogens zur Konsultation unterbreitet.

Der vorliegende Konsultationsbericht gibt einen Überblick über die eingegangenen Rückmeldungen. Im Sinne einer kompakten Darstellung der Ergebnisse wurden Aussagen mit hohem inhaltlichen Deckungsgrad zu einer gemeinsamen Stossrichtung zusammengefasst.

Die Ergebnisse dieser Konsultation werden in die Weiterentwicklung des Konzeptes „EnergieSchweiz nach 2010“ einbezogen. Ziel ist es, dem Bundesrat im Herbst 2009 einen Antrag für einen Grundsatzentscheid zur Weiterführung des Programms EnergieSchweiz zu unterbreiten.

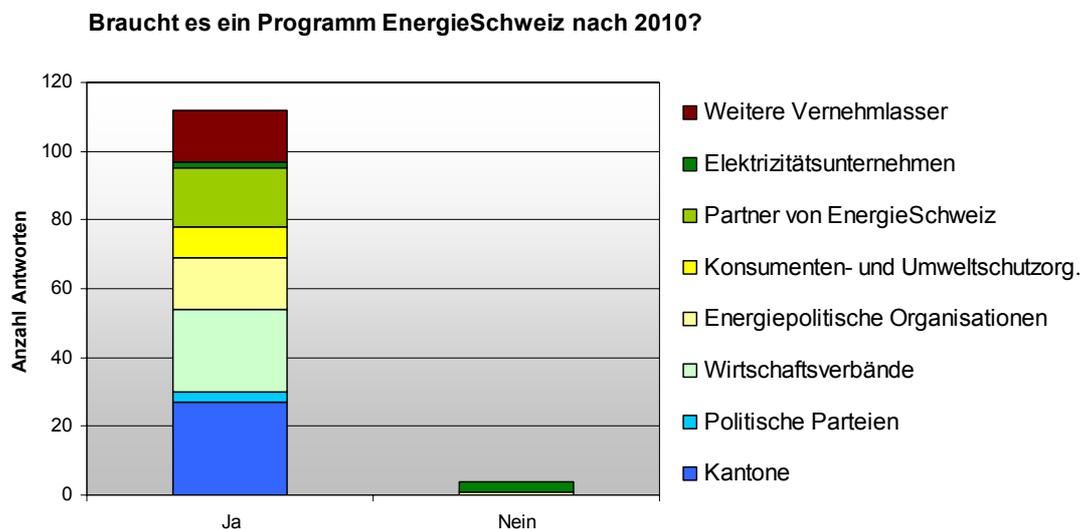
1.1 Hinweise zur Interpretation des vorliegenden Berichts

Insgesamt haben 122 Akteure zum Zwischenbericht der Strategieguppe schriftlich Stellung genommen. Aufgrund der umfangreichen Rückmeldungen war es unumgänglich, die Menge der Voten zu reduzieren. Dies bringt folgende Implikationen bezüglich der Art, wie das vorliegende Dokument gelesen und verstanden werden muss, mit sich:

- Der Bericht umfasst nicht alle Aussagen aus den Stellungnahmen. Die Aussagen wurden gemäss ihrer inhaltlichen Relevanz für die Programmentwicklung von „EnergieSchweiz nach 2010“ ausgewählt.
- Mehrere Aussagen, die sinngemäss einen hohen Übereinstimmungsgrad aufweisen, wurden zu einer Stossrichtung zusammengefasst. Dadurch ist es möglich, dass die ursprüngliche Aussage eines erwähnten Akteurs nicht vollständig in der formulierten Stossrichtung widerspiegelt ist.
- Den Diagrammen liegt die effektive Anzahl der Ja- / Nein- / Teilweise – Stimmen zugrunde, wobei jede Stellungnahme mit einer Stimme vertreten ist.
- Unterhalb der Diagramme wird die Verteilung der Akteure auf die jeweiligen Positionen aufgeschlüsselt. Anschliessend folgen die Rückmeldungen in Textform. Es ist möglich, dass Akteure eine Frage positiv beantwortet haben und anschliessend ein kritisches oder ablehnendes qualitatives Votum folgen lassen. Diese Inkonsistenzen aus den Stellungnahmen wurden in den Bericht übernommen.

2 Zusammenfassung

Im Folgenden werden zusammenfassend für jede Fragestellung der Konsultation die grundlegende Stossrichtung und wichtige Argumentationslinien dargestellt. Eine detaillierte Auflistung der wichtigen Aussagen folgt anschliessend in den Kapiteln drei und vier.



Eine grosse Mehrheit von 91% der konsultierten Akteure ist der Meinung, dass ein Nachfolgeprogramm EnergieSchweiz (ECH)¹ nach 2010 notwendig ist. Viele Akteure erachten ECH als wichtiges Implementierungsinstrument mit bewährter Organisationsform, welches zentrale Vernetzungs-, Koordinations- und Antriebsaufgaben wahrnimmt. Die Kantone bezeichnen eine Weiterführung von ECH als notwendig, wobei die EnDK et al.² eine Fortsetzung ihrer Mitwirkung an Bedingungen knüpfen. Als Vorzüge des Programms streichen die EnDK et al. die Klammerfunktion auf nationaler Ebene heraus. Für einige Kantone ist ECH wichtig für die Erreichung derer energie- und klimapolitischen Ziele. Umweltorganisationen, einige Partner von ECH u.a. bezeichnen die Weiterführung des Programms im Hinblick auf die 2000W-Gesellschaft und die Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele des Bundes als zwingend. Im Weiteren wird ECH in der Funktion der Festlegung von Prioritäten, der Vermeidung von Doppelspurigkeiten, der Nutzung von Synergien, der Unterbindung von Monopolen, des Managements von Schnittstellen sowie als Motivationsplattform geschätzt.

Mit den vier Akteuren BKW, Axpo, swisselectric und AVES sind bloss 3.3% der befragten Akteure gegen eine Weiterführung des Programms. Gemäss der Elektrizitätswirtschaft fehlt der Nachweis, dass es zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele des Bundesrates und den von der Verfassung und der Gesetzgebung vorgegebenen Rahmenbedingungen und Ziele ein solches Programm braucht und die bestehenden Verwaltungsstrukturen nicht ausreichen. economiesuisse bemängelt, dass ECH entgegen der bundesrätlichen Viersäulenstrategie selektiv nur auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt. Im Weiteren beeinflusse ECH die Politik und Öffentlichkeit in einer für Behörden unzulässigen Art. Schliesslich wird von AVES und EFCH die Aussagekraft von Wirkungsanalysen und damit die Wirkung von ECH in Frage gestellt.

5.7% der Akteure enthalten sich dieser Fragestellung.

¹ EnergieSchweiz wird im vorliegenden Bericht mit „ECH“ abgekürzt.

² EnDK et al. umfasst die Kantone AG, SO, TG, SG, FR, GR, NW, OW, ZH, JU, SZ, SH, ZG, GL, UR, AR. Dabei ist jedoch der Kommentar in der Fussnote auf S. 41 beachten.

Rolle und Aufgaben

Die Zustimmung für die Rolle und die Aufgaben von EnergieSchweiz liegt bei 42% der Akteure. Gemäss vielen Akteuren soll sich ECH in der Rolle einer zentralen Plattform im Energiebereich verstehen, welche insbesondere Vernetzungs-, Koordinations- und Antriebsfunktionen übernimmt. Die Kombination verschiedener Instrumente, das Arbeiten mit gezielten Anreizen und Verboten sowie das Harmonisieren der verschiedenen Massnahmen werden begrüsst.

Weitere 48% der Akteure sind teilweise einverstanden und formulieren weitergehende Forderungen und Wünsche an ECH. EnDK et al. erachten die Rolle als zu offen formuliert und schlagen Anpassungen in vier Punkten vor: Verbindliche Aufgabenteilung zwischen ECH und Kantonen; Moderation statt Harmonisierung; Erkennen von Handlungslücken; Umsetzungsförderung mit Schwerpunktbildung. Einige Akteure verlangen eine klare Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen Gesetzgebung, Verwaltung und Verbänden bzw. Fachkommissionen gemäss dem Subsidiaritätsprinzip. Umwelt- und Konsumentenorganisationen u.a. fordern einerseits mehr Mittel und Kompetenzen und andererseits einen Rahmenkredit für ECH, um langfristige Planung und Kontinuität zu ermöglichen.

Partielle Ablehnung kommt von *economiesuisse* sowie einigen Kantonen. Sie erachten es nicht als Aufgabe von ECH, zusätzlich zu den legislativ abgestützten Zielen weitere zu definieren. Daher verlangen sie eine Beschränkung auf die gesetzlich definierte Rolle und die damit verbundenen Aufgaben Koordination, Evaluation und Vollzug im Bereich der freiwilligen Massnahmen. Das Energieforum lehnt die Rolle eines Vorläufers gesetzlicher Massnahmen ab.

Orientierung an übergeordneten Zielen

Die Fragen zur Orientierung an übergeordneten Zielen wurden von vielen Akteuren falsch verstanden. Nicht die grundsätzliche Orientierung an den Zielen wurde beurteilt, sondern oft die Grössenordnung der Ziele selbst. Trotzdem lassen sich zwei Stossrichtungen identifizieren:

Von einigen Akteuren wird die Orientierung an übergeordneten Zielen als unumgänglich erachtet, wobei entweder die energie- und klimapolitischen Ziele der Schweiz, der EU oder weitergehende Ziele als Orientierungshilfe dienen sollen. Eine zweite Gruppe von Akteuren argumentiert dahingehend, dass die Orientierung an übergeordneten Zielen nicht Gegenstand dieser Konsultation sein darf und die Festlegung von Zielen und Massnahmen dem Gesetzgeber überlassen werden muss.

Reduktion fossiler Energie: Es herrscht ein Konsens im Punkt, dass ECH einen Beitrag zur Reduktion fossiler Energien leisten soll. Einige Akteure lehnen jedoch eine Diskussion der Zielgrösse im Rahmen dieser Konsultation ab und weisen darauf hin, dass ECH ohnehin nicht verantwortlich gemacht werden kann für eine allfällige Nicht-Erreichung des Ziels.

Anteil der erneuerbaren Energien steigern: Grundsätzlich wird die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien begrüsst. Abgelehnt wird das Ziel von der Elektrizitätswirtschaft mit der Begründung, die Erneuerbaren würden bereits ausreichend und teils mit falschen Anreizen gefördert.

Anstieg des Stromverbrauchs begrenzen: Die Orientierung an diesem Ziel wird von Akteuren aus allen Gruppen als verfehlt bezeichnet. Eine Gruppe von Akteuren weist im Hinblick auf den Klimaschutz darauf hin, dass eine abnehmende Nachfrage nach fossilen Brenn- und Treibstoffen mit einem wachsenden Strombedarf einhergeht. Andere verlangen ein ambitionierteres Ziel als die maximal fünfprozentige Zunahme der Nachfrage. Als mögliche Alternative zu dieser Strategie wird eine Effizienzsteigerung auf dem gesamten Energiesektor oder eine Verbrauchsobergrenze für den Gesamtenergieverbrauch vorgeschlagen.

Import von erneuerbarer Elektrizität: Viele Akteure verlangen in erster Priorität die Ausschöpfung des inländischen Potentials und erachten den Import als ergänzende Möglichkeit. Abgelehnt wird der Import mit den Argumenten, dass a) die Verantwortung nicht an das Ausland abgeschoben werden darf, b) die durch die Förderung ausgelöste Wertschöpfung im Inland gehalten werden soll, c) Importe nicht zu einer stabilen Grundlastenergie beitragen und d) der Import nicht Aufgabe von ECH ist. Zu-

stimmende Akteure weisen auf grössere Potentiale und damit tiefere Produktionskosten im Ausland hin.

Detailaufgaben von EnergieSchweiz

Die Aufgaben „Unterstützung der energie- und klimapolitischen Massnahmen und Instrumente“ und „Information und Beratung“ werden von einer überwältigenden Mehrheit der konsultierten Akteure als wichtig oder sehr wichtig eingestuft.

Folgende Aufgaben werden von einer grossen Mehrheit als wichtig oder sehr wichtig eingestuft, wobei maximal 30% der Vernehmlasser den Aufgaben bloss mittlere Bedeutung beigemessen haben:

- „Entwicklung neuer Programme mit neuen Partnerschaften“
- „Ausbau des bestehenden Netzwerks“
- „Förderung des Dialogs“
- „Unterstützung marktwirtschaftlicher Massnahmen“
- „Unterstützung von Fördermassnahmen“
- „Unterstützung von ergänzenden Massnahmen durch Dritte“
- „Beschleunigung der Entwicklung zur Marktreife von neuen Technologien, Dienstleistungen und Angeboten“

Die folgenden drei Aufgaben werden insbesondere von vielen Kantonen und einigen Wirtschaftsverbänden als unwichtig oder unnötig eingestuft. Auch diese Aufgaben werden von einer Mehrheit der Vernehmlasser als wichtig oder sehr wichtig beurteilt, wobei es sich teils um knappe Mehrheiten handelt.

- „Auslösen von privaten Investitionen und Beschäftigung“
- „Unterstützung bei Vollzug und Kontrolle gesetzlicher Massnahmen“
- „Direkte Umsetzung von Fördermassnahmen“

Thematische Schwerpunkte

Die Zustimmung zu den genannten Schwerpunkten ist sehr hoch, wobei viele Akteure bereichsspezifische Forderungen und Anmerkungen formulieren. Viele Akteure sind sich im Punkt einig, dass im Gebäude- und Mobilitätsbereich das Potential noch am grössten ist und diese Bereiche ins Zentrum der Aktivitäten gehören. EnDK et al. drängen auf eine Prioritätensetzung innerhalb jedes Schwerpunkts, wobei in der Folge nur Massnahmen mit gutem Kosten-Nutzen-Verhältnis unterstützt werden sollen. Einige Akteure fordern zusätzliche, meist im jeweiligen Tätigkeitsgebiet des Akteurs liegende Schwerpunkte.

Partner, Netzwerk und öffentliche Hand

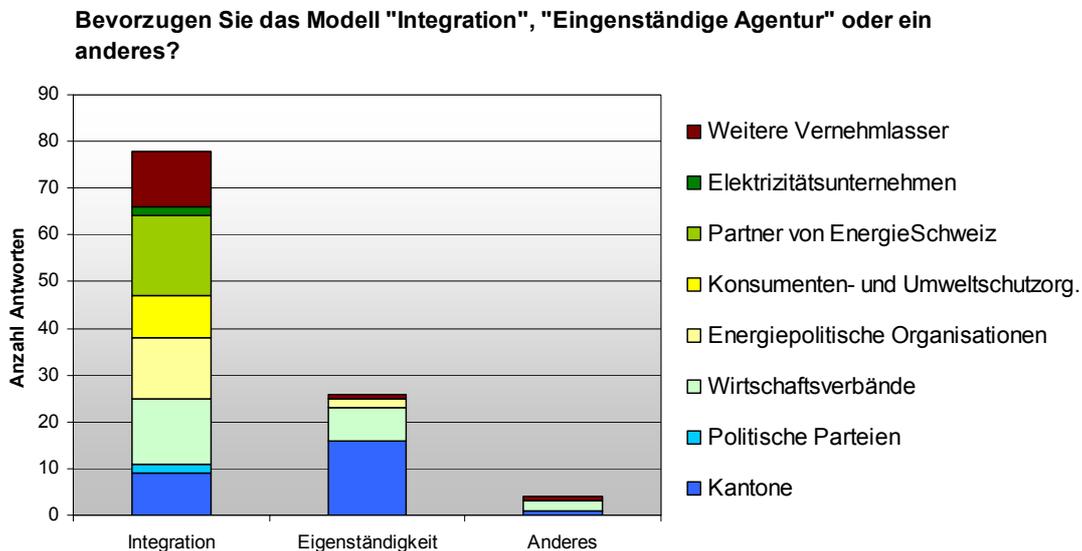
86% der Akteure stimmen den Ausführungen zu Partnern, Netzwerk und der öffentlichen Hand ganz oder teilweise zu. Als positiv hervorgehoben werden der zunehmende Wettbewerb durch das Ausschreiben neuer Programme, die angestrebte Zusammenarbeit mit bewährten Agenturen sowie die Aufnahme weiterer Partner.

Es wird eine grosse Anzahl von Forderungen und Änderungsvorschlägen formuliert. So verlangen Umwelt- und Konsumentenorganisationen beispielsweise mehr Transparenz bei der Kriterienwahl zur Festlegung der erfolgs- und leistungsabhängigen Unterstützungsbeiträge. EnDK et al. und weitere Kantone sind der Meinung, dass in einem ersten Schritt eine inhaltliche, räumliche und organisatorische Entflechtung von ECH und BFE erfolgen muss, bevor die Rolle der Verwaltung definiert werden kann. Von economiesuisse wird eine klare Definierung der Behördentätigkeit von Bund, Kantonen und Gemeinden gefordert. Die Einbindung neuer Partner ist für viele Akteure ein Thema, wobei oft die Einbindung wichtiger Akteure des eigenen Tätigkeitsbereichs gefordert wird.

Kritische Voten werden beispielsweise von der Elektrizitätswirtschaft vorgebracht, welche sich gerne in der Strategiegruppe von ECH einbringen würde. Der VSE spricht sich gegen eine unangemessene Ab-

hängigkeit der Partnerschaften im Netzwerk von ECH aus und verlangt eine wichtigere Rolle für die Akteure des privaten Sektors.

Organisationsmodell



Das Modell „Integration“ wird von einer grossen Mehrheit der Akteure favorisiert gegenüber dem Modell „eigenständige Agentur“. Folgende Vorteile werden diesem Modell zugeschrieben: Energiepolitik gehört in den Aufgabenbereich des Bundes; Gewährleistung der Unabhängigkeit von Partikularinteressen; Neutralität, Kontinuität, Glaubwürdigkeit, breite Abstützung und damit Akzeptanz; bewährtes Modell und daher kein Änderungsbedarf; Aktivitäten auf die Bundespolitik abgestimmt; effizienter Gebrauch der Mittel. Dem gegenüber stehen folgende Argumente gegen das Integrationsmodell: Die Programmleitung beim Bund ist keine Garantie für zielgerichtetes und effizientes Vorgehen; Gefahr der Bürokratisierung und des Ausbaus der Verwaltung; Trägheit; Vermischung hoheitlicher Aufgaben mit Lobbying- und Werbeaktivitäten.

Das Modell „eigenständige Agentur“ wird von 26 Akteuren bevorzugt, wobei zehn dieser Akteure (EnDK und 9 Kantone) bloss eine eingehende Prüfung des Modells verlangen. Als Stärken des Modells werden folgende Punkte erwähnt: Breite Abstützung und stärkere Einbindung der Wirtschaft, was zu mehr Akzeptanz, Glaubwürdigkeit und Programmwirkung führt; rascher auslösbare Entwicklungen dank mehr Flexibilität; mehr Marktnähe, Wettbewerb und Innovation; dank grösserer Distanz zu politischen Prozessen weniger Schwankungen bezüglich den Rahmenbedingungen. Gegner dieses Modells betonen die gefährdete Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit, mögliche Interessens- und Zielkonflikte innerhalb der Agentur, Marktverzerrungen sowie Reibungsverluste während der Installationsphase der Agentur.

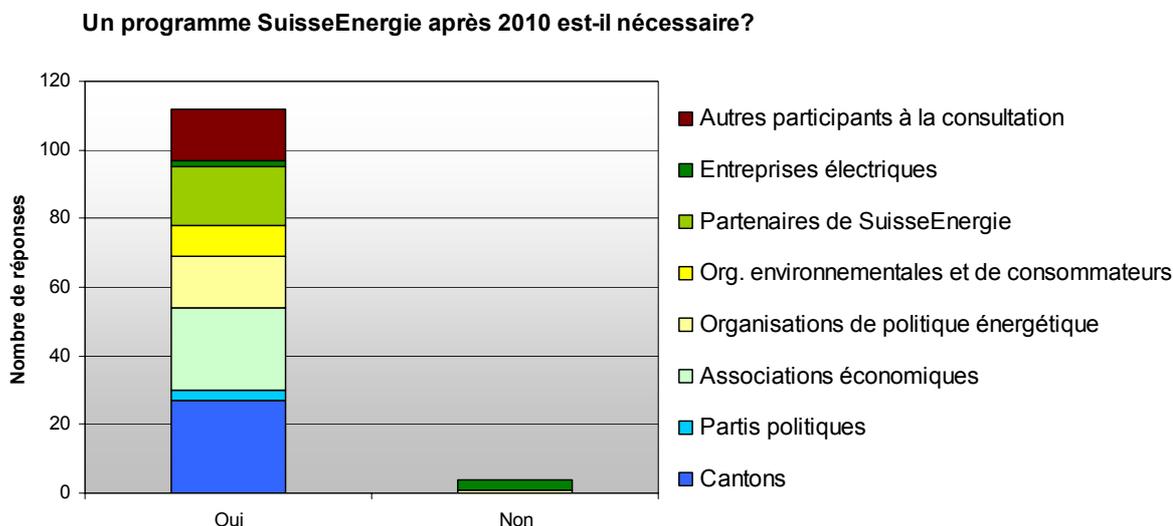
Vier Akteure schlagen ein anderes Modell vor, wobei nur der Kanton Waadt einen konkreten Vorschlag macht: Eine Hybridform beider Modelle mit der Auslagerung des Teilbereichs „Mobilität“.

Finanzierung des Programms

Viele Akteure formulieren ihre eigenen Möglichkeiten der Generierung von finanziellen oder personellen Ressourcen. Die grundsätzliche Form der Finanzierung wird nur am Rande thematisiert. Mehrfach werden Public Private Partnership-Investitionen und Sponsoring als anzustrebende Formen der Finanzierung erwähnt. Ein schwacher Konsens lässt sich im Bereich der Drittmittel herausfiltern, welche im Sinne der Programmunabhängigkeit und der starken Einbindung der Partner maximiert werden sollen. Für economiesuisse sollen Investitionen der Wirtschaft und die dazu erforderlichen Anreize im Vordergrund stehen, da der Markt gute Produkte und Dienstleistungen generieren kann.

3 Résumé

Pour chacune des questions soumises à la consultation, on trouvera ici la réaction majoritaire et les principaux arguments invoqués. Une énumération plus détaillée des déclarations recueillies suit dans les chapitres trois et quatre.



A une majorité écrasante de 91%, les acteurs consultés estiment qu'un nouveau programme doit prendre le relais de SuisseEnergie (ECH) à partir de 2010. Beaucoup d'entre eux voient dans ECH un important instrument de mise en œuvre, dont l'organisation a fait ses preuves et qui assume de très importantes fonctions d'impulsion, de coordination ainsi que de développement et d'entretien d'un réseau. Les cantons qualifient la reconduite d'ECH de nécessaire, même si EnDK et al. mettent certaines conditions à la poursuite de leur collaboration. Ce dernier groupe d'acteurs souligne la valeur du programme pour regrouper les efforts au plan national. Quelques cantons tablent sur ECH dans leur action en vue d'atteindre les objectifs énergétiques et climatiques. Des organisations environnementales et quelques partenaires d'ECH, notamment, considèrent qu'il faut impérativement poursuivre le programme dans la perspective de la société à 2000 W et des objectifs politiques de la Confédération dans les domaines de l'énergie et du climat. En outre, ECH est apprécié pour fixer des priorités, éviter des doublons, exploiter des synergies, évincer des monopoles, gérer des interfaces et servir de plateforme de motivation.

Seuls 3,3% des acteurs interrogés s'opposent à la poursuite du programme, à savoir BKW, Axpo, swisselectric et AVES. Selon l'industrie de l'électricité, il n'est pas prouvé que la mise en œuvre des objectifs de politique énergétique du Conseil fédéral ainsi que des conditions cadres et des objectifs imposés par la Constitution et la législation doivent passer par un tel programme, au lieu de se suffire des structures administratives régulières. Economiesuisse désapprouve le fait qu'ECH table sur les seuls critères de l'efficacité énergétique et des énergies renouvelables, alors que le Conseil fédéral défend une stratégie à quatre piliers. On reproche encore au programme d'influencer les milieux politiques et le public dans une mesure inadmissible pour une autorité. Enfin, AVES et EFCH mettent en doute la crédibilité des analyses d'impact et par conséquent, l'efficacité d'ECH.

5,7% des acteurs ne s'expriment pas sur la question.

Rôle et tâches

Le rôle et les tâches de SuisseEnergie reçoivent l'approbation de 42% des acteurs. Ceux-ci sont nombreux à voir dans le programme une importante plate-forme dans le domaine de l'énergie, assumant notamment des fonctions d'impulsion, de coordination ainsi que de développement et d'entretien d'un réseau. On loue en particulier la combinaison de différents instruments, le recours à des incitations et à des interdictions ciblées ainsi que l'harmonisation des diverses mesures prises.

Par ailleurs, 48% des acteurs sont partiellement satisfaits d'ECH et expriment certains souhaits à son égard. EnDK et al. veulent circonscrire plus étroitement le rôle du programme et proposent des adaptations sur quatre points: répartir les tâches entre ECH et les cantons de façon contraignante; modérer au lieu d'harmoniser; reconnaître où il faut agir; fixer des priorités dans l'aide à la mise en œuvre. Quelques acteurs réclament une claire répartition des compétences et des tâches entre la législation, l'administration et les associations ou commissions techniques, s'appuyant sur la subsidiarité. Quant aux organisations environnementales et de consommateurs, parmi d'autres, elles préconisent pour ECH à la fois davantage de moyens et de compétences et un crédit-cadre qui serait un gage de planification à long terme et de continuité.

Des réticences apparaissent du côté d'Economiesuisse et de quelques cantons. Ces acteurs estiment qu'ECH ne devrait pas définir d'objectifs supplémentaires par rapport à ceux qui découlent de la loi. Ils demandent donc que le programme se limite à jouer le rôle que lui assigne la loi et à exécuter les tâches qui y sont liées (coordination, évaluation et exécution dans le domaine des mesures volontaires). Le Forum de l'énergie conteste à ECH le rôle de pionnier des mesures légales.

Orientation en fonction des objectifs généraux de la politique énergétique suisse au-delà de 2010

De nombreux acteurs ont mal compris la question. Beaucoup n'ont pas évalué l'orientation, mais l'ampleur des objectifs eux-mêmes. On peut tout de même identifier deux écoles: quelques acteurs considèrent qu'une orientation conforme aux objectifs généraux est inéluctable, qu'elle se réfère aux objectifs énergétiques et climatiques de la Suisse, de l'UE ou à des objectifs plus ambitieux; un autre groupe fait valoir que cette orientation ne saurait faire l'objet de la présente consultation, seul le législateur devant fixer les objectifs et les mesures à prendre.

Réduction des énergies fossiles: chacun reconnaît qu'ECH doit contribuer à une telle réduction. Quelques acteurs refusent toutefois de débattre, dans la consultation, sur l'ampleur de la réduction visée, observant qu'en tout état de cause, ECH ne saurait être rendu responsable si elle n'était pas atteinte.

Augmentation de la part des énergies renouvelables produites sur le territoire national: les efforts dans ce sens suscitent un large consensus, sauf au sein de l'industrie de l'électricité, pour qui les agents renouvelables sont déjà suffisamment soutenus, parfois au moyens d'incitations inappropriées.

Limitation de l'accroissement de la consommation électrique: des acteurs de tous horizons rejettent cette option. Quelques-uns se réfèrent à la protection du climat en faisant valoir que le recul de la demande de combustibles et de carburants fossiles n'ira pas sans de plus grands besoins d'électricité. D'autres réclament un objectif plus ambitieux qu'une progression de la demande limitée à cinq pour cent. A titre de stratégie de rechange, il est proposé une augmentation de l'efficacité dans tout le secteur de l'énergie ou un plafonnement de la consommation totale d'énergie.

Importation d'électricité renouvelable: de nombreux acteurs veulent tout d'abord épuiser le potentiel indigène, l'importation étant envisagée à titre complémentaire. Pour les participants, quatre arguments s'opposent à l'importation: a) nous ne devons pas nous décharger de la responsabilité sur l'étranger, b) il faut conserver dans le pays la création de valeur correspondante, c) l'importation ne contribue pas à stabiliser la demande d'énergie en ruban et d) il n'appartient pas à ECH de favoriser l'importation. Les acteurs en faveur de l'importation rappellent les gros potentiels et donc les moindres coûts de production à l'étranger.

Détail des tâches de SuisseEnergie

Une écrasante majorité considère comme importantes, voire très importantes, les tâches «Soutien aux instruments et mesures de politique énergétique et climatique» et «Information et conseil».

Les tâches ci-après sont qualifiées d'importantes ou de très importantes par une large majorité, alors que jusqu'à 30% des acteurs les considèrent comme moyennement importantes:

- «Développement de nouveaux programmes dans le cadre de nouveaux partenariats»
- «Développement du réseau existant»
- «Encouragement du dialogue»
- «Soutien aux mesures d'économie de marché»
- «Soutien aux mesures promotionnelles»
- «Soutien aux mesures complémentaires de tiers»
- «Accélération de la maturation commerciale de nouvelles technologies, prestations et offres».

Aux yeux de nombreux cantons et de quelques associations économiques, les trois tâches ci-après sont inutiles ou peu importantes. Elles passent néanmoins pour importantes ou très importantes chez la plupart des participants, quoique parfois à une faible majorité.

- «Déclenchement d'investissements privés, maintien et création d'emplois»
- «Soutien à l'exécution et au contrôle des mesures légales»
- «Mise en œuvre directe de mesures promotionnelles».

Domaines prioritaires

Les domaines prioritaires proposés sont plébiscités, même si nombre d'acteurs assortissent leur appui d'exigences et de remarques sectorielles. Beaucoup conviennent que le potentiel reste le plus important dans les secteurs du bâtiment et de la mobilité, qui doivent par conséquent être au centre des activités. EnDK et al. insistent pour que l'on fixe des priorités au sein de chaque domaine, pour ensuite ne soutenir que les mesures offrant un bon rapport coût-utilité. Quelques acteurs demandent que l'on fixe des priorités supplémentaires, le plus souvent dans leur propre domaine d'activité.

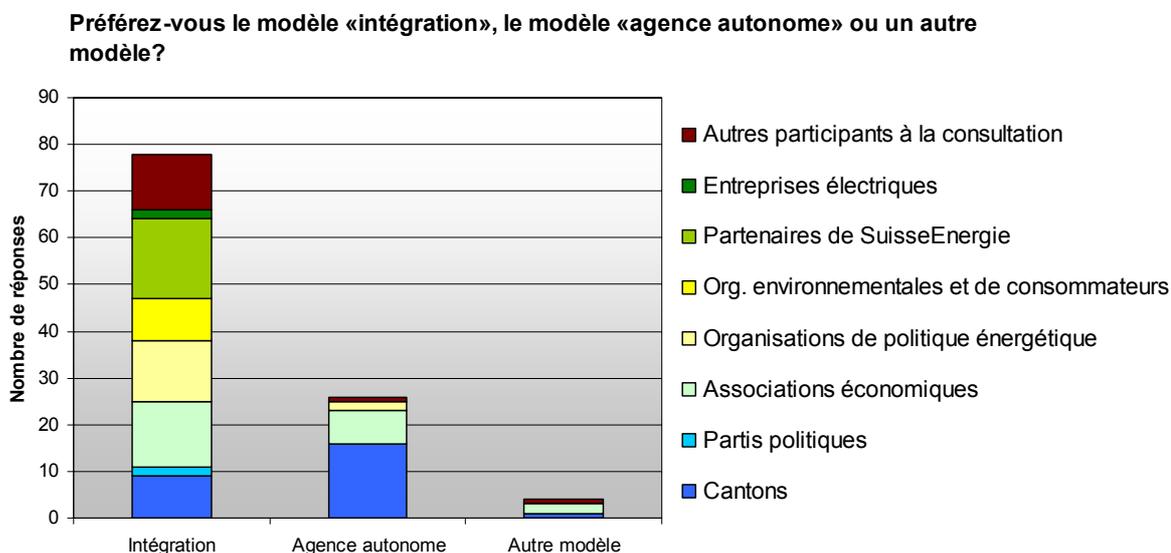
Partenaires, acteurs du réseau et pouvoirs publics

86% des acteurs approuvent les considérations et propositions relatives aux partenaires, aux acteurs du réseau et aux pouvoirs publics. On se félicite de la concurrence accrue découlant des appels d'offres publics pour les nouveaux programmes, de la future collaboration avec des agences reconnues ainsi que de l'association avec de nouveaux partenaires.

De nombreuses exigences et demandes de modification ont été formulées. Ainsi les organisations environnementales et de défense des consommateurs demandent plus de transparence quant aux critères de calcul des aides liées à certains résultats ou à des prestations. EnDK et al. plus quelques autres cantons estiment qu'il faut tout d'abord désengager ECH de l'OFEN (contenu, locaux, organisation), pour pouvoir définir ensuite le rôle de l'administration. Economiesuisse, de son côté, demande une claire définition de l'activité des autorités fédérales, cantonales et communales. L'association avec de nouveaux partenaires est évoquée par de nombreux acteurs, avec souvent une référence aux principaux représentants de leur secteur d'activité.

Des remarques critiques proviennent en particulier de l'industrie de l'électricité qui voudrait être représentée dans le groupe stratégique d'ECH. L'AES refuse une trop grande dépendance envers les partenariats et demande que l'on accorde plus de place aux acteurs du secteur privé.

Modèles d'organisation



Le modèle «intégration» a les faveurs d'une large majorité d'acteurs, par rapport au modèle «agence autonome». Il est en effet crédité de multiples avantages: la politique de l'énergie fait partie des tâches de la Confédération; il convient d'agir indépendamment des intérêts particuliers; il importe d'assurer la neutralité, la continuité, la crédibilité et une large acceptation, gages de consensus; ce modèle a donné satisfaction, il n'y a nul besoin d'en changer; les activités correspondent à la politique fédérale; les moyens disponibles sont utilisés de la manière la plus efficace. Des aspects négatifs sont néanmoins reprochés à ce modèle: le fait que la Confédération en assure la direction ne garantit nullement une démarche efficace; risque de bureaucratisation et de gonflement de l'administration; inertie; confusion des tâches de souveraineté avec des activités de lobbying et de propagande.

Le modèle «agence autonome» a les faveurs de 26 acteurs, dont 10 (EnDK et 9 cantons) n'en réclament toutefois que l'étude approfondie. Ce modèle est crédité des avantages suivants: il bénéficie d'une large assise et l'économie y est plus fortement associée, ce qui assure un plus grand consensus ainsi que plus de crédibilité et d'efficacité au programme; plus souple, il autorise des développements plus rapides; il est plus proche du marché, plus apte à la concurrence et à l'innovation; moins prisonnier des processus politiques, il assure des conditions cadres plus stables. Les détracteurs de ce modèle soulignent qu'il n'est pas un gage d'indépendance et de crédibilité, que des conflits d'intérêts et d'objectifs peuvent surgir au sein de l'agence, et que la phase de mise en place d'une telle agence pourrait créer des frictions et fausser le marché.

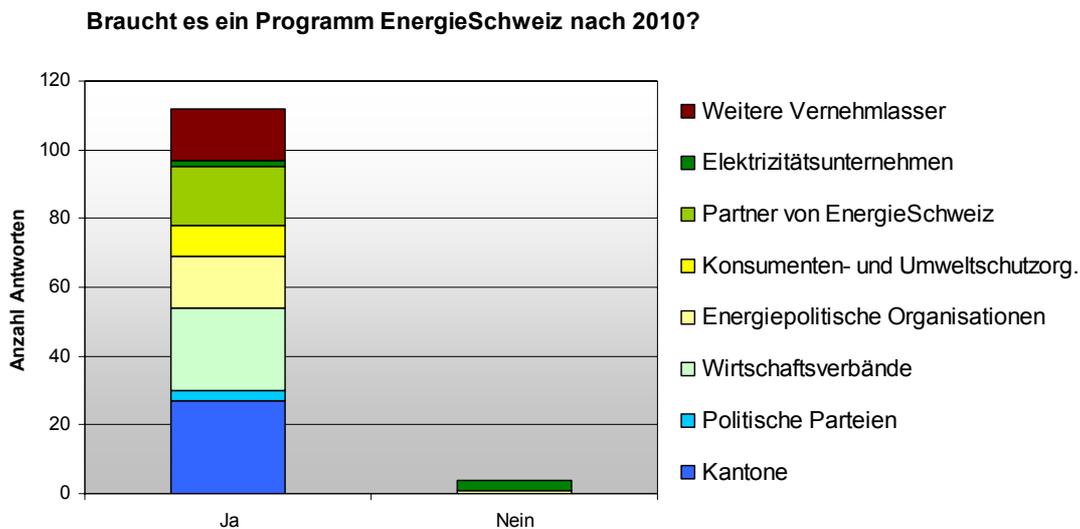
Quatre acteurs se déclarent en faveur d'un autre modèle, seul le canton de Vaud concrétisant son idée: ce serait un hybride des deux modèles proposés, avec externalisation du domaine «mobilité».

Financement du programme

De nombreux acteurs suggèrent des moyens d'obtenir plus de ressources financières ou personnelles, mais la forme générale du financement n'est abordée que de façon marginale. Le recours au partenariat public-privé et au parrainage (sponsoring) est préconisé plusieurs fois. Un faible consensus se dessine dans le domaine des «fonds étrangers», qu'il s'agirait de maximiser pour améliorer l'indépendance du programme et l'intégration de ses partenaires. Pour Economiesuisse, il faut encourager avant tout les investissements de l'économie et les incitations nécessaires à cet effet, car le marché est capable d'offrir des produits et des prestations de qualité.

4 Rückmeldungen zum Zwischenbericht «EnergieSchweiz nach 2010»

4.1 Notwendigkeit eines Programms «EnergieSchweiz nach 2010»



Mit 91% Ja-Stimmen ist eine überwältigende Mehrheit der konsultierten Akteure der Meinung, dass ein Nachfolgeprogramm „ECH nach 2010“ notwendig ist. Mit den vier Akteuren Axpo, swisselectric, BKW und AVES sind 3.3% der befragten Akteure gegen eine Weiterführung des Programms, sechs Akteure enthalten sich der Stimme.

4.1.1 Zustimmung

Die EnDK sowie AR, NE, AG, SO, TH, NW, OW, ZH, JU, SZ, SH, ZG, GL, UR, SG, FR, GR, VS, BE und VD erachten ein partnerschaftliches Programm mit Klammerfunktion auf nationaler Ebene als bewährtes Instrument. Die EnDK et al. knüpfen eine Fortsetzung ihrer Mitwirkung jedoch an Bedingungen:

- Fokussierung des Wirkungsfeldes von ECH, d.h. klare Schwerpunktbildung
- Tätigkeit auf strategische Punkte beschränken und nicht bis in den Vollzug ausdehnen
- Vertiefte und rechtzeitige Prüfung der Entflechtung von BFE und ECH
- Verbindliche Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und weiteren Akteuren
- Respektierung des rechtlichen Gestaltungsspielraums der Kantone
- Absprache von Programmschwerpunkten mit den Kantonen
- Darstellung der volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen einer Fortführung

BS, BL, NE, GE, AR, VS, VD und Städteverband betonen, dass die Weiterführung von ECH als Instrument zur Koordination und als Motor zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele zwingend sei. AI ist von der Notwendigkeit einer koordinierenden Stelle, welche die verschiedenen klima- und energiewirksamen Programme und deren Umsetzung begleitet, überzeugt. LU, GE, NE, Kf, VKMB und Öbu betonen, dass die Kantone und die verschiedenen Akteure im Energiebereich zur Erreichung der eigenen Ziele auf die Existenz eines nationalen Programms wie ECH angewiesen seien.

Der SolarAgentur folgend erweist sich ECH als sehr effiziente Organisationsform mit einer breiten Akzeptanz (FEA). Die GroupeE bezeichnet ein Programm wie ECH als zwingend notwendig für die Umsetzung der Energiepolitik des Bundes.

Greenpeace, SES, WWF, SL, Grüne, ProNatura, VUE, Energiestadt, S.A.F.E., VCS, AEE und ESfG bezeichnen die Weiterführung im Hinblick auf die 2000W-Gesellschaft und einer massiven Steigerung der Erneuerbaren und der Energieeffizienz als zwingend. Dabei wird auf das durch ECH entstandene und für die Zielerreichung wertvolle Netzwerk hingewiesen. Für Kf und SBB ist ECH zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele von grosser Bedeutung.

EFCH und SPS anerkennen ECH als etabliertes und bewährtes Netzwerk mit Multiplikatorenfunktion und solle deshalb auf Basis der einschlägigen Bundesverfassungsartikel und der bundesrätlichen Vier-säulenstrategie aufrecht erhalten werden. Gemäss EFCH ist ECH als Implementierungsinstrument für das Energie- und das CO₂-Gesetz zu konzipieren und hauptsächlich auf die Bereiche der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz auszurichten.

Swissolar und Swissmem folgend ergänzen freiwillige Massnahmen die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen sehr gut, was dem einzig gangbaren Weg zur Erreichung der anspruchsvollen energie- und klimapolitischen Ziele gleichkomme.

Laut SBV, EREP, ETH, eae, Travail.Suisse, CKW und energho übernimmt ECH wichtige Vernetzungsaufgaben an der Schnittstelle zwischen Bund, Kantonen, Gemeinden, Wissenschaft und privaten Akteuren, z.B. in den Bereichen der Mittel, Tätigkeiten und Massnahmen, der Bündelung von Know-how, dem Marketing sowie der Steuerung und Kontrolle der Zielerreichung.

SGCI, ISKB, HEV und EcoDrive argumentieren, ECH sei für die Festlegung von Prioritäten, Vermeidung von Doppelspurigkeiten, Nutzung von Synergien, Unterbindung von Monopolen, Sensibilisierung potentieller Akteure, Schnittstellenmanagement, Erkennung von Innovationen und Trends sowie als Motivationsplattform unentbehrlich.

Entec und der VKMB schätzen ECH als Förderer von unabhängigen Akteuren und als Gegengewicht zum einseitigen Fokus der grossen Energieversorger auf Atomkraft im Sinne einer holistischen Energiepolitik.

VEL2, EcoCar und NewRide bezeichnen die induzierten Anreize für eine effizientere Mobilität in den Bereichen Förderung, Marketing und Kommunikation als wertvolle flankierende Massnahmen und verweisen auf die wichtige Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.

Die eae erachtet ECH als das sichtbare, breit abgestützte Bundesprogramm für Nachhaltigkeit und Energieeffizienz, welches die Experten aller Akteursgruppen auf einer Plattform vereinigt. Im Weiteren löse das Programm mit geringen öffentlichen Mitteln grosse Summen an Eigenleistungen bei den Akteuren und Partnern aus.

SPS und teilweise Gemeinden und SWV sind der Meinung, ECH leiste einen grossen Beitrag in den Bereichen Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energien und Klimaschutz, was es im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der von ECH abgedeckten Aktivitäten zu nutzen gelte.

Dem FWS folgend hat das Programm ECH einen erheblichen Beitrag zum Erfolg der Technologieförderung im Bereich der Wärmepumpen beigetragen, was ein Beispiel für die Notwendigkeit der Weiterführung von ECH darstelle.

PAC'INFO erkennt viel freiwilliges Engagement, welches von ECH zugunsten der Umwelt ausgelöst wurde.

4.1.2 (Partielle) Ablehnung

Für die Axpo, swisselectric und die BKW kann ein Programm wie ECH nur durch den Nachweis legitimiert werden, dass es zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele des Bundesrates und den von der Verfassung und der Gesetzgebung vorgegebenen Zielsetzungen und Rahmenbedingungen ein solches Programm braucht und die bestehenden Verwaltungsstrukturen dazu nicht ausreichen. Da dieser Nachweis bisher nicht erbracht wurde, sei die Existenzberechtigung von ECH nicht gegeben.

economiesuisse und cemsuisse halten fest, dass ECH entgegen der bundesrätlichen Viersäulenstrategie selektiv nur auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien setze. ECH beeinflusse Politik und Öffentlichkeit mit einer für Behörden unzulässigen, an Lobbying grenzenden Art und unterlaufe damit die bundesrätliche Strategie. Die Verwaltung habe mit dem Vollzug des revidierten Energiegesetzes eine Fülle neuer Aufgaben und ein klares Aufgabenprofil, mit welchem ECH in Einklang gebracht werden solle.

Die im Zwischenbericht der Strategiegruppe aufgestellte Behauptung einer Einsparung von 8% der Energie dank Energie 2000 und ECH wird von AVES bestritten. Für AVES, DSV und den VSE lässt sich der Nachweis des kausalen Zusammenhangs zwischen den Ergebnissen der bisherigen Energiepolitik und den Aktivitäten von ECH kaum mit Wirkungsanalysen nachweisen.

Gemäss AVES ist im Bereich der Hauptaufgabe von ECH, nämlich der Sensibilisierung der breiten Bevölkerung für Energiefragen, viel Positives erreicht worden. Damit sei die Aufgabe erfüllt und die Daseinsberechtigung von ECH nicht mehr gegeben. Weiter belege die breite Zustimmung zu ECH, dass die befragten Akteure direkte finanzielle oder politische Interessen an der Weiterführung von ECH hätten.

4.1.3 Weitere Voten und Forderungen

Im Bereich der finanziellen Mittel fordern Greenpeace, SES, ProNatura, SKS, S.A.F.E, WWF, Grüne, SL und PAC'INFO eine massive Erhöhung des ECH-Budgets, damit die Ziele erreicht werden können. SGS und SAS ergänzen, dass Investitionen in ECH die Abhängigkeit im Energiebereich vom Ausland verringere, welche volkswirtschaftlich hohe Kosten verursache.

Greenpeace, SES, WWF, Grüne, SL, ProNatura, VPOD und PAC'INFO verlangen einen Fokus auf die Zielerreichung für ECH nach 2010, weil die Ziele von ECH in der laufenden Phase nicht erreicht worden seien. electrosuisse, energho und BiomassEnergie wollen eine Überprüfung der Zielerreichung.

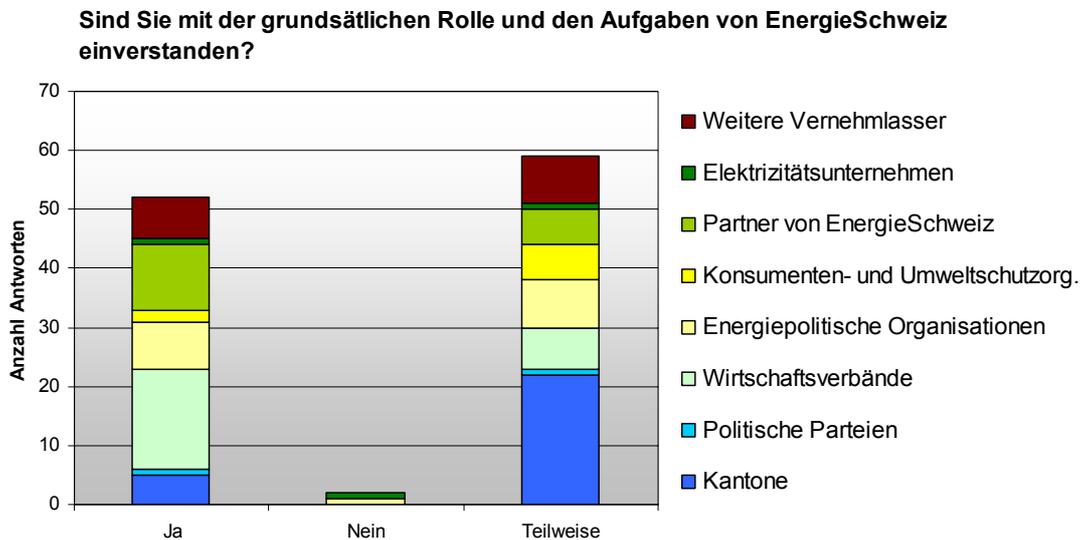
Travail.Suisse will jene Massnahmen unterstützen, welche die Innovation im Energiebereich mittels der Installation von Demonstrationsanlagen fördern.

SATW wünscht im künftigen Programm Schwerpunkte in den Bereichen Netzwerkbildung, Impulsgebung, öffentliche Bewusstseinsbildung, Aus- und Weiterbildung sowie Unterstützung in der Umsetzung gesetzlicher Massnahmen.

suissetec fordert von ECH eine Orientierung an wirtschaftlich sinnvollen, politisch gerechten und technisch möglichen Aktionen und Massnahmen. So solle ECH eine Vorreiterrolle in Bezug auf Energiekonsum, Energieeffizienz, Treibhausgasemissionen und erneuerbaren Energien übernehmen, was Wertschöpfung auslösen und Arbeitsplätze generieren würde.

DSV und VSE fordern vom Parlament die Schaffung verlässlicher politischer Rahmenbedingungen mit marktbezogenen, energiewirtschaftlichen und fiskalischen Anreizen. Für die Implementierung der Aktionspläne seien aufgrund des Subsidiaritäts- und Kooperationsprinzips primär die Verbände und Fachorganisationen zuständig. Auf Bundesebene sollen gemäss Städteverband die Ziele bis 2050 als Basis für eine Langfriststrategie 2000W-Gesellschaft verankert werden. Dabei sollen vermehrt verbindliche Massnahmen und Anreize an die Stelle von Freiwilligkeit treten.

4.2 Aufgabe und Rolle von ECH



AI, AR, LU, TI, BL, SP, SWICO, SDCI, SBV, suissetec, Travail.Suisse, VKMB, VTS, VSG, strasseschweiz, HEV, auto-schweiz, FEA, electrosuisse, SGB, swissengineering, VPOD, VFS, ADER, VEL2, EV, PAC'INFO, ISKB, SVG, e'mobile, VSA, ACSI, Kf, energho, SuisseEole, eae, EcoDrive, Öbu, ESfG, FWS, AEE, NewRide, ESfl, EcoCar, GroupeE, GS VBS, EPFL, IGEB, Gemeinden, SBB und SAB sind mit der Rolle und den Aufgaben von ECH einverstanden, was einem Anteil von 42% der Akteure entspricht.

Nicht einverstanden mit der Rolle und den Aufgaben ist die AVES. Axpo, swisselectric und BKW enthalten sich der Stimme, solange die Berechtigung von ECH nach 2010 nicht nachweislich gegeben ist.

Teilweise einverstanden sind 48% der Akteure, namentlich die EnDK, BS, TG, AG, GE, JU, SO, FR, NW, VD, SZ, ZH, SH, ZG, BE, OW, NE, GL, UR, VS, SG, GR, Grüne, CentrePatronal, economiesuisse, VSE, SWV, Swissmem, Gemeinden, cemsuisse, EV, Energiestadt, EFCH, DSV, VUE, SolarAgentur, VBSA, SES, Greenpeace, SES, SKS, WWF, SL, SGS, ProNatura, EREP, Entec, Holzenergie, Swissolar, SAFFE, BiomassEnergie, CKW, C&CM, Mobility, SATW, EHT, VCS, ProVelo, Städteverband und Fussverkehr. Sie sind mit dem umschriebenen Rollen- und Aufgabenprofil unter Vorbehalten einverstanden und stellen Bedingungen oder fordern Anpassungen.

4.2.1 Zustimmung

SKS, suissetec und SPS begrüßen ein Programm ECH in der Rolle einer zentralen Stelle mit antreibender Funktion im Energiebereich, welches damit zur Erreichung der schweizerischen energie- und klimapolitischen Ziele beiträgt. Der Koordinations- und Vernetzungsaufgabe von ECH wird von vielen Akteuren (HEV, Städteverband, SBB, FWS, Travail.Suisse, EFCH, strasseschweiz, VSE, VSG, EPFL, ETH, eae, BiomassEnergie, CKW) eine besondere Bedeutung beigemessen, weil dadurch Doppelspurigkeiten verhindert und Handlungslücken geschlossen werden können. Der VKMB bezeichnet die Organisationsform dank der engen Vernetzung von privaten und öffentlichen Akteuren als sehr effizient.

Swissmem, eae und EPFL fordern, dass ECH seine zentrale Stellung nutzen soll, um Akteure zu vernetzen, sie in die Entwicklungs- und Implementierungsprozesse zu integrieren und die Massnahmen zu koordinieren. Dies sei angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Energiebereich eminent wichtig. SuisseEole befürwortet einen Mix aus verschiedenen Instrumenten und den Fokus auf die Umsetzung von bewährten Massnahmen. Gemäss e'mobile, NewRide und EcoCar habe sich das Arbeiten mit Anreizen und das gezielte Einsetzen von Verboten wo zwingend nötig bewährt.

SMV und PAC'INFO erachten die Harmonisierung der verschiedenen Massnahmen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie die Vereinfachung der Abläufe als weitere wichtige Aufgaben von ECH. Die Definition der Grundsatzaufgaben sowie eine Priorisierung der Massnahmen müssen laut SBV unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel erfolgen.

4.2.2 (Partielle) Ablehnung

BE, ZH, economiesuisse und cemsuisse erachten es nicht als Aufgabe von ECH, zusätzlich zu den legislativ abgestützten Zielen weitergehende Ziele zu definieren. Es wird eine Beschränkung auf die im Energie- und CO₂-Gesetz definierte Rolle und die damit verbundenen Aufgaben Koordination, Evaluation und Vollzug im Bereich der freiwilligen Massnahmen verlangt. Dadurch solle eine Doppelrolle von ECH zwischen Behörde und Markt vermieden werden. Gemäss BE kann und soll ECH auch nach 2010 keine Vollzugsbehörde sein. Das Programm solle die politischen Instanzen bloss im Bereich der freiwilligen Massnahmen zur Erreichung derer Ziele unterstützen. Die verfassungsmässigen Zuständigkeiten sollten im Rahmen der Neupositionierung von ECH nicht diskutiert werden.

Das EFCH verlangt von ECH den Abschied der Rolle eines Vorläufers für gesetzliche Regelungen. ECH solle sich auf die Funktion einer Stabsstelle konzentrieren, welche die Aktivitäten der verschiedenen Akteure koordiniert, unterstützt und die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Bund und Kantonen fördert. Die Tätigkeit von ECH müsse sich dabei am Subsidiaritätsprinzip und an einem guten Kosten-/Nutzenverhältnis orientieren.

Den Gemeinden folgend soll nicht eine Ausweitung der staatlichen Massnahmen im Vordergrund stehen. Die im Programm vorgesehenen Aktionen und Massnahmen seien hauptsächlich von anderen Organisationen auszuführen, wobei sich ECH gemäss ZH auf eine unterstützende Funktion beschränken soll.

Der FEA hält fest, dass es sich bei Diskussionen über die Wertigkeit einzelner Energieträger um politische Gewichtigungen handelt, was im Programm ECH nichts zu suchen habe. Die strategische Planung von Massnahmen ist laut Swissmem nicht Sache von ECH, sondern von BFE und BAFU. CKW und SATW erachten die Entwicklung neuer Technologien, Verfahren oder Produkte zur Marktreife nicht als Aufgabe von ECH.

Der SMV bezeichnet den heutigen Aufbau von ECH in den Bereichen „Vorschriften“ und „Förderprogramme“ als nicht zweckmässig. Bedingt durch die verzettelte Energiepolitik von heute bedürfe es einer radikalen Vereinfachung und Verschiebung der Kompetenzen zum Bund, damit die Transparenz für alle Akteure gegeben sei.

4.2.3 Weitere Voten und Forderungen

Gemäss EnDK, den sich anschliessenden Kantonen sowie BS ist die Rolle von ECH im vorliegenden Konzept sehr offen formuliert, was die Gefahr von Abgrenzungsschwierigkeiten und Reibungsverlusten birgt. BE und SWV erachten den Interpretationsspielraum in der Darstellung von Aufgaben und Zielen im vorliegenden Zwischenbericht als zu gross. Im Hinblick auf bestmögliche Effizienz sollte die Rolle von ECH verbindlicher und konkreter formuliert werden. Für den SWV muss sich die Verwaltung als Bauleiter der Politik gegenüber den ausführenden Wirtschaftskräften verstehen und ihre Aufgabenbereiche müssen klarer abgegrenzt werden.

Die EnDK und 16 Kantone verlangen daher eine Anpassung in folgenden vier Punkten:

- i. Verbindliche Aufgabenteilung zwischen ECH und den Kantonen: Es soll definiert werden, welche Aufgaben die Kantone im Rahmen von ECH eigenständig ausgestalten und umsetzen und bei welchen Aufgaben die Kantone von ECH unterstützt werden (Forderung auch durch AEE unterstützt).
- ii. Moderieren statt harmonisieren: ECH soll sich als Klammer des Netzwerks auf eine Moderationsfunktion konzentrieren und die Akteure wo nötig zusammen bringen. Eine zentralistisch wirkende Harmonisierung und Koordination wird abgelehnt.

- iii. Das Erkennen von Handlungslücken wird grundsätzlich als sinnvoll betrachtet, jedoch nur bei einer gleichzeitigen Unterscheidung zwischen wichtigen und vernachlässigbaren Handlungslücken im Sinne einer Schwerpunktbildung.
- iv. Umsetzungsförderung mit Schwerpunktbildung: Die Unterstützung durch ECH bei der Koordination neuer Projekte wird begrüsst, jedoch unter der Bedingung einer Schwerpunktbildung.

Der Kanton Waadt formuliert folgende Anliegen:

- i. Die beiden Terme „Rolle“ und „Aufgabe“ sind im Bericht nicht scharf getrennt und sollten klarer definiert werden. Die Frage nach der Notwendigkeit dieser Unterscheidung wird gestellt.
- ii. Die jeweiligen Rollen der privaten und öffentlichen Akteure werden nicht präzisiert, was nachzuholen ist.
- iii. Eine Unterscheidung zwischen energetischen- und Umweltaspekten wäre wünschenswert.
- iv. Die Definition der Rolle von ECH im letzten Abschnitt des Kapitels ist eine Binsenwahrheit. Es wird folgende Formulierung vorgeschlagen: „ECH ist ein Programm der öffentlichen Hand. Es macht Vorschläge, implementiert, koordiniert und evaluiert fortlaufend die Massnahmen und ermöglicht damit das Erreichen der vom Bund definierten Ziele. Das Programm basiert auf der Zusammenarbeit mit privaten Akteuren.“

GE, NE und Holzenergie verlangen einerseits einen Beitrag von ECH an die Schaffung von geeigneten Voraussetzungen zur Aufwertung der nationalen erneuerbaren Energieressourcen. Andererseits empfehlen GE, NE, FR und VS die Integration eines nationalen Programms zur rationellen Nutzung von Energie. Es geht hier insbesondere um die Entwicklung von Fernwärmenetzen und effizienten Wärmekraftkopplungstechnologien.

VS ist der Ansicht, dass ECH die Entwicklung von Synergien zwischen dem Elektrizitätssektor und dem Wärmesektor unterstützen soll mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der schweizerischen Versorgungssysteme zu verbessern. Im Weiteren solle die Harmonisierung der energie- und klimapolitischen Instrumente auf Bundesebene Aufgabe von ECH sein.

BE schlägt vor, dass sich ECH verstärkt auf die Rolle eines Motivations-, Steuerungs- und Förderinstruments der nachhaltigen Entwicklung im Energiebereich festlegt.

Der Verband Schweizer Städte formuliert vier Anliegen:

- i. Koordinations- und Impulswirkung verstärken, z.B. durch zeitliche Vorgaben für die Akteure bei der Umsetzung von Massnahmen und Projekten.
- ii. Bei Energieeffizienzvorgaben ist Mut zum Alleingang gefragt und die «Best Available Technology» als Massstab zu nehmen.
- iii. Neue Ansätze und Projekte mit Pionierstädten (Städte mit Goldlabel Energiestadt).
- iv. Bei Massnahmen immer auch Implementierungsbarrieren einbeziehen und hierfür Lösungsansätze in Zusammenarbeit mit innovativen Städten suchen.

Der Argumentation von Greenpeace, SES, WWF, Grüne, EREP, SL, Travail.Suisse, VCS und ProNatura folgend sollte ECH über mehr Mittel und Kompetenzen verfügen, um den Energiemarkt direkter beeinflussen zu können. Im Weiteren solle die aktuelle Form der Finanzierung einem Rahmenkredit weichen, um Kontinuität gewährleisten und Massnahmen langfristig planen zu können. Eine verstärkte Führungskompetenz und umfassende Implementierungskompetenzen für ECH würden von SATW begrüsst, was jedoch nur mit erhöhten Bundesmitteln und einer gesetzlichen Grundlage möglich sei.

Für AEE und VSE ist eine klare Kompetenz- und Aufgabenteilung zwischen Gesetzgeber, Verwaltung und Verbänden bzw. Fachkommissionen gemäss Subsidiaritätsprinzip unabdingbar. Der VSE weist ECH die Rolle einer Stabsstelle der Verwaltung mit Aufgaben im Bereich der Koordination, der Akteursunterstützung, des Monitoring und Reporting zu. Für die Umsetzung von Massnahmen seien Verbände und Fachorganisationen einzubeziehen.

Die SPS will die Bereiche Verkehr und Gebäude stärker ins Zentrum der Strategie, Massnahmen und Aufgaben von ECH rücken, weil in diesen Bereichen das grösste Effizienzpotential liege. Mobility, Fussverkehr, ProVelo und SBB sind der Ansicht, dass in den Bereichen Mobilität und Verkehr zu wenig Aktivitäten durch ECH ausgelöst worden seien. Auch im vorliegenden Konzept für ECH nach 2010 sei keine Mobilitätsstrategie erkennbar. Deshalb empfiehlt Mobility die Auslagerung des Bereichs der Mobilität in eine separate Organisation mit den notwendigen Mitteln und Fachkenntnissen, um eine zielführende Gesamtstrategie entwickeln und wirkungsvolle Massnahmen ergreifen zu können. Fussverkehr verlangt, dass der ohne Fremdenergie auskommende Verkehr in den Fokus des Programms gerückt wird. Die Aussagen in Abschnitt 2 zur Mobilität treffen gemäss VPOD auch weitgehend auf die Bereiche Strom, Effizienz und erneuerbare Energien zu.

Axpo, swisselectric und die BKW weisen darauf hin, dass die Ämter BFE und BAFU in Zukunft noch stärker gefordert sein werden, den Überblick über die energie- und klimapolitischen Instrumente zu haben, diese miteinander zu koordinieren und die Kompetenzaufteilung zwischen den beiden Ämtern zu klären. Im Weiteren fordern sie eine konsistente Haltung des UVEK im Einklang mit der Strategie des Bundesrats.

SKS regt an, dass vermehrt auf Regulierungsmassnahmen gesetzt und für diese auch eine Kontrollfunktion eingenommen wird. Im Weiteren würde die Deklaration der Stromeffizienz als expliziten Schwerpunkt dem real hohen Wert von Elektrizität Rechnung tragen. S.A.F.E. und SKS verlangen deshalb auch im Bereich der Programmfinanzierung einen Schwerpunkt bei der Stromeffizienz, indem 50% der vorhandenen Mittel dafür eingesetzt werden.

Das CentrePatronal erachtet das Einleiten von Massnahmen zur Ermöglichung von zusätzlichen Kraftwerken als eine wichtige Aufgabe von ECH, damit der drohenden Stromlücke entgegen gewirkt werden könne.

Entec erachtet eine intensiviertere internationale Zusammenarbeit und eine stärkere Einbindung von Akteuren aus dem Umweltbereich als sinnvoll. Energiestadt und ESfG verlangen die Integration von Massnahmen, die keinen unmittelbaren Energiebezug haben. Als Beispiele werden Folgeabschätzungen des Klimawandels und Auswirkungen auf Land- und Forstwirtschaft im Hinblick auf einen umfassenden Klimaschutz genannt. Eine engere Zusammenarbeit und Koordination von Aufgaben mit BAFU und ARE wird von Energiestadt, VBSA und ESfG gewünscht.

Der HEV zieht klare Bekenntnisse zu einzelnen überzeugenden Lösungen einer Verzettelungsstrategie vor.

Im Zwischenbericht auf S. 28 soll gemäss eae die Ergänzung „das zur Verfügung stellen relevanter Informationen für die betroffenen Kreise“ aufgenommen werden. Dieser Antrag gründet auf der Erfahrung, dass der Fluss wichtiger Informationen zwischen ECH und den Partnern nicht immer gewährleistet ist.

Um die Energiepotentiale in Kläranlagen auszunutzen, verlangt der VSA ergänzend zu den gesetzlichen Grundlagen Massnahmen wie Auskunftsstellen, Information, Referate und Kompetenzzentren, was in den Aufgabenbereich von ECH gehöre.

Die ETH betont, dass der Koordinationsaufgabe zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten vermehrt Beachtung geschenkt werden solle.

Die Reduktion und Ausräumung von Zielkonflikten sollte VUE zufolge zu einer Aufgabe von ECH erklärt werden. Als Beispiel wird die Förderung von erneuerbaren Energien genannt, welche mit dem Schutz von Lebensräumen in Konflikt steht.

Holzenergie und Swissolar weisen darauf hin, dass in Kapitel 6.5 des Zwischenberichts die erneuerbaren Energien nicht erwähnt werden. Diese müssten angesichts des grossen ungenutzten Potentials als Aufgabe ausgewiesen werden.

4.3 Orientierung an den übergeordneten Zielen der Energie- und Klimapolitik

Die Fragen zur Orientierung an übergeordneten Zielen wurden von vielen Akteuren mehrdeutig verstanden. So haben viele nicht auf die Frage geantwortet, ob sich ECH grundsätzlich an den übergeordneten Zielen der schweizerischen Energiepolitik orientieren soll. Stattdessen wurden viele politische Argumente für und gegen die Art und Höhe der Zielsetzungen vorgebracht. Trotzdem lassen sich einige Grundpositionen der Akteure zu den genannten Zielen herausfiltern:

4.3.1 Allgemeine Bemerkungen

EcoCar, NewRide, eae und ESfG bezeichnen es als unumgänglich, dass sich ECH an den Zielen der EU orientiert. Ein einseitiges Vorpellen der Schweiz nütze dem Klima kaum und schade womöglich dem Standort Schweiz.

Die SP, Öbu und e'mobile sprechen sich zwar für ein Orientieren an den Klimazielen aus, erachten diese aber als zu bescheiden und verlangen mindestens die EU-Ziele als Orientierungsrahmen. Die SP befindetet, die Ziele entsprächen weder den technischen Potentialen noch den ökologischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die kostendeckende Einspeisevergütung mache deutlich, dass dieses Potential auch genutzt werden wolle.

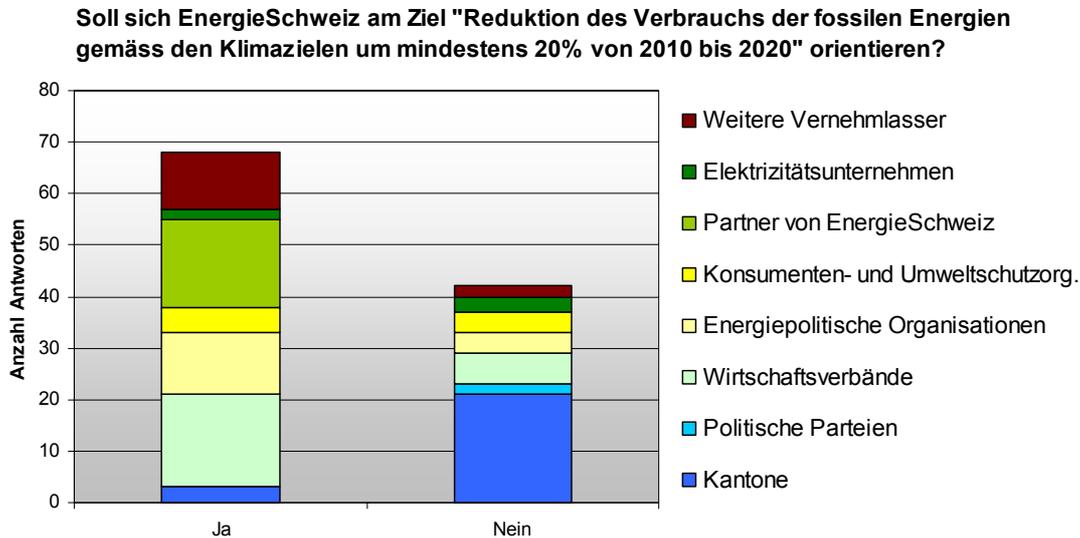
BiomassEnergie verlangt, dass sich ECH an den generellen Zielen der schweizerischen Energiepolitik orientiert. Im Weiteren sei es zwingend, dass sich auch die Schweiz an den Zielen der EU und damit der Nachbarländer orientiert.

Der SBV erachtet es grundsätzlich als sinnvoll, hochgesteckte Ziele zu formulieren. Jedoch sei es der Glaubwürdigkeit des Programms nicht zuträglich, wenn die Ziele wie in der letzten Programmphase nicht erreicht würden.

Axpo, swisselectric, BKW, economiesuisse, cemsuisse, EFCH, AVES, HEV, teilweise VSE und Gemeinden sind der Ansicht, dass die Orientierung von ECH an den Klimazielen nicht im Rahmen dieser Konsultation zu diskutieren ist. Es sei Sache des Gesetzgebers, Klimaziele und die dazu notwendigen Massnahmen und Instrumente festzulegen. economiesuisse betont, ECH dürfe sich nicht an Zielen wie der 2000W-Gesellschaft orientieren, welche keine legislative Grundlage haben. AVES geht noch weiter und erachtet es als „ein selbstherrliches Gebaren der Verwaltung, wenn sich ECH an politisch nicht abgestützten Zielen orientiert“.

Die EnDK et al. halten fest, dass es sich bei den übergeordneten Zielen bloss um Richtziele handeln kann. Deren Nicht-Erfüllung dürfe für die Kantone mit keinen Konsequenzen verbunden sein. Letzteres wird auch von VS unterstützt mit der Ergänzung, dass die Weiterverfolgung der Ziele sichergestellt und Steuerungsmechanismen angestrebt werden müssten. AI, BL und BE fordern eine Orientierung an den gesetzlichen Vorgaben. Da das CO₂-Gesetz in Revision ist, könne zurzeit keine Antwort auf einige dieser Fragen gegeben werden.

4.3.2 Ziel: Reduktion fossiler Energien



UR, NE und GE fordern eine Reduktion des Verbrauchs von fossilen Energieträgern um 30% bis 2020. BS und AR sind einverstanden, obwohl die Zielfestlegung im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes stattfindet. Die Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik, Greenpeace, SES, WWF, SL, Grüne, Pro Natura, Solarenergie, SGS, SKS, suissetec, Holzenergie, S.A.F.E., ProVelo, AEE, VPOD und VCS lehnen das Ziel ab und stellen die Forderung nach einer Reduktion von 40% des CO₂-Ausstosses bis 2020 gegenüber 1990, welche zu 100% im Inland stattzufinden habe. Zudem müsse die aus dem Ausland importierte graue Energie um 40% reduziert werden.

Der SWV und energho fügen an, dass aufgrund der zunehmenden Bedürfnisse in den Bereichen Wohnraum, Mobilität, Konsum und der gleichzeitig wachsenden Bevölkerung eine Zielerreichung nur dann möglich ist, wenn grosse Anstrengungen auch ausserhalb des Freiwilligkeitsbereichs vorgenommen und politischer Druck erzeugt werden.

Öbu verlangt eine Orientierung an den EU-Zielen. Ergänzend verlangt der FEA eine Abstimmung der Massnahmen mit der EU.

Die EnDK et al. sowie VS, BS, VD, SWV, SATW, EFCH und strasseschweiz unterstützen zwar die Förderung der Verbrauchsreduktion fossiler Energieträger durch ECH. Das Ausmass dieser Reduktion sei jedoch nicht Gegenstand dieser Konsultation und werde im Rahmen der CO₂-Gesetzesrevision festgelegt. Die im Konsultationsbericht definierten Klimaziele seien noch nie gesetzlich oder politisch legitimiert worden. Beim Reduktionsziel von -20% handle es sich um eine undifferenzierte und pauschale Übernahme der EU-Gesamtziele für die Schweiz, was die EnDK ablehnt und stattdessen eine differenzierte Zielfestlegung fordert. Eine solche Zielfestlegung würde somit jener Reduktionsmenge entsprechen, welche die Schweiz gemäss Modellrechnung als EU-Mitglied zu leisten hätte. Im Weiteren wäre ein solches Ziel auch noch nach Sektoren aufzuteilen (Gebäude, Mobilität, Industrie), woraus sich die Felder mit Handlungsbedarf ergeben würden.

auto-schweiz befürwortet unter der Bedingung, dass es sich um eine reine Orientierung handelt und nicht um eine Form der Kontingentierung.

Der Städteverband befürwortet das Ziel, wenn gleichzeitig als Orientierungslinie für die langfristig wirkenden energiepolitischen Entscheide (Kraftwerksbau, leitungsgebundene Energien u.a.) eine glaubwürdige Zielsetzung bis 2050 definiert wird. Die SBB formulieren als Bedingung eine Zielaufteilung auf

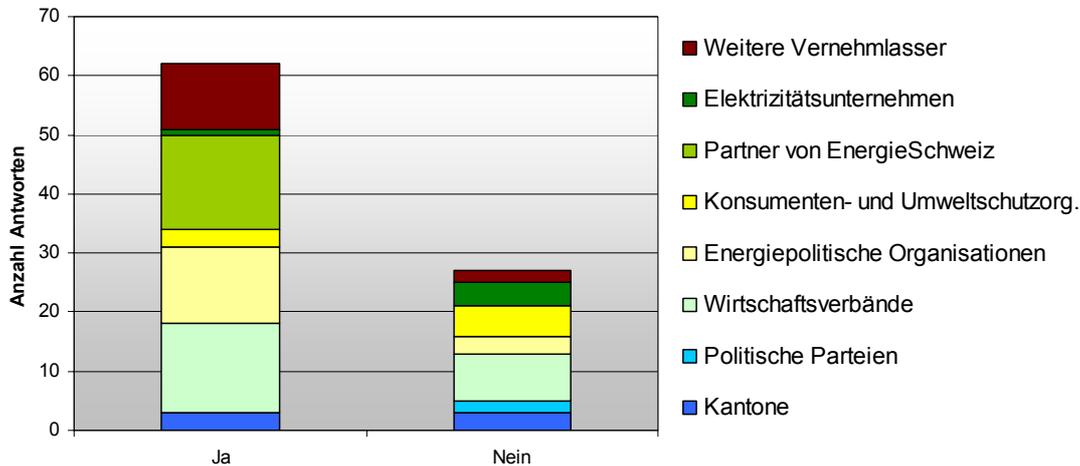
Treib- und Brennstoffe, weil dies ein fortlaufendes Monitoring konkreter Massnahmen erleichtern würde und deutlicher machte, wo Handlungsbedarf besteht.

Der SMV weist darauf hin, dass diese Zielsetzung je nach Ausgang der CO₂-Gesetzesrevision hinfällig werden könnte.

Der VSE lehnt die Orientierung an diesem Ziel ab, weil es in der Verantwortung des BAFU und nicht des BFE liege.

4.3.3 Ziel: Anteil der erneuerbaren Energien steigern

Soll sich EnergieSchweiz am Ziel "Steigerung des Inland-Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch um 50% von 2010 bis 2020" orientieren?



Zustimmung mit Vorbehalten

ESfG und SKS erachten die Zielsetzung als zu wenig ambitioniert und eine deutliche Erhöhung mit entsprechenden Rahmenbedingungen als möglich. Die Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik, WWF, SL, Greenpeace, SES, Grüne, ProNatura, VCS und ProVelo verlangen eine 100%-Steigerung auf einen Anteil von 32% des Gesamtenergieverbrauchs.

Der VPOD ist einverstanden, verlangt jedoch an Stelle einer Prozentangabe eine Zielformulierung in GWh. Der VFS und e'mobile stimmen zu im Sinne einer Reduktion der Abhängigkeit vom Energieimport. Swissmem knüpft seine Zustimmung an die Bedingung, dass Fragen der Wirtschaftlichkeit nicht ausser acht gelassen werden. Die Lösung von Energieproblemen führe mittelfristig über die Steigerung der Effizienz.

FEA, CentrePatronal und SAB sind skeptisch, weil das vorhandene Potential bei der Wasserkraft in der Verwendung neuer Technologien liege, dieses aus Natur- und Heimatschutzgründen jedoch kaum genutzt werden könne. Die Nutzung von Wind- und Sonnenenergie sei aufgrund der Topographie in der Schweiz wenig geeignet.

Travail.Suisse folgend müsste der Fotovoltaik-Deckel der kostendeckenden Einspeisevergütung erhöht werden, um dieses Ziel zu erreichen. Für SATW ist die Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs nötig für die Zielerreichung.

Der SWV stimmt zu, wobei nur die politisch abgestützten Vorgaben umzusetzen seien. Der SGB verlangt einen Fokus auf neue erneuerbare Energien und ist skeptisch gegenüber extensiver Wasserschliessung wie Pumpspeicherung. VUE stimmt zu, wenn die Einhaltung gewisser qualitativer Aspekte in der Energieerzeugung wie Gewässerschutz, Landschaftsschutz und Anlageneffizienz sichergestellt ist.

strasseschweiz stimmt dem ambitionierten Ziel zu, obwohl das Ziel im Bereich der motorisierten Verkehrsmittel kaum erreicht werden könne. Neue Studien würden belegen, dass trotz technologischem Wandel der Anteil an Verbrennungsmotoren unter allen Personenwagen um 2030 bei 75% liegen werde. Die GroupeE und VSE regen eine Konzentration der vorhandenen finanziellen Mittel auf jene Technologien an, welche pro kWh die tiefsten Kosten verursachen.

VSG und Gemeinden erachten die Steigerung als sinnvoll. Jedoch sei sie vom Gesetz nicht vorgegeben und daher nicht von ECH zu formulieren. Im Weiteren könne eine starre Vorgabe zur Rechtfertigung massiver Subventionen missbraucht werden.

Laut Energiestadt und Gemeinden bedingt dieses Ziel den Abbau der raumplanerischen Hemmnisse für energieeffiziente Anwendungen und erneuerbare Energien durch Bund und Kantone sowie die Vernetzung der Energieeffizienz mit anderen Politikbereichen wie Verkehrs-, Raumplanungs- und Steuerpolitik.

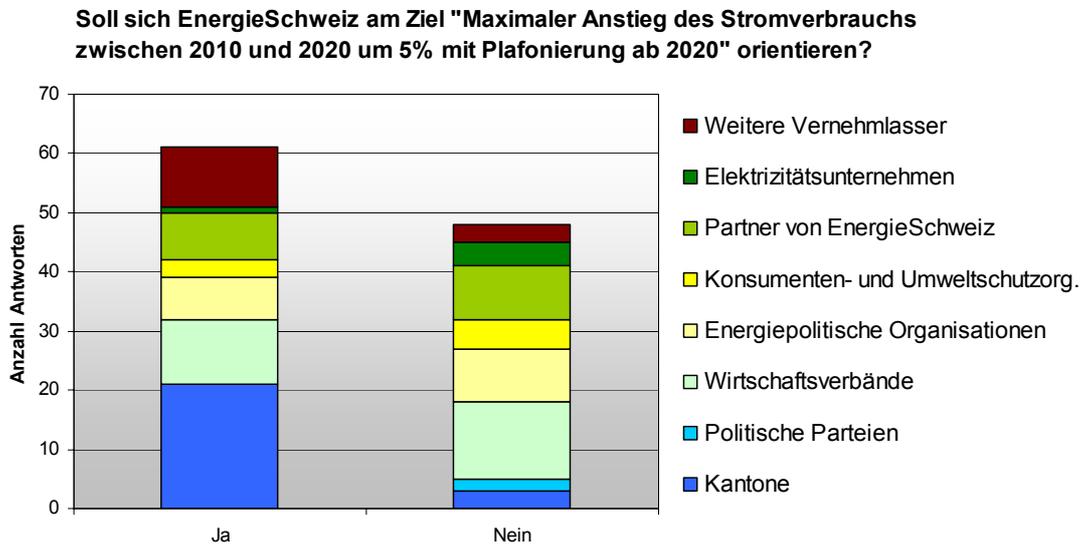
(Partielle) Ablehnung

Die CKW lehnt ab, weil a) in diesem Bereich bereits viele Instrumente bestehen und b) dieses Ziel die Gefahr von Doppelspurigkeiten verursache. Die SGCI begründet seine Ablehnung damit, dass a) das Ziel sehr ambitiös sei in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung und b) die erneuerbaren Energien schon zu stark subventioniert und gefördert würden, wodurch die nötige Fachkompetenz schon vorhanden sei.

Axpo, BKW und swisselectric lehnen diese Zielorientierung ab, weil die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien keiner weiteren Förderprogramme bedürfe. Die Förderung sei bereits im Stromversorgungs- und Energiegesetz geregelt und solle mit den vorgesehenen Massnahmen umgesetzt werden. Die Elektrizitätswirtschaft ist skeptisch gegenüber der undifferenzierten Förderung der Erneuerbaren, weil sie gravierende Mängel aufweise. So würden bei der kostendeckenden Einspeisevergütung jene Energieformen unterstützt, die pro Unterstützungsfranken am wenigsten Energie produzieren. Im Weiteren begnüge man sich mit Jahresbilanzen und fokussiere nicht auf eine zeitgerechte Verfügbarkeit der produzierten Energie, was mit Blick auf die Versorgungssicherheit wichtig wäre. Anstelle von Ideologie wird ein realistischer Blick auf die Potentiale und den Entwicklungsstand der Technologien gefordert.

Axpo, swisselectric, BKW sowie teilweise economiesuisse, cemsuisse und AVES verlangen, dass bei der Energieeffizienz aufgrund der brachliegenden Effizienzpotentiale Schwerpunkte in den Bereichen Gebäude und Verkehr gelegt werden. Auf vorgängigen Kosten-/Wirkungsanalysen beruhende Massnahmen werden begrüsst.

4.3.4 Ziel: Anstieg des Stromverbrauchs begrenzen



Zustimmung mit Vorbehalten

GE und NE erachten die Beschränkung des Elektrizitätsverbrauchs im Hinblick auf eine 2000W-Gesellschaft als unumgänglich. BL, STV und VPOD verlangen eine rasche Senkung des Verbrauchs, damit diese Zielsetzung glaubwürdig verfolgt werden könne. Ergänzend wird ein Absenkpfad für den Verbrauch vorgeschlagen. Entec, Energiestadt und SATW verlangen als Minimalziel eine Stagnation des Verbrauchs.

Die Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik, SKS, WWF, SL, Greenpeace, SES, Grüne, ProNatura, Travail.Suisse, Holzenergie, Swissolar, VUE und VCS orten ein riesiges brach liegendes Potential im Stromeffizienzbereich. Da der Wert der Elektrizität dreimal höher ist als der Wert der gleichen Wärmemenge, sei eine Verschärfung der Ziele in diesem Bereich unabdingbar. Auch im Vergleich zum Ausland seien die Ziele sehr wenig ambitioniert. Gefordert wird eine Reduktion von 5% bis 2020. Als mögliches Mittel werden finanzielle Sparanreize über ein Tarifmodell vorgeschlagen.

energho bezeichnet das Ziel als notwendig, die Formulierung jedoch als unklar. Daher würde ein Reduktionsziel wie beim CO₂ bevorzugt. Weiter seien gesetzliche Massnahmen zu prüfen, da die freiwilligen Massnahmen kaum ausreichen.

Der FEA stimmt zu, obwohl das Ziel kaum realistisch sei aufgrund des abnehmenden Effizienzsteigerungspotentials und der Substitutionsmöglichkeit. SGS und SolarAgentur dagegen erachten die Zielerreichung mittels Effizienzmassnahmen als problemlos möglich.

EnDK et al. sowie VS stimmen zu, jedoch mit Vorbehalt: Sowohl für die Steigerung des Inland-Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch als auch bei einer maximalen Zunahme des Stromverbrauchs habe sich ECH an den bestehenden gesetzlichen Vorgaben zu orientieren und diese umzusetzen (EnG Art. 1 Abs. 3-5). Im Konsultationsbericht werde auch nicht erwähnt, in welchem Verhältnis die erwähnten Ziele zu den gesetzlichen Vorgaben stünden. Diese Lücke sei zu füllen. Es dürfe jedenfalls nicht Sache von ECH sein, neue Ziele zu formulieren. Im Weiteren wird eine konsequente Konzentration der Massnahmen auf jene Technologien gefordert, welche pro Unterstützungskosten am meisten zur Zielerreichung beitragen. Es müssten alle Hindernisse, welche den effizienten Technologien im Wege stehen, abgebaut werden. Schliesslich sei eine Verzettelung in zahlreiche Detailmassnahmen, welche eine bescheidene Wirkung erzeugen, zu verhindern.

Die GroupeE mahnt, die Finanzkrise werde den Stromverbrauch temporär zurückgehen lassen. Daher dürften Werte aus dieser Zeit nicht als Referenz für künftige Analysen und Berechnungen im Hinblick auf die langfristige Entwicklung verwendet werden.

(Partielle) Ablehnung

Der Substitutionsansatz wird von zahlreichen Akteuren vertreten (electrosuisse, auto-schweiz, ETH, HEV, Städteverband, EFCH, DSV, VSE, strasseschweiz, CKW, Gemeinden FWS, Swissmem, teilweise eae): Sie fordern einen Ausbau der Kapazitäten in der Elektrizitätsproduktion, um das Reduktionsziel der fossilen Treibstoffe erreichen zu können und das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Laut PAC'INFO muss jedoch mit grünem Strom substituiert werden. Der VFS erachtet die Begrenzung des Verbrauchs von elektrischer Energie als zu starken Eingriff in die Wirtschaft. VSE und DSV schlagen deshalb vor, die Strategie zu ersetzen durch eine „Effizienzsteigerung auf dem gesamten Energiesektor“. EcoCar, e'mobile und NewRide erwähnen eine Verbrauchsobergrenze für den Gesamtenergieverbrauch als mögliche Alternative.

Axpo, swisselectric, BKW, teilweise economiesuisse, cemsuisse und AVES lehnen das Ziel der Festlegung eines maximalen Zuwachses als sachlich verfehlt und gesetzlich nicht abgestützt ab, weil es im Widerspruch zur energiepolitischen Substitutionsstrategie von fossilen Energieträgern durch Strom stehe. Axpo, swisselectric und BKW führen weiter aus, dass der steigende Wohnbedarf pro Kopf, das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum, die steigende Ausstattung mit elektrischen Geräten, die Verlagerungseffekte im Verkehrssektor (Elektrifizierung) und die zunehmende Substitution von fossilen Energieträgern durch andere Wärmesysteme nicht berücksichtigt werden.

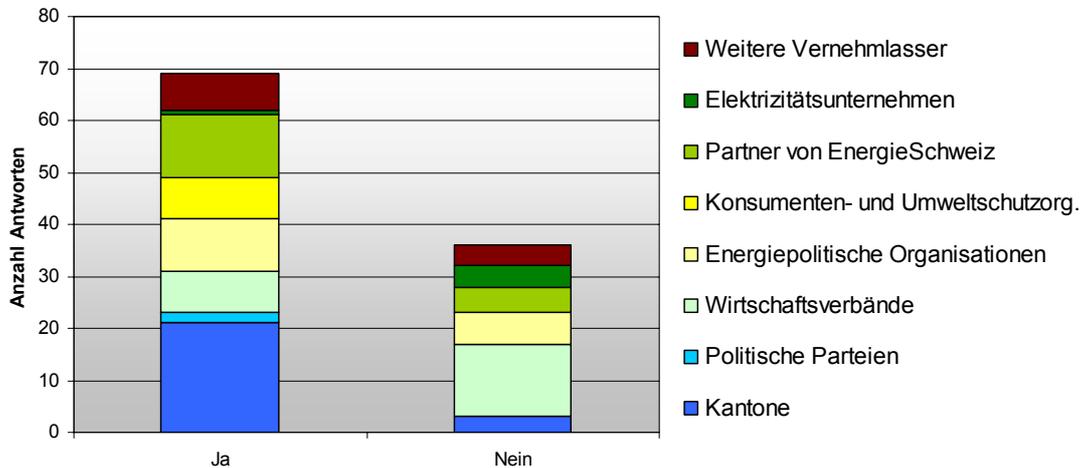
Der SWV lehnt ab, weil das oberste Ziel die Reduktion der fossilen Energieträger sein müsse. Die Limitierung des Stromverbrauchs richte sich offensichtlich gegen die Kernenergie, welche objektiv gesehen mittelfristig eine der wenigen realistischen Optionen gegen den Klimawandel und schwindende fossile Energiereserven darstelle.

EcoCar, NewRide und e'mobile lehnen ein Ziel für einzelne (sekundäre) Energieträger ab und fordern stattdessen ein Ziel für den maximalen Gesamtenergieverbrauch. Dadurch würde die Gefahr einer Behinderung zielführender technologischer Entwicklungen eliminiert.

Der VFS hat Bedenken betreffend der wirtschaftlichen Folgen, welche durch dieses Ziel ausgelöst würden.

4.3.5 Ziel: Import von erneuerbarer Elektrizität

Soll sich EnergieSchweiz am Ziel "Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien ergänzend zur Förderung im Inland durch Importe steigern" orientieren?



Zustimmung mit Vorbehalten

EnDK et al. stimmen unter Vorbehalten zu. Die Frage des Imports stelle sich gar nicht mehr, weil in Art. 1 Abs. 3 des EnG die maximale Importmenge festgelegt sei. Folglich habe ECH im gesetzlich vorgegebenen Rahmen tätig zu sein.

GE, NE, AR, VS, VD sowie Entec weisen auf die Notwendigkeit der Förderung der Inlandproduktion hin und verlangen in diesem Zusammenhang die Beseitigung von Hürden. Es sei nicht möglich, die eigene Verantwortung für die Förderung von erneuerbarem Strom mittels Importen abzustossen. VS ergänzt, dass der Import von erneuerbarem Strom allenfalls eine Übergangslösung darstellen könne, um kurzfristig die Nachfrage zu decken. Die Importverträge sollen zeitlich limitiert werden, da langfristig die inländische Produktion die Nachfrage decken würde. BL und AEE erachten den Import als sinnvoll, da die Potenziale im Inland beschränkt und die Produktionskosten im Ausland deutlich tiefer seien.

suissetec, Travail.Suisse, Gemeinden, ESfG, VSE, energho, teilweise SuisseEole, VPOD, BiomassEnergie, Holzenergie und Swissolar verlangen eine prioritäre Förderung im Inland, um die Wertschöpfung hier zu sichern, die Unabhängigkeit auszubauen und eine Vorreiterrolle einzunehmen. Swissolar und Holzenergie erachten den Import jedoch dank gutem Kosten-Nutzen-Verhältnis als interessanten Ansatz.

ECS und FWS bejahen, erachten jedoch einen Herkunftsnachweis des importierten Stroms als notwendig. SKS und SBV unterstützen den Import, wenn er ergänzend zur Steigerung der erneuerbaren im Inland läuft. Stromeffizienz und erneuerbare Energien können gemäss SKS nicht getrennt betrachtet werden. Die GroupeE verlangt die Förderung von Anlagen an den besten Standorten, um die Kosten pro produzierte Einheit tief zu halten.

Der VKMB will bei Importen jene Länder bevorzugen, welche die Umstellung auf eine rein erneuerbare Stromversorgung forcieren, z.B. Deutschland.

Die SPS schlägt vor, dass im Hinblick auf eine sichere Vollversorgung mit erneuerbaren Energien Produktionsanlagen mit Schweizer Beteiligung im Ausland mit der Einspeisevergütung gefördert werden.

EcoCar, NewRide und e'mobile wollen der Wirtschaft die Möglichkeit geben, klar deklarierten Strom aus erneuerbaren Energien zu importieren.

Der Import von erneuerbarem Strom ist für SATW dem Import von Strom aus fossilen Quellen in jedem Fall vorzuziehen. Angesichts der EU – eigenen Ziele sei dies jedoch kein realistisches Ziel.

(Partielle) Ablehnung

LU, SBB und EFCH lehnen ab und sind der Meinung, dass sich ECH nicht um Importe kümmern solle. Swissem ist der Ansicht, der Import von erneuerbarem Strom müsse über bilaterale Verträge geregelt werden, was nicht eine Aufgabe von ECH sei.

Gemäss Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik, WWF, SL, Greenpeace, SES, Grüne, S.A.F.E., VCS und ProNatura ist es nicht sinnvoll, den durch mangelnde Effizienz verursachten zusätzlichen Stromverbrauch durch erneuerbare Stromimporte zu kompensieren. Für eae, ISKB und EcoDrive lösen Importe das Problem nicht, weil dadurch das Exportland seine Ziele womöglich nicht erreiche.

SWV, VFS und DSV fordern, dass die Abhängigkeit von Stromimporten unabhängig der Quellen möglichst tief gehalten wird und lehnen deshalb ab.

Für eae und FEA sind Importe langfristig keine Lösung, da der Strom im Ausland oft unter weniger hohen Ökostandards produziert wird. Im Weiteren würden intelligente Stromproduktionskonzepte im Inland oft ökonomische Vorteile bieten. Die ETH schlägt anstelle des Imports Beteiligungen an konkreten ausländischen Projekten vor.

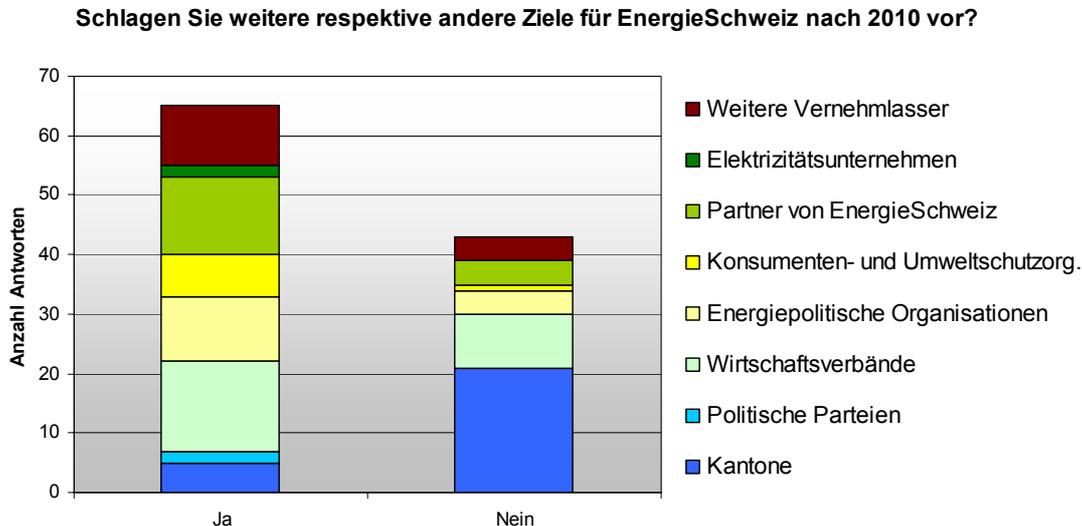
Die CKW erachtet das Ziel als nicht sinnvoll, weil solche Importe auf privatwirtschaftlicher Basis erfolgen werden, wenn der ausländische erneuerbare Strom billiger werden sollte.

Axpo, swisselectric, BKW und teilweise AVES lehnen ab, weil die Schweiz prioritär eine stabile Grundlastenergie braucht, was mit den erneuerbaren Energien Wind und Sonne nicht sichergestellt werden könne. Dazu komme, dass der Preis für den Import auch wirtschaftlich kaum tragbar sei. Schliesslich habe der Import auch einen negativen Beigeschmack, weil man dadurch die Wertschöpfung und die negativen Externalitäten ins ferne Ausland verfrachtet und keine globale Mehrproduktion induziert würde.

economiesuisse und cemsuisse befürchten ein absehbares Scheitern des Ziels, weil die EU bei der Erreichung ihrer ambitionierten Ziele selbst grosse Defizite aufweise. Im Weiteren würde der Import erneuerbaren Stroms das Versagen von ECH signalisieren, weil auf die Errungenschaften des Auslands ausgewichen werden müsste.

Der SGB ist gegenüber Importen skeptisch, weil damit Leitungskapazitätsprobleme verbunden wären.

4.3.6 Weitere Ziele für EnergieSchweiz



LU fordert a) eine langfristig gesicherte kostendeckende Einspeisevergütung, b) Förderung von Pilot- und Demonstrationsanlagen auch ausserhalb des Programms F+E von ECH und c) Verstärkung von neutralem und unabhängigem Coaching (a und b auch von VSA unterstützt). VD verlangt die Festlegung klar quantifizierter Ziele und eine entsprechende Anpassung der finanziellen und technischen Mittel, um die Zielerreichung sicherzustellen. Im Weiteren sollen sektorbezogene Ziele festgelegt werden für jede Technologie, was auch von BL unterstützt wird.

Gemäss CentrePatronal und GroupeE sollen neue Aktionsfelder erschlossen und die Voraussetzungen für den Ausbau der Stromproduktionskapazitäten und deren wirtschaftlichem Betreiben geschaffen werden, wobei GuD- oder Kernkraftwerke favorisiert werden sollen. Im Weiteren seien in diesem Bereich neue Partnerschaften anzustreben und der Dialog zu fördern. GroupeE ergänzt, ECH müsse die Bevölkerung über die Risiken einer Stromverknappung informieren.

Im Rahmen von ECH war das Ziel von eae ein Nullwachstum des Strombedarfs im Gerätebereich. eae und FEA folgend könnten solche Ziele für einzelne Sektoren auch in Zukunft formuliert werden.

Die Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik, WWF, SL, Greenpeace, SES, Grüne, ProNatura, SPS und ProVelo fordern, dass

- a. der Mobilitätsbereich stärker ins Zentrum rückt (auch Entec und SWV) und verbindliche, mess- und sanktionierbare Emissionsziele formuliert werden (suissetec)
- b. die unbefriedigende Energie-Etikette überarbeitet wird
- c. die ineffizientesten Fahrzeuge vom Markt verschwinden
- d. der Klimarappen zugunsten einer CO₂-Abgabe abgeschafft wird
- e. Fahrzeugflotte begrenzt wird
- f. nicht zielführende Massnahmen wie die freiwilligen Vereinbarungen mit der Branche nicht Teil von ECH nach 2010 sind

Mobility vertritt die Ansicht, dass eine Eindämmung des Verbrauchs fossiler Treibstoffe im Mobilitätsbereich nicht ausreiche. Negative Folgen wie Lärm, Platzbedarf, Emissionen, Ressourcenverbrauch bei der Herstellung von Fahrzeugen und Infrastrukturen, ungenügender Kostendeckungsgrad von öffentlichen Verkehrsmitteln, Unfallfolgen und Bewegungsarmut seien auch zu beachten und Bereichsziele zu formulieren (EcoCar, e'mobile). Der VSG setzt hier ein und verlangt mehr Beachtung für gesundheitsschädigende Luftschadstoffe.

SGCI ist der Ansicht, dass der Informationsfluss über „best practice“ in der produzierenden Industrie stark verbesserungsbedürftig sei und eine wichtige Aufgabe von ECH werden solle. Im Weiteren werde der Schwerpunkt der komplexen Prozesse und Produktionsanlagen in Kapitel 6 des Zwischenberichts erwähnt, jedoch ohne weitere Erklärungen und Zielsetzungen.

Die formulierten Ziele müssen laut SKS und energho unbedingt erreicht werden, was durch Kontrollen und Sanktionen von ECH sichergestellt werden könnte.

Axpo, BKW, swisselectric, teils economiesuisse und cemsuisse weisen darauf hin, dass im Konzept für ECH nach 2010 nicht auf das vom Parlament im Rahmen der Revision des Energiegesetzes beschlossene Ziel, den Endenergieverbrauch der privaten Haushalte bis 2030 mindestens auf dem Niveau von 2008/2009 zu stabilisieren, eingegangen wird. Ebenso fehle ein Hinweis auf die vom Parlament beschlossenen Ausschreibungen von Effizienzmassnahmen und eine Beschreibung, wie ECH den Zubau an erneuerbarer Stromerzeugung unterstützen will.

Holzenergie Schweiz würde Unterziele für die einzelnen erneuerbaren Energien begrüssen und quantifizierte Zwischenziele festlegen (z.B. Zuwachsraten oder Absenkpfade). VUE würde die vorgeschlagene Definition von Leistungszielen für Programmpartner unterstützen.

ESfG will Förderinstrumente langfristig ausrichten, damit sie dem breiten Zielpublikum bekannt gemacht und in langfristige Projektplanungen einbezogen werden können.

EFCH sieht ECH in der Rolle einer Koordinationsstelle zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, welche die Voraussetzungen für die Auslösung von privaten Investitionen schafft. Insbesondere der Einbezug der Energiewirtschaft in den Kreis der Partner von ECH wird gewünscht. Durch verstärkten Austausch mit anderen Ämtern könne ECH vermehrt als Querschnittsdenkerin aktiv werden.

EcoDrive erachtet die Formulierung qualitativer Ziele als wichtig, insbesondere in den Bereichen der Aus- / Weiterbildung sowie Information und Beratung.

SGS und SolarAgentur verlangen den Minergie-P-Standard für alle Neubauten und umfassenden Sanierungen in der Schweiz. AEE will Ziele vorgeben, welche eine höhere Erneuerungsrate von Gebäuden mit sehr hohem Energieverbrauch vorgeben und damit den Druck auf die dringendsten Baustellen erhöhen.

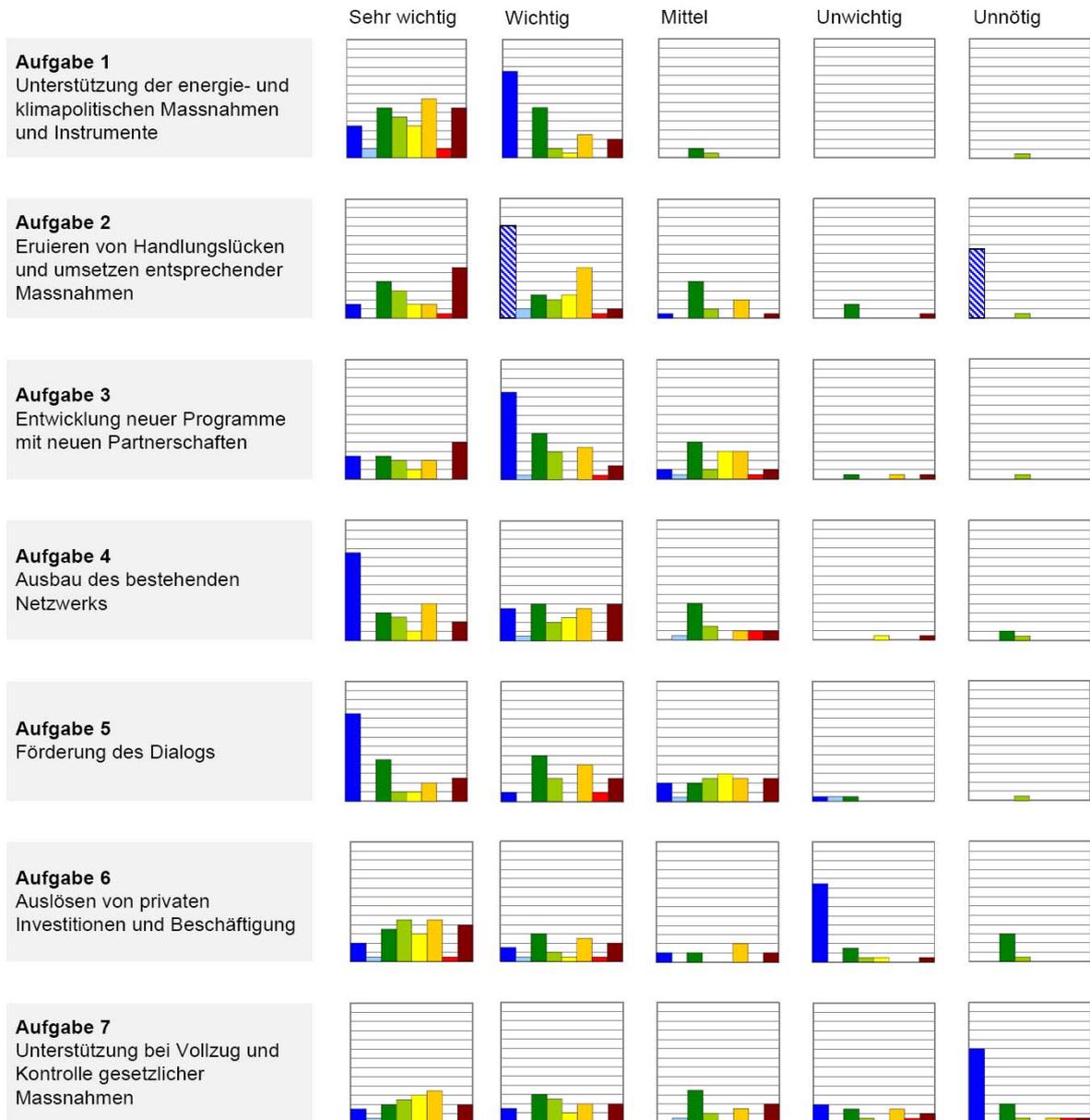
Der SWV schlägt eine Orientierung am 1t-CO₂-Ziel statt an der 2000W-Gesellschaft vor, wodurch auf eine zielführende Energie- und Klimapolitik zugesteuert würde. Wie viele Watt und welche Quellen künftig zur Verfügung stehen werden, müsse sich aufgrund anderer energiewirtschaftlicher Randbedingungen ergeben. Weiter wird vorgeschlagen, die grosse Wasserkraft nicht mehr auszuklammern, weil sie ein wesentliches Standbein sei und deshalb gefördert werden müsse im Sinne der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen.

Die FWS argumentiert, dass ECH trotz kantonaler Regelung des Gebäudesektors eine vermittelnde Rolle für mehr Effizienz bei der Anwendung von Energiegesetzen spielen könnte. Im Weiteren seien Investitionen in Forschung und Entwicklung, Aus-/Weiterbildung, Aufklärung sowie Qualitätssicherung von besonderer Bedeutung.

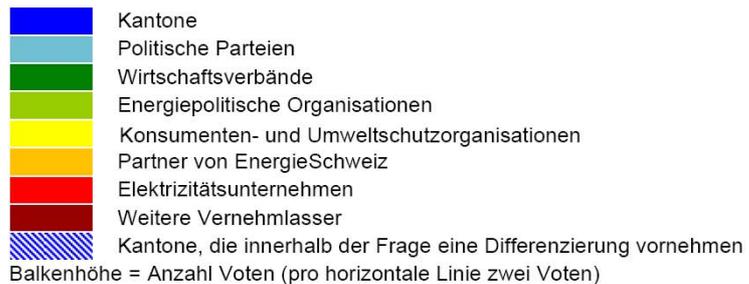
Fussverkehr ist der Meinung, dass der Effizienznachweis nicht nur auf mathematischen Modellen, sondern auf Plausibilität abgestützt sein müsse. Es sei z.B. plausibel, dass ein Fussgänger keine Energie verbraucht. Eine Berechnung der Energie- oder CO₂-Einsparungen durch Verhaltensänderung sei jedoch kaum möglich.

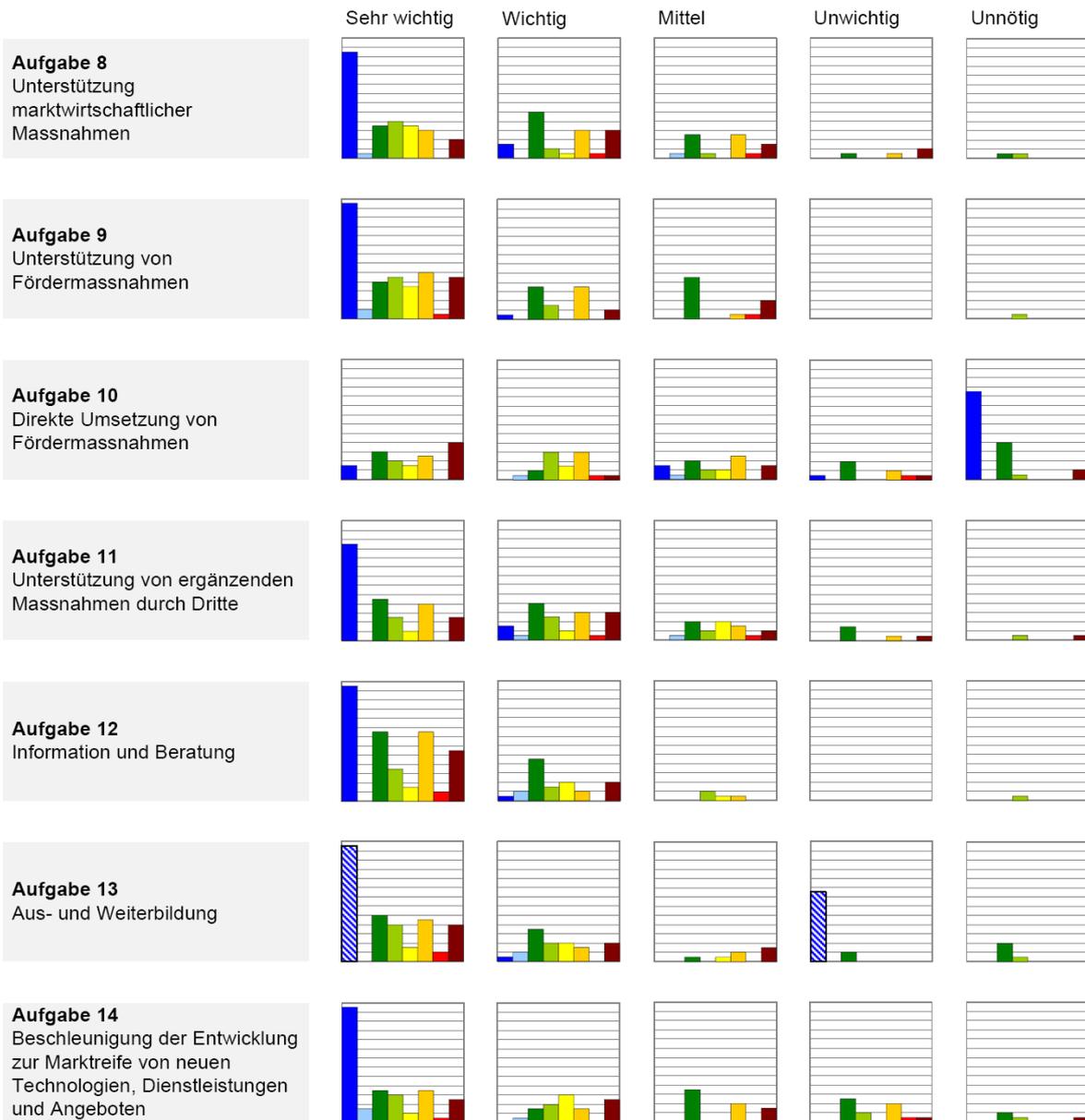
Der SGB will die Förderung dezentraler Wärmekraftkopplung als Übergangstechnologie und Nutzung der Sanierungsperiodizität bei fossilen Heizungen. Der STV ergänzt, die Energieeffizienz in KMUs im thermischen und elektrischen Bereich sei förderungsbedürftig.

4.4 Detailaufgaben von EnergieSchweiz



Legende:





Legende:

- Kantone
 - Politische Parteien
 - Wirtschaftsverbände
 - Energiepolitische Organisationen
 - Konsumenten- und Umweltschutzorganisationen
 - Partner von EnergieSchweiz
 - Elektrizitätsunternehmen
 - Weitere Vernehmlasser
 - Kantone, die innerhalb der Frage eine Differenzierung vornehmen
- Balkenhöhe = Anzahl Voten (pro horizontale Linie zwei Voten)

4.4.1 Interpretation der Ergebnisse

Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass in der Grafik die absolute Zahl der Stimmen abgebildet ist. Dadurch fallen jene Akteursgruppen besonders ins Gewicht, welche sich mit vielen Akteuren an der Konsultation beteiligt haben.

Die Aufgaben „Unterstützung der energie- und klimapolitischen Massnahmen und Instrumente“ und „Information und Beratung“ werden von einer überwältigenden Mehrheit der konsultierten Akteure als wichtig oder sehr wichtig eingestuft.

Folgende Aufgaben werden von einer grossen Mehrheit als wichtig oder sehr wichtig eingestuft, wobei maximal 30% der Vernehmlasser den Aufgaben bloss mittlere Bedeutung beigemessen haben:

- „Entwicklung neuer Programme mit neuen Partnerschaften“
- „Ausbau des bestehenden Netzwerks“
- „Förderung des Dialogs“
- „Unterstützung marktwirtschaftlicher Massnahmen“
- „Unterstützung von Fördermassnahmen“
- „Unterstützung von ergänzenden Massnahmen durch Dritte“
- „Beschleunigung der Entwicklung zur Marktreife von neuen Technologien, Dienstleistungen und Angeboten“

Vielen dieser Aufgaben wird v.a. von den Wirtschaftsverbänden und teilweise von den energiepolitischen Organisationen bloss eine mittlere Bedeutung beigemessen.

Die folgenden drei Aufgaben werden insbesondere von vielen Kantonen und einigen Wirtschaftsverbänden als unwichtig oder unnötig eingestuft. Auch diese Aufgaben werden von einer Mehrheit der Vernehmlasser als wichtig oder sehr wichtig beurteilt, wobei es sich teils um knappe Mehrheiten handelt.

- „Auslösen von privaten Investitionen und Beschäftigung“
- „Unterstützung bei Vollzug und Kontrolle gesetzlicher Massnahmen“
- „Direkte Umsetzung von Fördermassnahmen“

4.4.2 Anmerkungen der Kantone

Die EnDK und die Kantone AG, SOL, TH, SG, FR, GR, NW, OW, ZH, JU, SZ, SH, ZG, GL und teilweise UR haben zu jeder Aufgabe eine Anmerkung gemacht³:

Aufgabe 1: Hier sei klar zu definieren, was unter „Unterstützung“ zu verstehen sei. Zudem wird eine klare Schwerpunktbildung gefordert.

Aufgabe 2: Hier nehmen die EnDK und die Kantone AG, SOL, TH, SG, FR, GR, NW, OW, ZH, JU, SZ, SH, ZG, GL und UR eine Differenzierung der Gewichtung innerhalb der Aufgabe vor. Das „Eruieren von Handlungslücken und umsetzen entsprechender Massnahmen“ wird mit Bezug auf das Eruieren als wichtig und mit Bezug auf die Umsetzung als unnötig eingestuft.

Ähnlich verhält es sich bei Aufgabe 13: Die Aus- und Weiterbildung wird mit Bezug auf Programmpartner, die keinen gesetzlichen Auftrag erfüllen, als sehr wichtig eingestuft. Dort, wo Bund und Kantone für die Aus- und Weiterbildung zuständig sind, soll die Aufgabe dort bleiben und wird daher als unwichtig eingeschätzt.

—

³ Hinweis: Unter den in der Grafik schraffiert eingezeichneten Kantonen können sich auch solche befinden, welche die oben beschriebene Differenzierung nicht vornehmen.

Aufgabe 3: Es soll nicht die Entwicklung neuer Programme im Vordergrund stehen, sondern die Unterstützung bei der Implementierung guter neuer Ideen.

Aufgabe 4: Der Ausbau des bestehenden Netzwerks soll nur dort erfolgen, wo dies den definierten Schwerpunkten dient.

Aufgabe 5: Dies soll im Sinne der geforderten Moderation zwischen den Programmpartnern geschehen.

Aufgabe 6: Das Auslösen privater Investitionen muss sich aus den Massnahmen von alleine ergeben, da ECH kein Konjunkturprogramm ist.

Aufgabe 7: Bei Bundesaufgaben ist es die Pflicht des BFE und nicht von ECH, den Vollzug gesetzlicher Massnahmen zu unterstützen. Kantons- und Gemeindeaufgaben sollen diesen Instanzen überlassen werden.

Aufgabe 8: Marktwirtschaftliche Massnahmen sollen primär im Zertifikatshandel und im Steuerbereich unterstützt werden. UR ist der Meinung, dass die marktwirtschaftlichen Massnahmen nicht primär im Steuerbereich zu unterstützen seien, weil Energie- und Steuerpolitik nicht miteinander verbunden werden sollen. Daher wird gefordert, dass andere marktwirtschaftliche Massnahmen unterstützt werden.

Aufgabe 9: Diese Aufgabe soll ohne faktische Aushöhlung der Kompetenzen der Kantone und der weiteren Programmpartner erfüllt werden.

Aufgabe 10: Dies soll Sache der Programmpartner sein, namentlich des Bundes, der Kantone, der Gemeinden und der Wirtschaft.

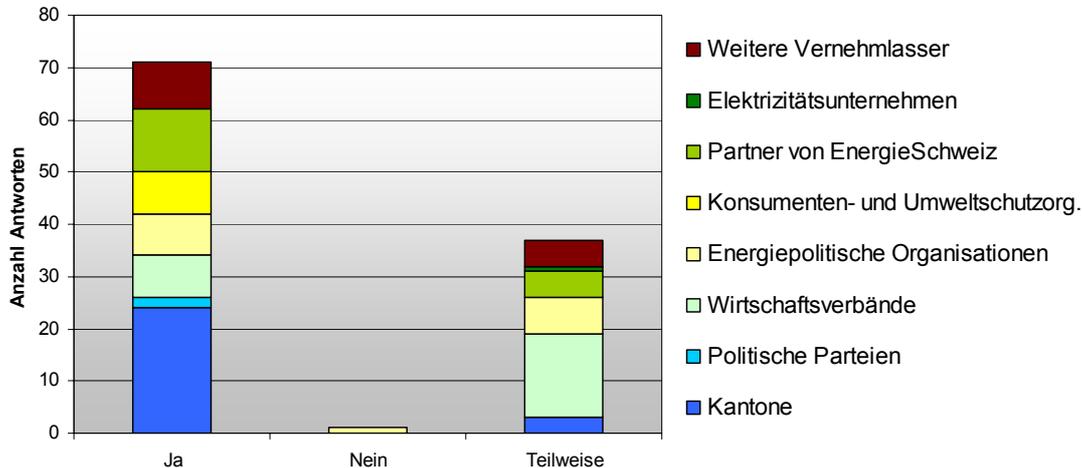
Aufgabe 11: Hier liegt die eigentliche Hauptaufgabe von ECH.

Aufgabe 12: Verlangt wird eine deutlich verbesserte Absprache mit den Programmpartnern.

Aufgabe 14: Auch hier wird eine klare Schwerpunktbildung gefordert.

4.5 Thematische Schwerpunkte

Sind Sie mit den thematischen Schwerpunkten von EnergieSchweiz nach 2010, wie im Kapitel 6.6 beschrieben, einverstanden?



AI, BS, TH, AR, AG, LU, JU, SO, FR, NW, VD, SZ, ZH, SH, ZG, BE,OW, TI, GL, UR, BS, SG, GR, EnDK, Grüne, SPS, suissetec, Travail.Suisse, VKMB, VTS, HEV, electrosuisse, SGB, swissengineering, ADER, EV, ISKB, EFCH, SolarAgentur, VBSA, SES, VSA, Greenpeace, Kf, SKS, WWF, SL, SGS, ProNatura, ACSI, energho, EREP, S.A.F.E., SuisseEole, EcoDrive, Öbu, ESfG, FWS, AEE, NewRide, ESfl, EcoCar, GS VBS, EPFL, ETH, Gemeinden, VCS, Städteverband, SBB und SAB sind mit den thematischen Schwerpunkten von ECH nach 2010 einverstanden.

AVES ist nicht einverstanden mit den thematischen Schwerpunkten.

GE, NE, VS, CentrePatronal, SWICO, SGCI, SBV, economiesuisse, VSE, VSG, strasseschweiz, auto-schweiz, SWV, Swissmem, Gemeinden, cemsuisse, FEA, VPOD, VFS, VEL2, Energiestadt, PAC'INFO, DSV, VUE, SES, SVG, Entec, Holzenergie, Swissolar, eae, BiomassEnergie, GroupeE, C&CM, Mobility, SATW, ProVelo und Fussverkehr sind teilweise einverstanden.

4.5.1 Rückmeldungen zu einzelnen Schwerpunkten

Gebäude: BE und BS weisen darauf hin, dass der Gebäudebereich in der Kompetenz der Kantone liege. Daher wird verlangt, dass ECH in diesem Bereich nur in einer unterstützenden Funktion für die Kantone auftritt.

energho schlägt innerhalb des Schwerpunkts „Gebäude“ eine Prioritätensetzung im Hinblick auf eine rasche zusätzliche Wirkung vor:

- i. Optimierung und Sanierung der Heizung- / Lüftung- / Klimaanlage, Geräte, Licht und Motoren
- ii. Sanierung der Gebäudehülle (ist mit hohen Investitionen verbunden; träge Prozesse bis zur Umsetzung und Wirkung)

Der SMV ortet im Gebäudesektor zwar noch ein grosses energetisches Einsparpotential. Die Ausschöpfung dieses Potentials sei jedoch mit hohen Kosten verbunden und führe zu Mietaufschlägen. Im Gebäudebereich fordert die SPS ein national koordiniertes Gebäudeprogramm. ESfl ortet Förderungsbedarf bei der Energieeffizienz in Gebäuden im Zusammenhang mit fossilen Energien und der Elektrizität.

Mobilität: In den Bereichen Mobilität und Verkehr wird mit hoher Übereinstimmung ein Defizit in der schweizerischen Energie- und Klimapolitik und ein grosses Verbesserungspotential lokalisiert. SGCI, SWV, Gemeinden, VSG, Mobility, AEE, SBB und SPS würden eine Schwerpunktsetzung in diesen Bereichen, verbunden mit entsprechenden Strategien und Massnahmen, begrüssen. Mobility erhofft sich davon eine Reduktion der negativen Folgen des motorisierten Individualverkehrs.

Die Förderung verbrauchsarmer Fahrzeuge muss gemäss EcoCar, NewRide und e'mobile ein viel höheres Gewicht erhalten als bisher, beispielsweise durch die gezielte Unterstützung von Pilot- oder Demonstrationsanlagen.

Der Schwerpunkt „Erhöhung des Marktanteils von effizienten und emissionsarmen Mobilitätsmitteln“ wird von strasseschweiz als zu wenig umfassend bezeichnet, weshalb ein rascher Wechsel der Fahrzeugflotte auf Modelle mit moderner, sparsamer und emissionsoptimierter Antriebstechnologie als anzustrebendes Ziel beantragt wird. Andererseits verlangen ProVelo und Fussverkehr eine Ausdehnung auf die „emissionsfreie Mobilität“. Für die SBB sind Mobilisierungsmassnahmen zu forcieren, die das Umsteigen von Personen und Gütern auf die öffentlichen Verkehrsmittel erleichtern. Ergänzend dazu sind Sensibilisierungsmassnahmen zu ergreifen, die Einstellungs- und Verhaltensänderungen in Mobilitätsentscheidungen erzielen. Von der SAB wird ein Fokus auf den Freizeitverkehr gefordert, da in diesem Bereich ein erhebliches Verlagerungspotential vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr besteht.

Die SPS weist auf den Umstand hin, dass in den vergangenen Jahren im Mobilitätssektor weniger Anstrengungen zur CO₂-Reduktion unternommen worden seien als im Gebäudesektor. Daher werden entsprechende Anstrengungen im Mobilitätsbereich erwartet.

Erneuerbare Energien: Swissolar erachtet eine Beschränkung auf die Förderung der erneuerbaren Energien als nicht ausreichend. Die Möglichkeiten des Ausbaus eigener Produkte und der Nutzung des inländischen Potentials müssten gemäss Gemeinden und Swissolar soweit ausgeschöpft werden, dass die erneuerbaren Energien einen wesentlichen Anteil im schweizerischen Energiemarkt ausmachen. Entec betont, Importe sollten erst in sekundärer Priorität in Betracht gezogen werden.

Holzenergie beantragt die explizite Erwähnung der Wärmeproduktion. Ein Fokus auf neue erneuerbare Energien wird vom SGB gewünscht. Die Trennung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ist für Biomasseenergie nicht sinnvoll, weshalb die Ergänzung des Schwerpunkts durch Energieeffizienz gefordert wird. Der Schwerpunkt „erneuerbaren Energien“ soll gemäss dem VUE differenziert werden im Sinne einer „quantitativen“ und „qualitativen“ Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien im In- und Ausland. EREP verlangt, dass ergänzend zur Förderung die Entwicklung von erneuerbaren Technologien aktiv unterstützt wird. Der VFS weist darauf hin, dass bei der Förderung der erneuerbaren Energien der Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen werden müsse.

Geräte, Licht und Motoren: Der Bereich der Stromeffizienz soll laut SKS und S.A.F.E. in den Fokus von ECH gerückt werden. VD regt an, dass dem Bereich der Elektrizität sowohl aus einem qualitativen wie quantitativen Blickwinkel Rechnung getragen wird: Einerseits durch die Zunahme des Anteils an erneuerbarem Strom und andererseits durch eine Verbesserung der Effizienz in der Stromproduktion. Die eae ist der Meinung, dass im Bereich Geräte schon sehr grosse Vorleistungen gemacht wurden. Dies führe zu einem steigenden und unverhältnismässigen Grenzaufwand für die Ermöglichung weiterer Entwicklungsschritte.

Beantragte zusätzliche Schwerpunkte: Ein Schwerpunkt, der die drohende Stromlücke bekämpft, fehlt und wird vom CentrePatronal gefordert. Die GroupeE zielt in die gleiche Richtung und schlägt einen ergänzenden Schwerpunkt vor, der die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Realisation von Grosskraftwerken berücksichtigt.

Die Information and Communication Technology (ICT) ist laut eae der grösste Wachstumsbereich westlicher Ökonomien und hat ein grosses Verbesserungspotential in der Energieeffizienz. Daher sollte die ICT in einem der Schwerpunkte berücksichtigt werden. SL und ESfI würden die Ernennung der Energieeffizienz als Schwerpunkt im Bereich der fossilen Energien und der Elektrizität begrüssen.

Gewichtung der Schwerpunkte: Einige Vernehmlasser wünschen eine Priorität auf jenem Schwerpunkt, in welchem sie selbst tätig sind. SGCI, SWV, Gemeinden, VSG, teilweise energho, Travail.Suisse, AEE, SBB und Mobility würden einen Fokus auf die Bereiche Gebäude und Mobilität begrüssen, weil in diesen Bereichen die grössten Potentiale lägen. Oberste Priorität soll gemäss WWF, Greenpeace, SES, Grüne, SL und ProNatura dem Themenbereich der Energieeffizienz beigemessen werden. EnDK, AG, SO, TH, NW, OW, ZH, JU, SZ, SH, ZG, GL, UR, SG, FR, GR und AR verlangen eine Prioritätensetzung innerhalb jedes einzelnen Schwerpunkts.

4.5.2 Weitere Voten und Forderungen

Für die EnDK sowie 16 Kantone ist die Definierung von ergänzenden Prioritäten innerhalb jedes Schwerpunkts eine Bedingung für ihr Mitwirken am Programm ECH nach 2010. Nicht jede Massnahme soll unterstützt werden, sondern nur solche mit gutem Aufwand-Nutzenverhältnis. Im Weiteren ist gemäss EnDK die Anzahl der Massnahmen zu limitieren, damit sie überschaubar sind und gut kommuniziert werden können.

Grundsätzlich ist gemäss BL die rechtlich vorgesehene Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu wahren. Massnahmen, welche hoheitlich den Kantonen zustehen, dürften vom Bund nur in Abstimmung mit den Kantonen umgesetzt werden.

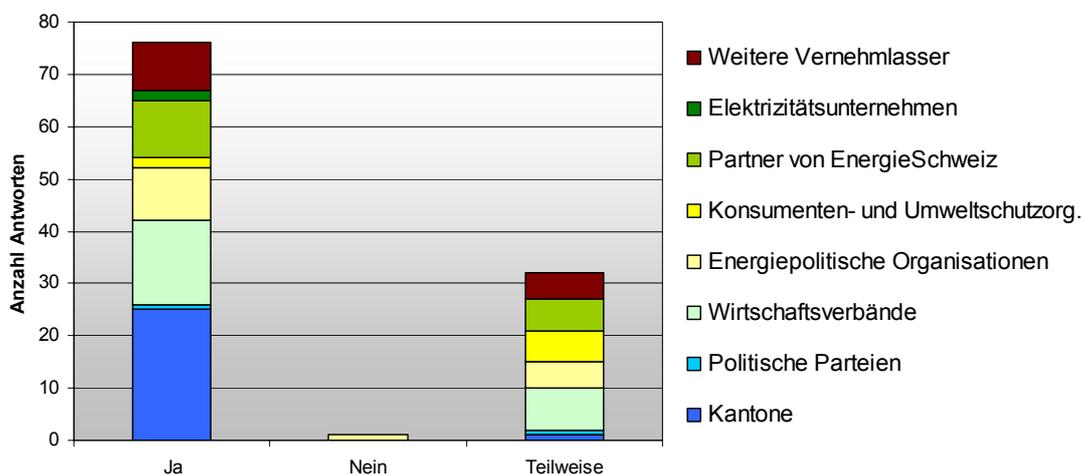
GE, NE und VS vertreten die Ansicht, dass die nationale Energieplanung zu den Schwerpunkten gehören solle. Dabei sei die landesweite Ausweitung energieeffizienter Infrastruktur für die Aufwertung der erneuerbaren Ressourcen von grundlegender Bedeutung. GE und NE ergänzen, dass Reduktionspläne für den Energiekonsum erarbeitet werden müssten.

Gemäss Swissolar kommen wirtschaftspolitische Überlegungen im Bericht zu kurz. Der Aufbau funktionierender Heimmärkte in den Bereichen Effizienz und erneuerbare Energien fördere das Know-how, was den Aufbau von Exportmärkten, mehr Wertschöpfung und eine führende Rolle in den Schlüsselmärkten erwirken könne. Der SWV vertritt die Meinung, dass die Aktivitäten von ECH jene der Kantone unterstützen sollen.

swisselectric, Axpo und BKW hoffen, dass die Ämter BFE und BAFU den Überblick über die energie- und klimapolitischen Instrumente der Schweiz haben und diese miteinander koordinieren. economie-suisse ergänzt, dass eine Klärung von Kompetenzen zwischen den Bundesämtern und die Vermeidung von Doppelspurigkeiten angegangen werden müsse.

4.6 Partner, Netzwerk, öffentliche Hand

Sind Sie mit den Aussagen zu den Partnern, Netzwerkakteuren und der öffentlichen Hand gemäss Kapitel 6.7 einverstanden?



AI, BS, TG, AR, AG, GE, JU, SO, SR, NW, SZ, SH, ZG, BE, OW, TI, NE, GL, UR, VS, BL, SG, GR, EnDK, SPS, SWICO, SGCI, SBV, suissetec, Travail.Suisse, VKMB, VTS, strasseschweiz, auto-schweiz, Swissmem, Gemeinden, FEA, electrosuisse, SGB, swissengineering, VFS, ADER, VEL2, EV, PAC'INFO, ISKB, EFCH, DSV, VBSA, SVG, VSA, SL, ACSI, EREP, Entec, Holzenergie, SuisseEole, eae, EcoDrive, Öbu, ESfG, AEE, ESfl, BiomassEnergie, CKW, GroupeE, C&CM, GS VBS, SATW, ETH, ProVelo, Fussverkehr, SBB und SAB sind mit den Aussagen in Kapitel 6.7 des Zwischenberichts einverstanden.

Teilweise einverstanden erklären sich VD, Grüne, CentrePatronal, economiesuisse, VSE, VSG, HEV, SWV, cemsuisse, VPOD, Energiestadt, VUE, SolarAgentur, SES, e'mobile, Greenpeace, Kf, SKS, SL, SGS, ProNatura, energho, Entec, S.A.F.E., FWS, NewRide, EcoCar, EPFL, Mobility, Gemeinden, VCS und der Städteverband.

Nicht einverstanden erklärt sich AVES.

4.6.1 Zustimmung

Die EV, EPFL, EFCH, DSV, VSE, Swissmem und BiomassEnergie begrüßen mehr Wettbewerb durch das Ausschreiben neuer Programme und Ansätze. EFCH hebt den damit verbundenen Vorteil der verstärkten finanziellen Unabhängigkeit hervor. Die Bedeutung des Abstossens von Selbstläufern an den Markt wird vom VFS und der SKS betont. Der SBV erachtet das Vorhandensein des Abschnitts „Formen der Zusammenarbeit - mehr Wettbewerb“ als bedeutsam. Die angestrebte Weiterführung der Zusammenarbeit mit bewährten Agenturen und die Aufnahme weiterer Partner werden von energho unterstützt. Die SPS ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit mit Partnern und die Arbeit in Netzwerken sehr zentral sind für ECH.

4.6.2 (Partielle) Ablehnung

Die SKS spricht sich gegen eine Stop-and-go-Politik mit bestehenden Agenturen aus, da langfristige Ziele nur mit finanzieller Sicherheit verfolgt werden könnten.

Axpo, swisselectric und die BKW sind sehr erstaunt, dass die Verbände und Unternehmen der Energieträger im Gegensatz zu ProNatura oder SES nicht in der Strategieguppe vertreten sind.

Gemeinden und Städteverband argumentieren dahingehend, dass trotz konkreter Umsetzung vieler Programmziele auf kommunaler Ebene Städte und Gemeinden bisher ungenügend in die Steuerung von ECH einbezogen worden sind.

AVES ist der Meinung, dass die gewerblichen Kreise aufgrund der langjährig enttäuschten Erwartungen wenig Motivation für eine Zusammenarbeit mit ECH haben. ECH werde als Papierkrieg wahrgenommen und bringe vielen Akteuren kaum einen Nutzen.

Der VSE spricht sich gegen eine unangemessene Abhängigkeit der Partnerschaften im Netzwerk von ECH aus und verlangt eine wichtigere Rolle für die Akteure des privaten Sektors.

Die Nutzung des Begriffs „Selbstläufer“ im Zusammenhang mit Energiepolitik und der Auflösung von Partnerschaften wird von FWS als falsch beurteilt. In der Marktwirtschaft zeige sich, dass es keine Selbstläufer gebe und dieser Begriff falsche Inhalte suggeriere. Es sei auch kaum möglich, eine sinnvolle Definition zu finden, ab welchem Zeitpunkt eine Technologie als wahrer Selbstläufer zu bezeichnen sei.

4.6.3 Weitere Voten und Forderungen

EnDK et al., BS, ZH, GL und VD sind der Auffassung, dass in einem ersten Schritt eine inhaltliche, räumliche und organisatorische Entflechtung von ECH und BFE vorzunehmen ist und erst dann die Rolle der Verwaltung geklärt wird. Es könne nicht angehen, dass sämtliche Bundesstellen Einsitz in der Programmleitung haben. Daher wird gefordert, dass sich die Bundesstellen analog den Kantonen auf eine gemeinsame Haltung einigen und diese in die strategische Leitung einbringen. Die Energiepolitik dürfe nicht unter ein Primat des CO₂-Gesetzes fallen, wie dies im Entwurf für die Revision des CO₂-Gesetzes der Fall war. LU ergänzt, dass Dienstleistungen der ECH-Partner weiterhin gewährleistet sein und den Kantonen, den Gemeinden und der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden müssen.

economiesuisse und cemsuisse sind der Meinung, dass Bund, Kantone und Gemeinden eine klar definierte Tätigkeit als Behörde wahrzunehmen haben. Aktivitäten im Markt vom Produzenten bis zum Kunden seien in erster Linie Sache der Wirtschaft. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im Bereich der Energie- und Klimapolitik erfordere daher klare Abgrenzungen und einen kontinuierlichen Dialog zwischen Staat und Wirtschaft. Der HEV wünscht sich die öffentliche Hand als Hauptansprechpartner von ECH, wobei z.B. im Gebäudebereich die Kantone federführend seien und ECH primär eine vermittelnde Rolle zukommen solle. EcoCar, VSG, e'mobile und NewRide fordern von der öffentlichen Hand eine Vorreiterrolle, indem sie auf vorbildlichen Umweltstandards basierende Projekte ausschreibt.

Der VPOD verlangt bei den langjährigen Partnerschaften eine Überprüfung der Zusammenarbeitsformen auf ihre Effizienz und gegebenenfalls eine Anpassung derjenigen. Dadurch wäre die Reorganisation jener Partnerschaften möglich, die in den vergangenen Programmen eine wesentliche Mitverantwortung für die Nicht-Erreichung der Zielvorgaben tragen würden, z.B. die Automobilwirtschaft im Bereich der Mobilität.

Die Energiestadt, Gemeinden und ESfG betonen drei Aspekte:

- Das dreiteilige System Bund – Kantone – Gemeinden muss im Zusammenhang mit der Energiepolitik zwingend zum Tragen kommen.
- Die Raumplanung spielt eine ganz wesentliche Rolle für ECH, was im neuen Programm unbedingt zu berücksichtigen ist. Die eingespielten raumplanerischen Instrumente sollten daher in diesem Kontext intensiv genutzt werden.
- Die Aktivitäten rund um das Thema der nachhaltigen Entwicklung müssen mittels einer optimierten Zusammenarbeit der Ämter BFE, BAFU und ARE vertieft werden. (Die SPS erhebt diese Forderung im Bereich des Klimaschutzes.)

Greenpeace, SES, ProNatura, WWF, SKS, SES, Grüne, SL, S.A.F.E. und VCS verlangen Transparenz bei der Kriterienwahl zur Festlegung der erfolgs- und leistungsabhängigen Unterstützungsbeiträge. Die eae erachtet die ausgelösten Eigenleistungen zur Förderung der Ziele von ECH als wichtiges Beurteilungskriterium.

Gemäss Kf soll sorgfältig geprüft werden, in welchen Bereichen zugunsten der Kontinuität auf Wettbewerb verzichtet werden sollte. EcoCar, e'mobile und NewRide weisen im Zusammenhang mit wettbewerblichen Ausschreibungen auf die Gefahr hin, dass nicht zwingend alle für den Erfolg notwendigen Partner eingebunden sind und die Massnahme mittragen. Die eae, FEA und der HEV verlangen bei öffentlichen Ausschreibungen, dass die Projekte den Bewerbern mit den besten Voraussetzungen bezüglich Know-how und Netzwerk zugeteilt werden.

PAC'INFO beantragt besondere Anstrengungen zur Beschaffung von Mitteln zugunsten der kleinen Gemeinden, damit diese die eingeleiteten Massnahmen auch umsetzen und mittragen können.

Der SGCI erachtet den gewährleisteten Einbezug von Wirtschaftsorganisationen und grossen Unternehmen als wesentliches Element für ECH.

eeae folgend soll ECH nach 2010 ein Programm gleichberechtigter Partner sein. Städteverband und Gemeinden fordern den Einbezug ihrer Gremien in die Trägerschaft des Programms. Fallweise sollen auch Partnerschaften mit innovativen Städten und Gemeinden sowie kommunal dominierten Energieanbietern angestrebt werden, da diese am besten mit den Bedürfnissen und Hemmnissen der Energiekonsumenten vertraut sind. strasseschweiz, SAB und Gemeinden verlangen die Einbindung von Kantonen und Gemeinden in das Netzwerk, damit die Umsetzung derer Massnahmen gesamtschweizerisch möglichst homogen ausgestaltet werden. Travail.Suisse folgend könnten potentielle Partner wie die Gewerkschaften ins Netzwerk integriert werden, was jedoch angesichts von deren beschränkten Mitteln auf flexibler Basis geschehen müsste. Dadurch würde ein Schwerpunkt im Bereich der Ausbildung und der Beschäftigung gelegt. Die EPFL verlangt im Rahmen von ECH die Integration von Nicht-Regierungsorganisationen in die Projekterarbeitung (z.B. der Umweltverbände). Mobility regt an, dass die im Mobilitätsbereich relevanten Akteure auch im Bereich neuer ÖFFENTLICHER VERKEHRSMITTEL und neuer Mobilitätsdienstleistungen zu wichtigen Partnern werden. Nur dadurch könnten Verhaltensänderungen ausgelöst werden. Die GroupeE wünscht sich den Einbezug der grossen Elektrizitätsunternehmen in die Wahl der Programme und deren Umsetzung. Der SWV würde eine stärkere Einbindung von privaten Akteuren begrüßen und kann sich vorstellen, diese prioritär vor weiteren öffentlichen Akteuren zu behandeln. ESfl fordert eine stärkere Einbindung der Wirtschaft, wobei die Ziele von ECH nicht zu stark von den Eigeninteressen der Wirtschaftsakteure beeinflusst werden dürfen. strasseschweiz und Gemeinden drängen in die gleiche Richtung und zielen damit auf eine verstärkte Wirkung und Unterstützung der vielen Projekte, die zur Erreichung der Energie- und Klimaziele beitragen.

energho ortet ungenutzte Synergien in den Bereichen Marketing, Verkauf und Wirkung, welche mittels einer verbesserten Koordination zwischen den heutigen Agenturen und Netzwerken erschlossen werden könnten. Anstatt den Kunden alle wesentlichen Angebote von ECH aufzuzeigen, würden die Agenturen heute wie eigenständige, konkurrierende Unternehmen auftreten. Swissolar und Holzenergie wünschen grösste Aufmerksamkeit für die nationale Einheitlichkeit der Massnahmen, wodurch Effizienzverluste verhindert werden können. SGS und SolarAgentur folgend sollte das BFE eine verstärkte Nutzung des vorhandenen Know-hows der einzelnen Agenturen anstreben, da dieses als Grundlage für gesamtschweizerische Implementierung von Bedeutung sein kann.

Der VSE ist der Ansicht, dass seitens der öffentlichen Hand eine einfache Standardlösung zur Erfüllung der 80/20-Regel mit Erdgas/Biogas erarbeitet werden sollte.

VUE vermisst im privaten Sektor die explizite Nennung der Energiebranche, was aufgrund ihrer Sonderrolle als Energie- und Energiedienstleistungsverkäufer und dem damit verbundenen Koordinationsbedarf von Bedeutung wäre.

FWS empfiehlt, die finanzielle Unterstützung mit der Marktdurchdringung zu verknüpfen und nicht an die grundsätzliche Partnerschaft mit dem jeweiligen Akteur. EcoCar verlangt die Definition eines Selbstläufers.

Die Gemeinden finden Kommunikationskampagnen zwar eine mögliche Form von Massnahmen, bezeichnen Vorschriften jedoch als effizientere Form.

FEA betont, dass die Zweckmässigkeit jeder Organisation permanent zu hinterfragen sei.

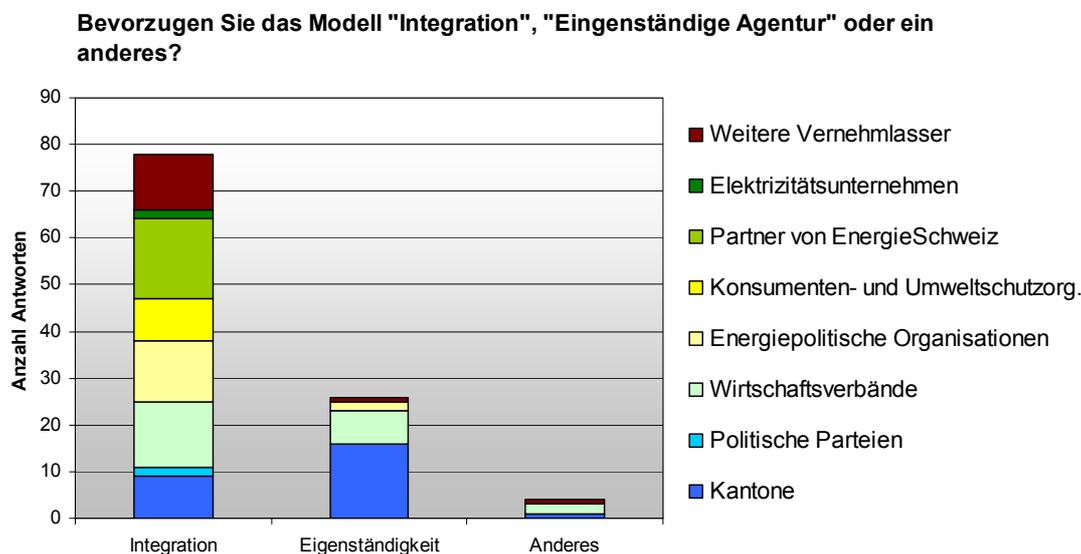
Für den VSA ist es wichtig, dass die Dienstleistungen von ESfl auch weiterhin gewährleistet und den öffentlichen Kläranlagen neutral zur Verfügung gestellt werden.

VPOD und SPS fordern verbindliche Ziele und Zielerreichung.

Das CentrePatronal befürwortet die privilegierte Behandlung der Partnerschaften von ECH und der freiwilligen Massnahmen. Im Weiteren solle die Stiftung Klimarappen unterstützt und ihre Bemühungen weiterverfolgt werden.

Die Entec gesteht der Energiewirtschaft keine führende Rolle in einem Folgeprogramm zu, weil sie dadurch die Unabhängigkeit in Gefahr sieht.

4.7 Organisationsmodelle



BS, AR, GE, LU, TI, NE, GL, VS, FR, BL, Grüne, SPS, SGCI, suissetec, Travail.Suisse, VKMB, VTS, strasseschweiz, HEV, auto-schweiz, Swissem, FEA, electrosuisse, SGB, swissengineering, VFS, ADER, EV, Energiestadt, PAC'INFO, ISKB, AVES, VUE, SolarAgentur, VBSA, SES, SVG, e'mobile, VSA, Greenpeace, Kf, SKS, WWF, SL, SMV, SGS, ProNatura, ACSI, energho, EREP, Entec, Holzenergie, Swissolar, S.A.F.E., eae, EcoDrive, Öbu, ESfG, FWS, AEE, NewRide, ESfl, EcoCar, BiomassEnergie, EKW, GroupeE, GS VBS, EPFL, SATW, ETH, Gemeinden, VCS, ProVelo, Städteverband, Fussverkehr, SBB und SAB sprechen sich für das Modell „Integration“ aus.

TG, AG, JU, SO, NW, SZ, ZH, SH, ZG, BE, OW, UR, SG, GR, EnDK, CentrePatronal, economiesuisse, VSE, VSG, strasseschweiz, SWV, SGB, cemsuisse, VEL2, DSV und C&CM bevorzugen das Modell „Eigenständigkeit“.

Ein anderes Modell wird von VD, SWICO, SBV und Mobility favorisiert.

4.7.1 Modell „Integration“

Zustimmung

Energiepolitik wird von EPFL, SMV, AEE und VCS als Bundesaufgabe deklariert, was für das Modell „Integration“ spreche. Gemäss PAC'INFO, SGCI, Travail.Suisse, FWS, GS VBS, strasseschweiz, VSA, SVG, SGB, Gemeinden, energho, ESfl, AEE und SPS liegen die Stärken des Modells „Integration“ in der Gewährleistung von Unabhängigkeit, Neutralität und Kontinuität. Diese Qualitäten seien für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz von ECH von essentieller Bedeutung, was auch von Entec, WWF, Greenpeace, SES, SL, Grüne, ProNatura, ProVelo, energho und VCS unterstrichen wird.

Gemäss Energiestadt, WWF, Greenpeace, SES, SL, Gemeinden, Grüne, SPS, VCS und ProNatura hat sich die Federführung beim BFE bewährt. AI, EREP, teilweise Kf, SKS, AEE, FWS und VUE sind der Ansicht, dass durch die Integration eine kohärente Energiepolitik sowie ein effizienter Gebrauch der vorhandenen Mittel garantiert sind.

suissetec folgend treffen viele verschiedene Interessen von Akteuren und Partnern bei ECH aufeinander, was eine unabhängige operative Programmleitung nötig mache. SGCI, AEE, SKS, Travail.Suisse, suissetec, AVES, EcoDrive, SBB und S.A.F.E. ergänzen, dass sich das BFE für diese Aufgabe gut eigne

und eine Dominanz von Partikularinteressen zu verhindern vermöge. Energiestadt und ESfG sind der Ansicht, dass die Präsenz des Bundes im Programm wichtig sei für die Gemeinden und die Akzeptanz derer Aktivitäten erhöhe.

GroupeE befürwortet eine öffentliche Finanzierung und Führung, weil dadurch die Viersäulenpolitik des Bundesrates auch im Rahmen von ECH implementiert werden kann. ESfl weist darauf hin, dass die Unabhängigkeit von privaten Mitteln das proaktive Agieren in den Tätigkeitsfeldern mit der grössten Wirkung ermögliche.

Energiestadt erachtet die Entfaltung der Stärken dieses Modells dann als gegeben, wenn starke Partner eingebunden und Drittmittel generiert werden. Holzenergie und Swissolar schlagen in diesem Zusammenhang eine Festsetzung eines Mindestanteils privater Mittel vor, um die Durchschlagskraft des Programms zu erhöhen.

Gemäss ESfl zeigt die Erfahrung in Deutschland im Bereich der Infrastrukturanlagen, dass mit einem integrativen Modell zielorientiert und wirkungsvoll gearbeitet werden kann dank klarem Auftrag und kleiner Verzettelungsgefahr.

Einige Akteure knüpfen die Zustimmung zum Modell „Integration“ an Bedingungen. eae, WWF, Greenpeace, SES, SL, Grüne, VCS und ProNatura sind der Meinung, dass gewisse Tätigkeiten an geeignete Agenturen ausgelagert werden sollten. eae ergänzt, dass dadurch der Verwaltungsaufwand klein gehalten werden könne. SBV, Holzenergie und Swissolar fordern eine stärkere Einbindung der Privatwirtschaft in die Finanzierung des Programms, damit ein „Return on Investment“ gegeben sei.

Gemäss Energiestadt und ESfG sollen Anbieter von Dienstleistungen, welche unter der Marke ECH laufen, in den Vordergrund gestellt werden. Als zu wenig intensiv wird die Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern (EcoCar, NewRide, VBSA) beziehungsweise mit den Kantonen (HEV) erachtet, was in ECH nach 2010 verstärkt werden müsse. BL und teils HEV verlangen vom BFE die Sicherstellung eines Überblicks über die Vielzahl von Organisationen und Akteuren im Energiebereich mittels einer konsistenten Kommunikation.

Travail.Suisse ist der Meinung, dass die Ziele des Programms dank des Integrationsmodells im Einklang mit jenen der Kantone und des Bundes stehen.

(Partielle) Ablehnung

Die Darstellung auf Seite 37 des Zwischenberichts wird von VEL2 und SATW als einseitig und unausgewogen bezeichnet. Die aufgelisteten Vorteile des Modells „Integration“ liessen sich auch auf das Modell „eigenständige Agentur“ übertragen, weshalb BL eine Prüfung der dargestellten Vor- und Nachteile von einer unabhängigen Stelle fordert. VEL2 knüpft hier an und ergänzt, die Programmleitung beim Bund sei keine Garantie für zielgerichtetes und effizientes Vorgehen.

Verschiedene Gefahren sind laut einigen Akteuren mit dem Modell Integration verbunden. VSG und CKW befürchten einen Ausbau der Verwaltung und einer damit verbundenen Bürokratisierung der Abläufe. SKS und DSV rechnen mit Umsetzungsverzögerungen aufgrund der starken Einbindung in den politischen Prozess. AEE geht von einer gewissen Systemträgheit aus. AI weist darauf hin, dass eine Übermacht des Bundes bei den Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft negativ wahrgenommen werde. Schliesslich wird die Gefahr der Verzettelung und Ineffizienz aufgrund einer „Überkoordination“ der grossen Zahl an Akteuren erwähnt.

Laut economiesuisse und cemsuisse ist es der Wirtschaft vorbehalten und damit nicht Aufgabe des Staates, sich in die Rolle einer Agentur zu begeben. Um zu verhindern, dass sich Lobbying- und Werbeaktivitäten mit den hoheitlichen Aufgaben der Behörde vermischen, verlangen sie eine klarere Trennung der Behördenaufgaben von der Programmstruktur.

4.7.2 Modell „Eigenständige Agentur“

Zustimmung

Die Stärken des Modells „eigenständige Agentur“ liegen gemäss Travail.Suisse, GS VBS und EFCH in der breiten Abstützung des Programms sowie in der stärkeren Einbindung der Wirtschaft. Dies führe zu mehr Akzeptanz, Glaubwürdigkeit und damit auch einer erhöhten Wirkung des Programms. Namentlich die Einbindung der Akteure in die inhaltliche und finanzielle Verantwortung des Programms generiert gemäss AI mehr Wettbewerb und Innovation. ESfl merkt jedoch an, dass sich der finanzielle Einbezug bisher als schwierig erwiesen habe.

Die AEE prognostiziert rascher auslösbare Entwicklungen dank einer stärkeren Machkonzentration bei der Agentur. HEV und SBB sind der Ansicht, dass die Distanz zu politischen Prozessen und deren Schwankungen als Vorteil für die Eigenständigkeit gewertet werden soll. Die FWS weist auf ein verstärktes unternehmerisches Gedankengut durch die Eigenständigkeit hin.

Die Gemeinden erachten eine eigenständige Agentur als pragmatisches Modell, welches solange funktioniert, wie ein wirtschaftliches Einsparpotential vorhanden ist. Ferner könne das Know-how der Praktiker im Gesamtinteresse optimal genutzt werden. Für auto-schweiz regelt die Finanzierung die Daseinsberechtigung des Programms im Markt.

economiesuisse, cemsuisse, Gemeinden und VSG ziehen die Erfahrungen mit der EnAW und der Stiftung Klimarappen sowie der deutschen DENA als positive Beispiele für eigenständige Agenturen heran. Die Zusammenarbeit mit einer reinen Verwaltungseinheit ist für die Fachpartner gemäss FWS weniger inspirierend als jene mit einer fachkompetenten, eigenständigen Agentur.

Die EnDK⁴ sowie AG, SO, TH, SG und GR verlangen die eingehende Prüfung des Modells Eigenständigkeit aus folgenden Gründen:

- Mit dem Agenturmodell kann die Akzeptanz des Programms erhöht werden, weil die eingebundenen Akteure inhaltlich und finanziell Verantwortung übernehmen müssen.
- Die beim Modell Eigenständigkeit erwähnten Bedenken werden nicht geteilt, weil a) die Glaubwürdigkeit von der inhaltlichen Ausgestaltung und b) die Unabhängigkeit von den Personen abhängen, die das Programm repräsentieren. Der Stempel der Öffentlichkeit garantiere Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit nicht.
- Die Koordination mit der nationalen Klima- und Energiepolitik könne mit der entsprechenden Definition des Agenturauftrages gewährleistet werden. Im Weiteren sei es ein Vorteil der Agentur, dass sich die Akteure bezüglich der Ziele, Massnahmen und Finanzierung über einen längerfristig ausgelegten Zeithorizont verpflichten müssten. Die Informations- und Vollzugswege würden dadurch kürzer und effizienter.
- Die Programmsteuerung ist in einer Agentur durch ein strategisches Gremium gemeinsam mit einer operativen Leitung ebenso gut möglich.

NW, OW, ZH, JU, SZ, SH, ZG, UR und AR verlangen nicht bloss eine eingehende Prüfung, sondern explizit eine eigenständigen Agentur. Dabei schliessen sich viele dieser Kantone den oben genannten Gründen an.

Der VSE möchte ECH in der Funktion einer Stabsstelle sehen, welche als eigenständige Agentur mittels Leistungsauftrag und Globalbudget geführt wird. Dadurch wäre Marktnähe, Unabhängigkeit und organisatorische Flexibilität gewährleistet.

Verschiedene Akteure befürworten eine eigenständige Agentur unter Bedingungen. Das CentrePatronal erachtet als zwingend notwendig, dass die privaten Akteure die Möglichkeit der Mitentscheidung

⁴ Die EnDK hat am 17.3.2009 eine erste provisorische Stellungnahme und am 31.3.2009 eine definitive Stellungnahme abgegeben. Die beiden Stellungnahmen weichen insbesondere im Punkt der Organisationsform von EnergieSchweiz voneinander ab. Bei einigen Kantonen ist eine klare Zuordnung zu einer der beiden Stellungnahmen nicht möglich.

haben und tatsächlich davon Gebrauch machen. Die SBB sehen die Möglichkeit einer Auslagerung der operativen Aufgaben in eine eigenständige Agentur, wenn gleichzeitig die strategischen Kompetenzen beim Bund bleiben.

(Partielle) Ablehnung

Travail.Suisse und VD bezeichnen gefährdete Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit als wichtigste Schwachpunkte einer eigenständigen Agentur. Energiestadt, eae, SGCI, ESfG, SAB, NE, GE und VS sind der Meinung, dass das BFE und ECH hoheitliche Aufgaben im In- und Ausland haben, welche nur als Bundesamt erledigt werden können. Der Bund muss gemäss Gemeinden als Taktgeber der nationalen Energiepolitik die Steuerung des Programms stets gewährleisten können, was mit dem eigenständigen Modell nicht möglich sei.

Von energho, teilweise SGCI, SKS, SPS, suissetec, LU, Travail.Suisse, BiomassEnergie, VSA, Swissmem, GroupeE, ESfl, AEE, EcoDrive und HEV werden folgende Gefahren erwähnt, welche gegen eine eigenständige Agentur sprechen: Marktverzerrungen, Verzettelung, Ineffizienz, Interessens- und Zielkonflikte, Stop-and-go-Dynamiken, Abhängigkeiten von mitfinanzierenden Akteuren und die Verfolgung von Partikularinteressen der Agentur oder ihrer Trägerschaft.

Weitere Nachteile werden in den Zeit- und Reibungsverlusten bei der Installation der Agentur (energho, ProVelo, BiomassEnergie, FWS), der schwierigen Kontrollierbarkeit (EPFL), der schwächeren Einbindung in die politischen Prozesse, den stark divergierenden Interessen der verschiedensten Akteure sowie der schwierigeren Koordination mit anderen Bundesämtern geortet (EcoCar, NewRide, e'mobile).

Die negativen Erfahrungen mit trägen, teuren, ineffizienten Grossagenturen im Ausland, z.B. DENA in Deutschland, sprechen gemäss WWF, Greenpeace, SES, ProNatura, SL, SKS, ESfG, AEE und Grüne gegen eine Auslagerung. Auch das Beispiel der AEE hat laut PAC'INFO gezeigt, dass eine Auslagerung eine schlechte Lösung ist.

SGS und SolarAgentur argumentieren auf der Ebene der Verfassungsmässigkeit. Sie bezeichnen die Auslagerung als nicht sinnvoll und zudem verfassungswidrig. Begründet wird dies mit Art. 89EV, welcher Bund und Kantone vorschreibt, Energieeffizienz und erneuerbare Energie zu fördern. Folglich sei diese Förderung eine zentrale Aufgabe des BFE und könne nicht ausgelagert werden.

Gemäss VBSA führt die zu starke Einbindung der Interessensvertreter zu einem kurzfristigen Beobachtungshorizont, was der Notwendigkeit einer langfristigen Strategie nicht Rechnung trage. Daher wird die Sicherstellung einer langfristigen Betrachtungsweise als Bedingung für eine eigenständige Agentur erhoben. Im Weiteren ist laut EcoCar, NewRide und e'mobile eine eigenständige Agentur komplexer in der Führung, was mehr Zuwendung in Management-Belangen nötig macht.

4.7.3 Andere Modellvorschläge

Der Kanton Waadt schlägt ein Modell vor, welches eine Hybridform zwischen vollständiger Integration und Auslagerung darstellt. Dabei schlägt er vor, einzelne Teilbereiche auszulagern, z.B. die Mobilität oder die Geräte. Die Bedingung für eine Teilauslagerung wären die vorgängige Festlegung von Zielen, entsprechenden Instrumenten sowie eine grundsätzliche Zustimmung zu den einzusetzenden Mitteln. Der Bereich SWICO der eae geht mit seinem Vorschlag in dieselbe Richtung und stellt sich ein Modell „Integration“ mit einer Teilauslagerung von Aufgaben vor.

Der SBV peilt ein Integrationsmodell an, in welchem der Bund eine Führungsfunktion wahrnimmt und die Wirtschaft mittels PPP in die Finanzierung einbezogen wird.

Mobility ist der Ansicht, dass für die Bereiche Verkehr und Mobilität das optimale Modell noch nicht gefunden worden ist. Mobility macht jedoch keinen konkreten Alternativvorschlag.

4.8 Weitere Bemerkungen

VEL2 ist der Ansicht, dass die italienische und frankophone Schweiz in den verschiedenen Gremien von ECH untervertreten ist und verlangt eine bessere Integration dieser Regionen.

EFCH bezeichnet ECH wegen seiner vielschichtigen Struktur als unübersichtlich. Eine Selbstdarstellung von ECH mittels Wirkungsanalysen solle einer Bekanntmachung der Tätigkeiten der Partner von ECH weichen. Die Transparenz über Beteiligungen, Inhalte und Abläufe müssten verbessert werden, indem ECH eine schlankere Struktur und einen klaren Auftrag erhält.

e'mobile wünscht im Nachfolgeprogramm die Möglichkeit, langfristige Grossprojekte im präkompetitiven Markt durchführen zu können. Im Weiteren seien für grössere Investitionen klare und langfristige Zielsetzungen entscheidend.

Entec beantragt eine verstärkte Integration des Umweltbereichs und der internationalen Zusammenarbeit, z.B. durch das Handeln von Elektrizität aus erneuerbaren Quellen.

SGCI weist darauf hin, dass die Themen „Mobilität“ und „komplexe Prozesse“ auf S. 34 des Zwischenberichts zwar als Schwerpunkte erwähnt sind, jedoch danach kaum diskutiert werden.

economiesuisse verlangt, dass sich ECH im Zwischenbericht selbstkritisch mit Fragen zur Institution und den Zielsetzungen auseinandersetzt. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen seit Beginn von Energie 2000 geändert haben. Im Weiteren seien die Kriterien und Prozeduren zur Einsetzung der diversen Konsultationsgruppen, Begleitorgane und Stäbe zu hinterfragen.

Holzenergie und Swissolar machen folgende Ergänzungen:

- a) Die Aussagen „mehr Wettbewerb durch kurzfristige (flexible) Auftragsvergabe“ und „Stop and go ist durch Kontinuität zu vermeiden“ stehen in einem gewissen Widerspruch zueinander, da Wettbewerb als Selbstzweck noch selten zur Erhöhung der Gesamteffizienz eines komplexen Projekts wie ECH geführt hat.
- b) Kapitel 6 des Zwischenberichts sollte wo möglich mit quantifizierbaren Zielen für die Schweiz ergänzt werden.
- c) Bei den Finanzen sollte die Postulierung eines Minimalbudgets ins Auge gefasst werden im Sinne eines klaren Zeichens an Politik und Wirtschaft.
- d) Wirtschaftspolitische Überlegungen fehlen im Bericht weitgehend, beispielsweise Ausführungen zu den Konsequenzen des Aufbaus eines Heimmarktes für erneuerbare Energien und Energieeffizienz.

Für die GroupeE ist es unverständlich, dass die Säule „Grosskraftwerke“ mit keinem Satz erwähnt wird, da diese im Hinblick auf die Vermeidung von Stromknappheit von grosser Bedeutung ist.

VBSA weist darauf hin, dass im Bereich der erneuerbaren Energien eine aktualisierte Kapazitätsplanung und Projektübersicht fehlt. Dies führe zwangsläufig zu Überkapazitäten in Bereichen, wo die Ressourcen beschränkt sind (Beispiele: Holzkraftwerke oder Vergärungsanlagen).

Der VCS verlangt, dass a) das Thema Mobilität gestärkt wird, b) das unbefriedigende System der erneuerbaren Energien grundsätzlich überarbeitet wird, c) nicht zielführende Massnahmen (freiwillige Vereinbarungen) mit zielführenden Massnahmen wie einem Bonus-Malus-System ergänzt und die Ziele klar definiert werden.

SATW erachtet es als Kernaufgabe von ECH, ein übergreifendes Netzwerk in der Art einer lernenden Organisation für die verschiedenen Akteure im Energiebereich zu bilden mit der Aufgabe, im Sinne der allgemeinen Energieziele des Bundes Capacity-Building zu betreiben. Im Weiteren solle ECH in Zu-

kunft darauf verzichten seine Wirkung in kWh zu messen, weil die Ergebnisse von quantitativen Wirkungsanalysen bei den vorliegenden Programmaktivitäten kaum zuverlässige Ergebnisse erzielen.

Energiestadt, WWF, SES, S.A.F.E., VUE, ProNatura, ESfG, Grüne, SL und Greenpeace erachten es als sinnvoll, dass ECH einen klaren, langfristigen Leistungsauftrag vom Parlament erhält mit definierten Zielsetzungen, Strategien, Verantwortlichkeiten und langfristigen Budgetmitteln. Greenpeace, WWF, ProNatura, Grüne und SKS ergänzen, dass in einem zukünftigen Programm bei Nicht-Erreichen der Ziele zwingend Verstärkungsaktivitäten ausgelöst werden müssen.

SPS fordert eine rasche Umsetzung einer Gesamtstrategie im energie- und klimapolitischen Bereich im Hinblick auf eine erneuerbare 2000W-Gesellschaft. Die Schweiz solle sich aktiv für ein Nachfolgeprogramm von Kyoto einsetzen und richtige Investitionsentscheide treffen, wobei auch ECH einen Beitrag leisten könne.

Der FEA bevorzugt freiwillige Massnahmen gegenüber Interventionismus in der Industrie und der Geräteentwicklung, wobei ein hoher Wirkungsgrad von marktwirtschaftlichen Instrumenten und Fördermassnahmen erwartet werden könne. Bei Endverbrauchern dagegen könnten Verbote die höhere Wirkung erzielen. Der FEA ist daher skeptisch gegenüber dem Ziel der 2000W-Gesellschaft, welches nicht ohne massiv einschränkende Vorschriften realisierbar wäre.

SWICO wünscht mehr Kompetenzen für ECH nach 2010, um beispielsweise Vorschriften für Geräte in eigener Regie in Kraft setzen zu können. Dies sei notwendig, weil der gesetzgeberische Prozess dem schnellen technologischen Wandel nicht mehr gerecht wird.

SolarAgentur und SGS erachten es als dringend notwendig, die erneuerbaren Energien in der Schweiz mit Blick auf eine Senkung der Auslandabhängigkeit massiv zu fördern.

Swissenigneering verlangt den technologischen Austausch mit Österreichs Industrie, da diese der Schweiz bei den Erneuerbaren und insbesondere bei Sonnenenergie und Wärmepumpen weit voraus sei.

Der SGV betont, dass a) die Beurteilung und Förderung von verschiedenen Energienutzungen auf wissenschaftlich erhärteten CO₂-Bilanzen und Ökobilanzen basieren müssen, b) CO₂-neutrale erneuerbare Energien dort eingesetzt werden sollen, wo sie einen echten Reduktionsbeitrag bewirken können (z.B. Verkehr) und c) kombinierte Produkte wie Erdgas/Biogas im Wärmemarkt nicht durch prohibitive kantonale Bestimmungen verhindert werden dürfen.

Der DSV bezeichnet die quantitativen Aussagen zur Wirkung und zum Beitrag an die Zielerreichung als fragwürdig, da dieser Beitrag nicht quantifizierbar sei.

ESfl gibt den Ratschlag, eine direkte Befragung beim Umweltministerium in Deutschland oder beim Städtetag in Baden-Württemberg zu den Vorzügen von ECH aus dieser Perspektive durchzuführen.

ECH soll gemäss SKS verstärkt auf Zielerfüllung achten sowie der Kontrollfunktion und Verbindlichkeit mehr Gewicht geben.

Mobility erachtet die Kombination von Lenkungsabgaben und der teilweisen Mittelverwendung für Förderprogramme als sinnvolle Strategie für die Mittelallokation, wobei die Mittel primär im Inland einzusetzen seien. Im Weiteren sei die Installation eines Marktes für inländische Kompensationsprojekte eine grosse Leistung der Stiftung Klimarappen, was insbesondere für KMUs eine Möglichkeit darstellt und von ECH aufgenommen und weiterentwickelt werden sollte.

Strasseschweiz, ProVelo und Fussverkehr verlangen von ECH eine Schwerpunktbildung im Bereich der Mobilität. Strasseschweiz möchte diesen insbesondere auf jenen Massnahmen, die den raschen Wechsel auf Fahrzeugmodelle mit moderner, sparsamer und emissionsoptimierter Antriebstechnologie vorantreiben.

Die EPFL verlangt eine Verbindung der Mechanismen zur Erreichung der einzelnen Ziele (Reduktion fossiler Energien und der Emissionen, Stärkung der Erneuerbaren u.a.), um damit mehr Wettbewerb und Innovation zu ermöglichen. Als Beispiel wird der Handel von „Tradable White/Green Certificates“ zur Einführung empfohlen.

VSG verlangt, dass die Förderung und Beurteilung von Energienutzungen auf wissenschaftliche erhärteten CO₂-Bilanzen und Ökobilanzen basieren. CO₂-neutrale erneuerbare Energien sollten dort eingesetzt werden, wo sie einen echten Reduktionsbeitrag leisten können.

EcoCar und NewRide erachten es als eine der grossen Schwächen der Energiepolitik, dass Beurteilung und Förderung der verschiedenen Energienutzungen nicht aufgrund wissenschaftlich erhärteter CO₂-Bilanzen und Umweltbelastungspunkten erfolgen.

PAC'INFO ist der Meinung, dass sich die Welt an einem wegweisenden Punkt befindet bezüglich der Klimavereinbarungen. Daher sei es nicht angebracht, dass sich die Schweiz auf ihren Lorbeeren ausruht. Ein finanziell gestärktes Programm ECH sei daher unentbehrlich.

eae weist darauf hin, dass die in der eae zusammengeschlossenen Verbände für ein wirtschaftsfreundliches Umfeld sorgen und damit Innovationen fördern. Vor diesem Hintergrund sei die Zurückhaltung der eae gegenüber der Einführung von marktwirtschaftlichen Instrumenten und Fördermassnahmen zu sehen.

Die ETH kann bei der Beschleunigung der Entwicklung von neuen Technologien sowie mittels wissenschaftlicher Beratung mitarbeiten.

auto-schweiz verlangt eine Klärung, wie die elektrische Energie für den zukünftigen motorisierten Individualverkehr bereitgestellt werden soll.

4.9 Rückmeldungen von Bundesämtern

Im Februar 2009 sind die für ECH relevanten Bundesämter und Departemente zu einem Hearing betreffend dem Programm „EnergieSchweiz nach 2010“ eingeladen worden. Die im Rahmen des Hearings und ergänzenden Stellungnahmen eingegangenen Rückmeldungen werden in diesem Kapitel zusammengetragen.

VBS, EFV, EDI, SECO, EAV, BAV, BAG, ASTRA, BWO, ARE, GS UVEK und WEKO haben sich zum Nachfolgeprogramm geäussert.

Berechtigung ECH: Das EAV stuft die Notwendigkeit des Programms als hoch ein, insbesondere in der Rolle des Koordinators. Das VBS plädiert für die Erhaltung des Programm-Namens und erwähnt die wichtige und gute politische Verankerung des Programms. Das ASTRA betont, die Weiterführung von ECH sei notwendig und sinnvoll.

Das BAFU bezeichnet ECH als etabliertes, bekanntes, positiv behaftetes Programm, welches als Informations- und Netzwerkplattform wichtig, sinnvoll und weiterzuführen ist. Hervorgehoben werden die Scharnierfunktion zwischen den einzelnen Akteuren und die Schliessung von Informations- und Wissenslücken.

Rolle und Aufgaben: Das BAFU verlangt eine klarere Definition der Rolle von ECH und des Beitrags an die schweizerische Energie- und Klimapolitik. In diesem Zusammenhang sei abzuklären, wo die grössten Potenziale liegen und wie die Mittel zugeteilt werden sollen. Das BWO verlangt die klare Darstellung der Rolle und der Abgrenzung zum BFE. Das ASTRA erachtet die dynamische Ausrichtung von ECH als begleitender und treibender Motor strategisch zweckmässig und richtig. Das fortlaufende Evaluieren von Handlungsdefiziten und das Umsetzen entsprechender Massnahmen sei eine notwendige und zwingende Massnahme.

Das SECO unterstreicht die Wichtigkeit einer koordinierenden und harmonisierenden Funktion von ECH. Die Hauptaufgabe von ECH liege in der Hilfe bei der Umsetzung der bundesrätlichen Ziele. Im Weiteren habe ECH einen sehr guten Kontakt zu den Kantonen und gute Instrumente entwickelt, welche für die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen einen wichtigen Beitrag bei der Harmonisierung des kantonalen Vorgehens darstellten.

Das EDI verlangt ein klareres Aufzeigen der Verortung von ECH innerhalb der Viersäulenstrategie des Bundes und der Aufgaben von ECH. Die WEKO betont, dass die Art der Erfüllung der Aufgaben aus wettbewerbspolitischer Sicht relevant sein kann. Die WEKO geht davon aus, dass bei der Umsetzung die aus Sicht des Wettbewerbs wichtigen Kriterien berücksichtigt und die Massnahmen wettbewerbs-, struktur- und technologie-neutral ausgestaltet werden.

Das BAFU ist der Meinung, dass ECH die Instrumente der schweizerischen Energie- und Klimapolitik nicht koordinieren, sondern die Umsetzung optimieren soll. Die Koordination sei Aufgabe von BFE und BAFU. Im Zentrum des Programms solle das Eruiieren von Handlungsdefiziten und entsprechenden Informations- und Aufklärungskampagnen sowie Fördermassnahmen stehen.

Übergeordnete Ziele: EFV, SECO und EAV sind der Ansicht, dass die Grundlagen der übergeordneten Ziele zu wenig klar aufgezeigt werden im Zwischenbericht. Das SECO ist der Meinung, dass das Formulieren zusätzlicher Ziele zu den hoheitlich beschlossenen zu Unklarheiten führen kann. Daher empfiehlt es nur im Bereich der freiwilligen Vereinbarungen über die hoheitlichen Ziele hinauszugehen. Das BAFU ist grundsätzlich für eine Orientierung an übergeordneten Zielen, spricht sich jedoch für eine Quantifizierung des Zielbeitrags aus. Im Weiteren verlangt es die Definition von weichen Zielen, wie z.B. das Standardisieren von „Best available technologies“. Das EAV erachtet die Zielvorgaben als Fundament eines Programms ECH. Daher müssten diese Ziele in Abschnitt 6.1 des Zwischenberichts klar gekennzeichnet werden unter Angabe des entsprechenden BR-Beschlusses.

Die EFV bemängelt, es würde zu wenig klar unterschieden zwischen Zielen und Beschlüssen des Bundesrates, des UVEK und jenen von ECH.

Das ASTRA verlangt, dass ECH in Zukunft auch Projekte und Massnahmen unterstützt und ins Programm aufnimmt, deren unmittelbare energetische Wirkung sich nicht wissenschaftlich nachweisen lässt.

Das BAFU betont, die Steigerung des Imports sei insbesondere vor dem Hintergrund der Stromverhandlungen mit der EU und der allfälligen Übernahme des stromrelevanten EU-Restbestands und dessen Auswirkungen auf die schweizerische Umweltpolitik zu evaluieren. Das BAFU fordert im Weiteren folgendes:

- i. Eine Reduktion des Energieverbrauchs im Bereich der Wärme und des Treibstoffs. Der Fokus auf die Reduktion fossiler Energieträger und auf erneuerbare Energieträger gehe zu wenig darauf ein, dass in Zukunft ein sparsamer Verbrauch von Energie notwendig ist.
- ii. Bei der künftigen Förderung solle nicht mehr zwischen grosser und kleiner Wasserkraft unterschieden werden. Gefördert werden sollen nur Wasserkraftwerke, welche im Vergleich zur produzierten Energie geringe Umweltkosten verursachen.

Thematische Schwerpunkte: Das ARE verlangt eine verstärkte Aktivität von ECH in den Bereichen Raumplanung, Land- und Forstwirtschaft sowie Verkehr. Das BAFU betont, ECH sei nicht für die Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion des Verbrauchs an fossilen Energien zuständig, sondern für deren Optimierung. Im Weiteren solle der Gebäudebereich kein Schwerpunktthema sein und ECH auch bei der Mobilität nur eine unterstützende Funktion bei den gesetzlichen Massnahmen einnehmen. Das EAV bemängelt die fehlende Definition der Bereiche für die Förderung der erneuerbaren Energien. Sie beantragen, dass in Abschnitt 6.6 des Zwischenberichts die Treibstoffe aus erneuerbaren Energien angemessen berücksichtigt werden.

Das ASTRA verlangt einen Schwerpunkt im Bereich Verkehr, weil bisher kaum Erfolge von ECH erkennbar seien. Zwingend berücksichtigt werden müsse der Bereich Langsamverkehr, da die Null-Energiemobilität einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion des Energie- und CO₂-Ausstosses leisten könne. Insbesondere in jenen Bereichen, in welchen die ASTRA - Rechtsgrundlagen nicht ausreichend seien, müsse das BFE und ECH seine Möglichkeiten ausschöpfen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche „verhaltenslenkende Information“, „Fachinformation“, „Ausbildung“ und „Pilotprojekte“. Schliesslich soll gemäss ASTRA im Kapitel 6.6 des Zwischenberichts der Begriff „Marktanteil“ im Abschnitt Mobilität durch „Verkehrsanteil“ ersetzt werden.

Finanzierung: Das EFV ist der Meinung, dass man nicht um eine gewisse Budgetunsicherheit herumkomme. Zusätzliche Mittel seien wohl nur durch weitere Einnahmequellen wie z.B. der Teilzweckbindung von Abgaben möglich. Die Haushaltsperspektiven lassen gemäss der EFV keinen Mittelaufbau zu. Daher müsse allenfalls in Betracht gezogen werden, bestehende Ausgaben von ECH mit einer (neuen) Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe zu finanzieren. Im Weiteren begrüssen sie es, wenn die Finanzierung der Massnahmen von ECH möglichst viele Eigen- und Drittmittel generiert.

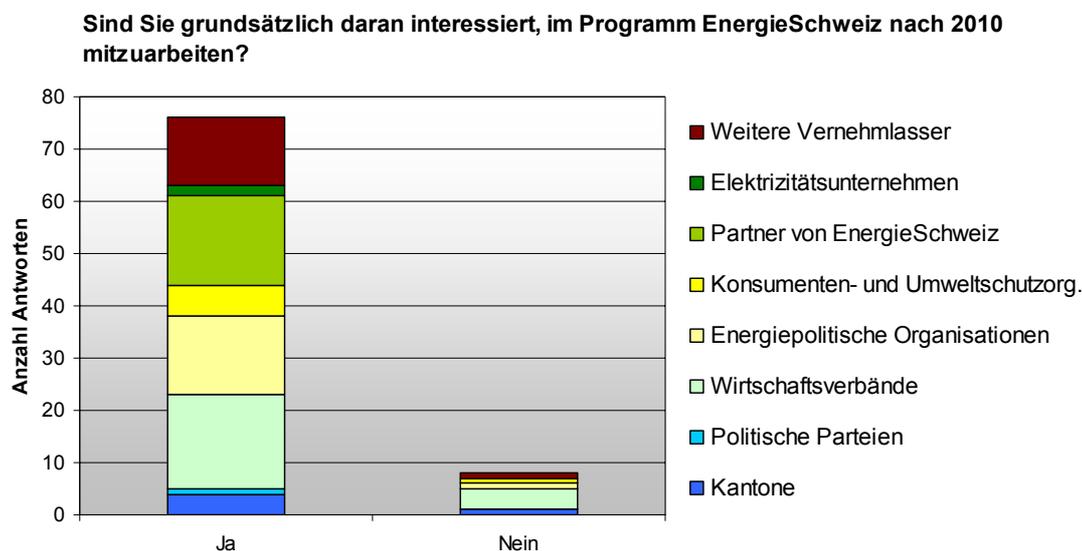
Organisationsform: Hier ist gemäss EFV der BR-Bericht zur „Corporate Governance“ vom Jahr 2006 zu berücksichtigen, da dieser die Möglichkeit der Auslagerung von Aufgaben umschreibt. Der EFV stellt sich als beratende Instanz gerne zur Verfügung. Die WEKO erachtet beide Modelle als geeignet für die Erfüllung der Aufgaben von ECH. Das SECO kann sich eine Auslagerung vorstellen. Für das BAFU ist eine eigenständige Agentur mit klaren Rahmenbedingungen nur denkbar, falls die künftigen Fördermittel primär aus dem privaten Sektor kommen.

Allgemeine Hinweise: BWO und EFV verlangen die Berücksichtigung der Rückwirkungen des geplanten Gebäudesanierungsprogramms auf ECH. Das BAFU und teilweise die EFV verlangen, dass ECH a) keine Doppelpurigkeit mit bestehenden Programmen und Gruppen verursacht, b) die Abgrenzung zu den anderen Bundesämtern definiert wird, c) die Finanzierung im Zwischenbericht erläutert wird und d) der Mehrwert des Programms besser dargelegt wird. Das ASTRA kann in der Rolle einer mitwirkenden, beratenden Stelle des BFE bzw. ECH bei der strategisch optimalen Positionierung des LV tätig sein.

Das ASTRA nennt folgende Punkte als Möglichkeiten zur Stärkung des LV im Rahmen von ECH: a) Das Element LV grundsätzlich ausweiten und optimieren; b) Innovative Kampagnen wie bike-to-work grosszügig unterstützen; c) Betrieb und Weiterentwicklung innovativer und herausragender Informationsangebote zum LV; d) Kurse, Lehrgänge und Weiterbildungsangebote zum Thema; e) innovative Pilotprojekte, die auf das Umsteigeverhalten zielen.

5 Rolle der Akteure in ECH nach 2010

5.1 Interesse an Mitarbeit



AR, LU, BE, BS, SPS, SGCI, SBV, suisselec, Travail.Suisse, VTS, economiesuisse, VSE, VSG, strassschweiz, HEV, SWV, Swissmem, SGB, cemsuisse, FEA, electrosuisse, VPOD, VFS, ADER, ACSI, EV, Energiestadt, PAC'INFO, ISKB, EFCH, DSV, VUE, SolarAgentur, ECS, VBSA, SVG, e'mobile, VSA, Kf, SKS, SL, SMV, SGS, ACSI, energho, EREP, Entec, Holzenergie, Swissolar, S.A.F.E., SuisseEole, eae, EcoDrive, Öbu, ESfG, FWS, AEE, NewRide, ESfl, EcoCar, BiomassEnergie, CKW, GroupeE, C&CM, EPFL, Mobility, SATW, ETH, SGV, VCS, ProVelo, Städteverband, Fussverkehr, SBB, SAB und BAFU sind grundsätzlich daran interessiert, im Nachfolgeprogramm mitzuarbeiten.

GS VBS, ProNatura, AVES, swissengineering, SGB, auto-schweiz, VKMB und AI sind nicht an einer Mitarbeit interessiert. Alle übrigen konsultierten Akteure haben sich zu dieser Frage nicht geäußert.

Das Interesse an der Mitarbeit im Nachfolgeprogramm „EnergieSchweiz nach 2010“ kann als sehr gross eingestuft werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich aus einigen Akteursgruppen nur einzelne Akteure am zweiten Teil der Konsultation beteiligt haben. So haben beispielsweise nur wenige Kantone Stellung zu dieser Frage genommen.

5.1.1 Einzelne Bemerkungen

Energiestadt erachtet es als unabdingbar, dass Städte und Gemeinden in einem energiepolitischen Programm vertreten sind.

Gemäss EREP sollen die bisherigen Akteure im Sinne der Effizienz und Kontinuität auch ins neue Programm integriert werden.

Die SVG hat ein grosses Interesse an der Zusammenarbeit mit ECH nach 2010 und erachtet diese Zusammenarbeit als wichtig bei der weiteren Förderung der Erdwärmenutzung für die Stromproduktion.

ISKB möchte die Zusammenarbeit mit ECH wesentlich verstärken und das Modell von Holzenergie und SuisseEole für die Kleinwasserkraft übernehmen.

EFCH, VSE und DSV erachten den Einbezug der Energiewirtschaft ins Netzwerk von ECH als notwendig. Für EFCH ist es denkbar, dass EFCH als Bindeglied zwischen Energiewirtschaft und ECH auftritt.

Kf verweist auf seine Hotline, welche für die Konsumenten eine wichtige Dienstleistung darstelle.

Die AEE weist darauf hin, dass sie, ihre Mitglieder und Partner über sehr viel Fachwissen verfügen und nahe am Markt sind.

Der SGV kann als grösste Wirtschaftsdachorganisation des Landes koordinierend wirken bei gemeinsamen Aktionen ihrer KMU-Verbände.

ECS wird sich als Experte für HKN / Stromzertifikate sowie die Analyse und Unterstützung relevanter Entwicklungen aus der EU engagieren.

EcoCar, e'mobile, PAC'INFO und NewRide bringen gerne ihr Know-how, die Erfahrungen und das breite Netzwerk in das Programm ein.

Travail.Suisse kann seine Kompetenzen in den Bereichen der Beschäftigung, der Ausbildung und der Wirtschaft in das Programm einbringen. Da Travail.Suisse eine Gewerkschaft und kein Energieakteur ist, will sie jedoch nicht systematisch in die Organisation von ECH eingebunden werden.

SKS plant die Umsetzung eines Tarifmodells, um für Elektrizitätskleinverbraucher finanzielle Anreize zu schaffen und Stromverschwendung zu bestrafen.

energho ist im Bereich der Energieeffizienz in bestehenden Gebäuden der öffentlichen Hand erfolgreich tätig und plant den Ausbau der Tätigkeiten. energho plant auf diesem Weg einen bedeutenden Teil der Gesamtziele von ECH zu übernehmen.

Die SBB sehen sich als Grossverbraucher zwar als Teil des Problems, jedoch als klima- und energieeffizienter Mobilitätsanbieter auch als Teil der Lösung. Daraus ergeben sich zwei grundsätzliche Schwerpunkte der Mitarbeit: a) Nutzen des Programms und des Netzwerks zur Umsetzung der im Energiesparprogramm der SBB gesteckten Ziele und b) Beitrag zur Verkehrsverlagerung durch attraktive Angebote im öffentlichen Verkehr beziehungsweise im kombinierten Verkehr.

economiesuisse ist primär daran interessiert, mit dem Bund als Behörde an der Umsetzung der Vier-säulenstrategie und der freiwilligen Massnahmen zum Klimaschutz mitzuarbeiten.

strasseschweiz hat als Dachorganisation keine unmittelbare Schnittstelle mit den Verbrauchern und kann daher eher koordinierend wirken bei gemeinsamen Aktionen der Organisationen der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs.

Mobility ortet im Bereich des CarSharings ein grosses Entwicklungspotential und eine wahre Handlungsalternative für die breiten Bevölkerungskreise. Diese Chance solle von ECH genutzt werden.

ECH ist für Öbu ein sehr zuverlässiger und motivierender Partner, der am gleichen Strick zieht.

EcoDrive erachtet die bisherige Partnerschaft mit ECH als sehr erfolgreich, weshalb diese zwingend fortzusetzen sei. Im Tätigkeitsbereich von EcoDrive bestehe noch ein grosses unausgeschöpftes Potenzial, was konzentrierte Massnahmen weiterhin nötig mache.

Holzenergie und Swissolar konnten dank ECH massgebliche Marktimpulse geben. Sie seien jedoch noch keine Selbstläufer und daher auf die Programmaktivitäten von ECH angewiesen.

VSG betont, die Erdgaswirtschaft setze sich für die Reduktion von CO₂- und Schadstoffemissionen ein, was auch ohne Kooperation mit ECH weitergeführt werde. Im Zusammenhang mit WKK-Förderung käme eine Zusammenarbeit des VSG mit ECH in Frage, z.B. beim Import von erneuerbaren Energien oder bei Gaswärmepumpen.

5.2 Gewünschte Rolle und Aufgabe

5.2.1 Rolle

Der SBV versteht sich als Akteur, welcher im Bereich der Information sowie der Aus- und Weiterbildung der jeweiligen Branche eine wichtige Rolle einnimmt. Weiter nimmt er Einfluss auf die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen. SGCI ist tätig bei der Zusammenarbeit mit Hochschulen, Informationsweitergabe von Fallbeispielen sowie Weiterbildung und Vermittlung von Fachspezialisten aus den Firmen. SAB bietet Unterstützung beim Wissens- und Technologietransfer in Bergregionen.

Suissetec und eae definieren ihre Rolle als Informations- und Koordinationsstelle für die ihnen nahe stehenden Branchen sowie als Vermittler zwischen ECH und der Branche. Währenddem Suissetec eine aktive Rolle bei der Planung und Umsetzung von Massnahmen spielt, betont eae seine wichtige Stellung bei schnellen Produktwechslern und technologischem Wandel. FEA erachtet sich als Schnittstelle zwischen Industrie und Behörden. Swissmem sieht sich als Türöffner zur Industrie, insbesondere zur MEM-Branche.

SGV und Städteverband sind die Vertretung der Gemeinden in der Programmsteuerung. ESfG will Gemeinden und Städte zu energiepolitischen Massnahmen motivieren. Energiestadt sieht sich in einer Führungsfunktion innerhalb des Netzwerks ihres Tätigkeitsbereichs und ist dabei zuständig für die Auszeichnung der Kommunen in enger Zusammenarbeit mit dem Umsetzungsprogramm ESfG. ESfl strebt die Weiterentwicklung von ESfl als Kompetenzzentrum unter ständiger Optimierung und Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen an.

EcoCar und NewRide bieten sich als Drehscheibe für die Koordination von Massnahmen zur Beschleunigung der Markteinführung von effizienten Fahrzeugen in der Schweiz an. EcoDrive und e'mobile sehen sich als Drehscheibe der Akteure im Bereich Fahrverhalten, welche gemeinsam mit Partnern die Massnahmen für die Optimierung einer umweltschonenden Fahrweise weiterentwickelt, koordiniert und im Markt umsetzt.

Holzenergie will mittels Umsetzung vielfältiger Aktivitäten sein ganzes Netzwerk ins Programm einbringen und in der Gestaltung oder strategischen Begleitung von ECH nach 2010 mitwirken. Swissolar ist die Dach- und Fachorganisation der gesamten Solarbranche und damit prädestiniert als Netzwerk der Solarenergie im Rahmen von ECH. SuisseEole ist die Vereinigung aller an Windenergie interessierten Kreise in der Schweiz. BiomassEnergie ist die zentrale Koordinationsstelle und Branchenorganisation der Energieproduzenten aus feuchter Biomasse.

EREP und VEL2 nehmen eine Koordinations- oder Promotionsfunktion innerhalb des Programms ECH ein im Hinblick auf Fortschritte innerhalb ihres Tätigkeitsbereichs.

Der HEV sichert die Information der Mitglieder zu Einsparmöglichkeiten im Energiebereich, fördert das Verständnis für energetische Erneuerungen und sorgt dafür, dass diese sozialverträglich durchgeführt werden können.

AEE will überall da aktiv werden, wo ECH zu wenig erreichen kann und wo das Fachwissen und die Kraft der AEE-Mitglieder mehr bewirken können. Travail.Suisse kann die Verteilung von wichtigen Informationen zu ECH über die Teilverbände sicherstellen und damit einen Beitrag zur Energieeffizienz leisten.

ADER sichert die Information seiner Branche über die vierteljährlich erscheinende Zeitung „Aderoscop“.

Der FWS stellt Fachkompetenz und Verbindungen in der Branche sicher. PAC'INFO trägt die Verantwortung für den Zweig der Fördergemeinschaft Wärmepumpen Schweiz in der Romandie.

SVG hat sich als Ansprechpartner und Drehscheibe für die Erdwärmenutzung etabliert.

ProVelo ist Ansprechpartner für die Förderung des Velofahrens als Verkehrsmittel.

SL agiert in der Funktion eines spezialisierten Partners in Landschafts- und Umweltfragen der Energiepolitik.

eonomiesuisse ist Ansprechpartner und Dachverband der Wirtschaft und vertritt die Prinzipien von Kooperation und Subsidiarität.

Als erprobtes Netzwerk bietet sich VUE dem Bund als Ansprechpartner für alle Anliegen des Artikels 7b des EG, also des freiwilligen Marktes, an.

Der SWV sichert die Mithilfe bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Zielerreichung von ECH im Bereich der Wasserkraft zu. Die EPFL nimmt eine beratende Rolle im Zusammenhang mit Kleinst- und Kleinwasserkraft und CO₂-Kompensationen für thermische Kraftwerke ein.

VSE, DSV und strasseschweiz können dank breit abgestütztem Netzwerk mit viel Fachwissen in der jeweiligen Branche dem Programm ECH Impulse geben und als Innovatoren und Multiplikatoren von Aktivitäten von ECH auftreten.

SKS ist in der Projektmitarbeit und Kommunikation eines Tarifmodells und weiterer Bestrebungen zur Energieeffizienz engagiert. S.A.F.E. ist ein Kompetenzzentrum für Strom- und Energieeffizienz.

Öbu, SGV und Solaragentur stellen die Lieferung von Grundlagen zur Verbesserung des Standes der Gebäudetechnik sicher.

Die SBB als Energiegrossverbraucher wollen mit einem konzernweiten Energiesparprogramm einen Beitrag leisten.

Fussverkehr plant Tools zu entwickeln, welche im Rahmen von ECH umgesetzt werden können, z.B. im Bereich der verbesserten Netzplanung für Fussverkehr oder Imagekampagnen.

Die ETH strebt eine vermehrte Mitarbeit in Kommissionen im Zusammenhang mit Qualitätssicherung und strategischer Ausrichtung an.

5.2.2 Hauptaufgaben

ADER: Pilotprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien.

VEL2: Fördermassnahmen, Marketing und Kommunikation.

Entec: Förderung der Kleinwasserkraft (insbesondere der Trinkwasserkraft), Revitalisierungen, Erneuerungen, Nutzung von Synergien.

EREP: Definition der Aktivitäten und Kontrolle einer guten Umsetzung derselben.

electrosuisse: Informationsvermittlung an die 6000 eigenen Mitglieder.

Kf leistet unabhängige Fachinformation an Konsumenten mittels Beratung.

Energiestadt: Sicherstellung der Umsetzungsqualität entsprechender Massnahmen in Städten und Gemeinden, welche durch ESfG bearbeitet werden.

ee: Beratung des BFE beim Abgleich der gesetzlichen und freiwilligen Vorschriften zwischen der Schweiz, der EU und den USA. Die Industrie unterstützt die Ziele von ECH und setzt diese in der Praxis um.

SBV: Sensibilisierung der Landwirte für effiziente Energienutzung (Landwirt als Energiewirt, Nutzung der Potenziale).

Suissetec: Information und Sensibilisierung; branchenbezogene Aus- und Weiterbildung; Beitrag bei der Umsetzung des GEAK, Beratung (Energieberater des Handwerks).

energho: Steigerung der Energieeffizienz bestehender Gebäude durch Betriebsoptimierung und Modernisierung der technischen Anlagen in den von energho bearbeiteten Marktsegmenten.

Travail.Suisse legt den Schwerpunkt auf die energetische Gebäudesanierung und die Beschäftigung im Allgemeinen.

Holzenergie: Vernetzen der Akteure aller Ebenen der Holzenergienutzung; Betrieb eines umfassenden Kompetenzzentrums für alle Marktpartner in Form eines Informations- und Beratungsdienstes in allen Sprachregionen.

EPFL: Förderung der Kleinst- und Kleinwasserkraft in der Schweiz und in Entwicklungsländern.

Mobility: Weiterentwicklung und Vermarktung von CarSharing und dessen nahtlose Integration in einen kundenorientierten Mobilitätsmarkt Schweiz.

EcoCar und NewRide: Verbesserung der Rahmenbedingungen zur möglichst raschen Marktdurchdringung von effizienten Fahrzeugen durch Fördermassnahmen, Marketing und Kommunikation.

ETH: Beratung in wissenschaftlichen Fragen, Aus- und Weiterbildung.

SGV, Städteverband: Verbesserung des Informationsflusses an die Gemeinden. Mitwirkung und Organisation bei Weiterbildungsveranstaltungen.

ESfl, VSA: Nutzung des vorhandenen Netzwerks sowie Information und neutrale proaktive Beratung.

EcoDrive, e'mobile: Weiterentwicklung des bestehenden Konzeptes. Dazu gehören Qualitätssicherung, Aus- und Weiterbildung, Entwicklung von weiteren Massnahmen, Aufbau weiterer Partnerschaften.

DSV: Koordination, Information, Ausbildung und Unterstützung.

VSE: Übernahme der Koordination von Interessen der Elektrizitätsbranche im Rahmen der Ziele von ECH; Aus- und Weiterbildungsaktivitäten und Informationsaufgaben in der Elektrizitätsbranche.

Strasseschweiz: Koordination der Interessen des motorisierten Individualverkehrs im Rahmen der Ziele von ECH.

S.A.F.E.: Umsetzungsprojekte; Marktbeeinflussung auf allen Ebenen.

SuisseEole: Ermöglichen eines breit akzeptierten Ausbaus der Windenergienutzung in der Schweiz.

VCS: Unterstützung von ECH mit den Kommunikationsmitteln des VCS.

ISKB: Unterstützung der Umsetzung von ECH-Zielen.

HEV: Einbringen der Anliegen der Eigentümerschaften gegenüber ECH sowie weiterleiten der Strategien und Projekte von ECH zu den Direktbetroffenen im Gebäudebereich.

ProVelo: Koordination des Themas Velo; Entwicklung, Umsetzung und Kommunikation von Fördermassnahmen.

VUE: Beitrag zur Erreichung der Ziele der Erneuerbaren; Vertretung der Interessen des freiwilligen Marktes bei der Umsetzung von Massnahmen, insbes. die Entwicklung neuer Programme mit neuen Partnerschaften; Ausbau des bestehenden Netzwerks und Förderung des Dialogs.

auto-schweiz: Schnittstelle zur Automobilindustrie.

Öbu: Starke Kommunikation und Motivationsprogramme.

VBASA: Einsatz für gute Rahmenbedingungen und pragmatische, der Technologie angepasste Lösungen.

SWV: Verbesserung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, insbes. im Bereich der Interessensgegensätze zwischen Wasserkraftnutzung und Gewässerschutz.

SBB: Einbringen der eigenen Erfahrungen aus dem SBB-Energiesparprogramm ins Programm ECH; Nutzen des Netzwerks und der Instrumente von ECH im SBB-Energiesparprogramm; Mitgestalten der Massnahmenmischung, um die Energie- und Klimaziele im Mobilitätsbereich erreichen zu können.

FWS: Qualitätssicherung von Wärmepumpen stellt Betrieb und Effizienz sowie die richtige Planung und Verbauung sicher.

ESfG: Label Energiestadt als bewährtes Instrument weiter verankern; Plattform bieten für Produkte von ECH, welche sich an Städte und Gemeinden richten.

Swissmem: Verbreitung von Information an Mitglieder; Motivation der Mitglieder zur Umsetzung freiwilliger Massnahmen.

FEA: Koordination mit Europa; Einflussnahme auf internationale Entwicklung; Unterstützung und Zusammenarbeit mit BFE.

BiomassEnergie: Qualitätssicherung (QS), Aus- und Weiterbildung, Information; marktnahe Forschungsprogramme; Koordination der Akteure und der Märkte.

SGV: QS, Aus- und Weiterbildung, Koordination zwischen den verschiedenen Kantonen, strategische Unterstützung der Stromproduktion.

BAFU: Mitglied im Steuergremium und weiteren Arbeitsgruppen; Erarbeitung von zielführenden Rahmenbedingungen.

5.2.3 Weitere Aufgaben

Entec: Vernetzung relevanter Stakeholder; Info und Beratung, Moderation, Medienarbeit.

EREP: Koordination aller Akteure der Branche und des Netzwerks.

SWICO: Informations- und Registrierstelle von Energy Star inkl. Statistik der Verkäufe. Träger der Ausbildungsmodule für Berufsleute zur Energieeffizienz.

ee: Durchführen eines jährlichen energyday mit Industrie, Handel, Energiestädten, Grossverteilern, NGOs. Gerätedatenbank, Informationsmittel, Hotline für Handel und Konsumenten.

energho: Beratung im Bereich der betrieblichen Ressourcen; Weiterbildung und Schulung der Gebäudetreiber und Betriebsoptimierungsingenieure.

Holzenergie, Swissolar: Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen, Statistik; Ausstellungen und Tagungen; Kommunikationsoffensive; Multiplikatorenfunktion wahrnehmen; Aus- und Weiterbildung; Qualitätsmanagement; Projektaufträge; Strategieentwicklung; Zusammenarbeit mit den Kantonen.

EcoCar, NewRide: Information und Beratung von Politik und Verwaltung in Bezug auf energie- und umwelteffiziente Fahrzeuge und deren Abgrenzung zur Umsetzung von Fördermassnahmen; Initiieren und begleiten von Förderprojekten zur beschleunigten Markteinführung von energieeffizienten Fahrzeugen; Kompetenzzentrum.

EcoDrive: Erarbeitung und Kontrolle von Begleitmassnahmen für weitere Berufsfahrer, Neulenker; Etablieren von EcoDrive als nationaler Kompetenzstelle; Koordination der Akteure am Markt; Ausbau und Pflege von Partnerschaften.

e'mobile: Unabhängige Information und Beratung.

S.A.F.E.: Öffentlichkeitsarbeit; Zusammenarbeit mit massgebenden Organisationen im In- und Ausland.

FWS: Aus- und Weiterbildungsaktivität; Neutrale und kompetente Information; Fachstelle für Wärmetechnologie für Normengremien; Arbeit für gute politische Rahmenbedingungen; Verbindung von Herstellern, Installateuren, Planern, EVUs und Behörden.

SuisseEole: Begleitung und Unterstützung der Kantone bei raumplanerischer Behandlung der Windenergie; Förderung der Akzeptanz durch gezielte Medien- und Informationsarbeit; Konstruktiver Dialog mit den betroffenen Schutzorganisationen; Sicherstellung einer hohen Planungsqualität durch Etablierung eines QS-Systems.

ESfl: Übernehmen von Aufgaben im Bereich der direkten Förderung oder der Umsetzung von gesetzlichen Massnahmen; Verstärkung der Aus- und Weiterbildung unterstützen.

ESfG: Information, Aus- und Weiterbildung; Hilfestellungen und Umsetzungsinstrumente bieten; Erfolgskontrolle für Gemeinden.

Energiestadt: Energiepolitische Lobbyarbeit der Städte und Gemeinden; Weiterentwicklung der Beratungsunterlagen; Entwicklung von weiteren Umsetzungsinstrumenten; Controllingaufgaben der kommunalen Energiepolitik; Abstimmen mit europäischen Programmen.

HEV: Konstruktive und aktive Mitarbeit bei der Ausgestaltung weiterer Strategien und Umsetzungspläne.

VEL2: Mobility management; Pilotprojekte im Langsamverkehr; Projekte im Bereich der Ausbildung.

VUE: Aufgaben im Kontext mit den Aktionsplänen „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“; Information und Beratungstätigkeiten im Bereich der nachhaltigen Nutzung von erneuerbaren Energien im In- und Ausland.

SBV: Pflege und Ausbau der etablierten Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen von ECH.

Swissmem: Vermittlung von Effizienzlösungen und Best-Practice-Beispielen aus der MEM-Industrie.

FEA: Schaffung von Informationsgrundlagen; Einbindung der Branchen und ihrer Unternehmen; Bereitstellung von statistischem Material.

SVG: Niederschwelliges, regionales Angebot zur Information und Förderung der Erdwärmenutzung.

EPFL: Festlegung der genauen Emissionskompensationen für thermische Kraftwerke und Import von Emissionszertifikaten von Kleinst- und Kleinwasserkraftprojekten in Entwicklungsländern.

economiesuisse: Hand bieten zur Umsetzung von freiwilligen Massnahmen.

Kf: Zusammenarbeit mit der Industrie und die Suche nach tragbaren Lösungen mit eae.

5.3 Thematische Tätigkeitsfelder

Die EnDK et al. werden im Nachfolgeprogramm folgende Aktivitätsfelder abdecken: a) Energieeffizienz im Gebäudebereich; b) Erneuerbare Energien im Gebäudebereich; c) Abwärme- und Fernwärmenutzung; d) Einsatz erneuerbarer Energien ausserhalb des Gebäudebereichs; e) Mitwirkung bei der Aus- und Weiterbildung von Fachleuten; f) Bewusstseinsbildung bei Nicht-Fachleuten; g) Vorbildfunktion bei kantonalen Bauten und Anlagen; h) Federführung beim Verein MINERGIE; i) Information und Beratung in den Regionen, angepasst auf die regionalen Bedürfnisse.

VEL2 fördert die nachhaltige Mobilität in den Bereichen Marketing, Förderprogramme, Messeauftritte, Kommunikation und P&D-Projekte.

EREP wird sich im Bereich der energetischen Aufwertung der Biomasse, z.B. Biogas, betätigen.

electrosuisse ortet seine Möglichkeiten in den Bereichen Licht, Geräte und Motoren.

Die FWS erachtet die Erarbeitung von integralen Lösungen als sehr gut möglich, da die FWS in der Branche hervorragend vernetzt sei und auch mit der Strombranche und den Behörden gut zusammenarbeite.

Die AEE ist bei der Entwicklung von erneuerbaren Energien sowie deren Promotion im Gebäudebereich mittels Marketing und Ausbildung tätig.

ESfG ist bei den Themen Energie, Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit für die Akteure in den Gemeinden tätig.

e'mobile will Förderprojekte zur beschleunigten Markteinführung von effizienten Fahrzeugen mit neuen Antriebstechnologien oder Treibstoffen initiieren. Im Weiteren erachtet e'mobile die neutrale und unabhängige Kommunikation als ihren Tätigkeitsbereich.

Swissmem erwähnt die Energieeffizienz in der industriellen Produktion, das Ökodesign von Energie verbrauchenden Produkten sowie Effizienzlösungen für Energietransport und -übertragung, Gebäude und Prozesse als seine Tätigkeitsbereiche.

Die SBB wollen bei der Effizienzsteigerung in Gebäuden, Anlagen und Schienenverkehr sowie bei der Verkehrsverlagerung einen Beitrag leisten.

S.A.F.E. wird im Bereich der Elektrizitätseffizienz mit den Schwerpunkten Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik, Elektromotoren, Bürogeräte, Beleuchtung und Haustechnik aktiv sein.

Der VSA fokussiert sich auf den Bereich der Siedlungsentwässerung sowie die Aufbereitung und Entsorgung von Rohstoffen.

SWICO will bei der Beratung des BFE als Bindeglied zwischen der Schweiz, dem Ausland und der technologischen Entwicklung im Bereich des Abgleichs der gesetzlichen und freiwilligen Vorschriften tätig sein.

VUE hat seine Zertifizierungsaktivitäten auf alle Nutzungen von erneuerbaren Energien ausgedehnt, namentlich auf die Zertifizierung von Wärme, Kälte und Biomethan. Das Thema Energieeffizienz wird auch zunehmend wichtig.

Der DSV will in den Bereichen konventionelle Wasserkraftnutzung, erneuerbare Energien, Übertragung, Verteilung, Systemtechnik, Tarifmodelle und Effizienzmassnahmen eine aktive Rolle spielen. Der SWV wird in der Wasserkraftnutzung und der Förderung der erneuerbaren Energien tätig sein.

Der VSE ist über die gesamte Wertschöpfungskette der Elektrizitätswirtschaft von der Produktion bis zur Anwendung inklusive Systemtechnik tätig. Die CKW konzentriert sich auf die Bereiche Stromerzeugung, Erhaltung von Produktionskapazitäten und deren Effizienzsteigerung sowie die erneuerbaren Energien.

Kf deckt alle konsumrelevanten Bereiche sowie jene der erneuerbaren Energien ab.

SolarAgentur und SGS können in den Bereichen Gebäudetechnologie, Energieeffizienz und erneuerbare Energien aktiv sein.

strasseschweiz kann sich bei der Entwicklung neuer Programme mit neuen Partnerschaften sowie der Unterstützung von Fördermassnahmen zum beschleunigten Wechsel hin zu einer modernen Fahrzeugflotte engagieren.

Der HEV wird bei der Gebäudeerneuerung, der nachhaltigen Energieversorgung und den erneuerbaren Energien eine Rolle spielen.

Die SPS will bei der Förderung erneuerbarer Energien und der damit verbundenen dezentralen Stromversorgung, der Förderung der Energieeffizienz sowie beim Import von grünem Strom aktiv sein.

Holzenergie will sich auf die Bereiche Wärme- und Stromproduktion aus Holzenergie in Kombination mit Solarenergie und Minergie konzentrieren.

EcoDrive wird im Bereich der Mobilität in den Themen Information und Beratung sowie Aus- und Weiterbildung tätig sein.

ESfl möchte einerseits sein bestehendes Netzwerk ins Programm einbringen und andererseits eine Ausweitung bei der Umsetzung ins Auge fassen.

EcoCar und NewRide planen, ihre Aktivitäten auf das Initiieren und Begleiten von Förderprogrammen, Leuchtturm- und P&D-Projekten, Messeauftritte sowie Marketing und Kommunikation zu fokussieren.

Travail.Suisse bezeichnet die energetische Renovation von Gebäuden und die Verbreitung von Ausbildungsinformation unter den Mitgliedern als seine Tätigkeitsfelder.

ee erwähnt die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Internationales sowie Information und Koordination auf der Ebene der Industrie.

ProVelo will die Nullenergie-Mobilität fördern, namentliche das Velo Fahren in Alltag und Freizeit.

PAC'INFO deklariert die neutrale Information, die Berufsausbildung im Bereich der Wärmepumpen sowie die Organisation von Seminaren und Ausstellungen als seine Tätigkeitsbereiche.

Solarenergie zählt die Erarbeitung von Grundlagen für Medien und Entscheidungsträger, die Integration der Solarenergie in die Gebäudehülle, die Bewilligungspraxis für Solaranlagen sowie die Ausbildung von Fachleuten bzw. die Endkundeninformation in den Bereichen Photovoltaik und Solarwärme zu ihren Aktivitätsbereichen.

Der FEA erwähnt Öffentlichkeitsarbeit, Optimierung von Geräten, Verbrauchsinformation und Koordination in der Industrie als seine Tätigkeitsfelder.

SGCI sieht seinen Aufgabenbereich in der Industrie bei Produktionsanlagen und komplexen Prozessen.

Der SGV definiert sein Tätigkeitsfeld in allen strategischen Bereichen gemäss Kapitel 6.6 des Zwischenberichts, jeweils mit dem Fokus auf die Umsetzungsmöglichkeiten der Gemeinden und Städte.

energho nennt die Betriebsoptimierung technischer Anlagen in Gebäuden, die Beratung sowie die Aus- und Weiterbildung für Gebäudebetreiber und Ingenieuren zu seinen Tätigkeitsfeldern.

Der SBV nennt die Inlandproduktion von erneuerbaren Energien, den effizienten Energieeinsatz sowie die Sensibilisierung als seine Tätigkeitsbereiche.

Die EPFL definiert die erneuerbaren Energien und den Emissionshandel als seinen Aufgabenbereich.

5.4 Beiträge zu innovativen Konzepten und Verfahren

Der SVG verweist auf das von ihnen entwickelte Forschungs- und Entwicklungsprogramm „FEGES“, welches eine konsequente, resultat-orientierte und systematische Vorgehensweise für die Entwicklung der technischen Reife der Tiefengeothermie verfolgt.

Der SGV wird seine KMU im Sinne der Förderung von marktfähigen Lösungen für neue Technologien unterstützen.

Die Gemeinden schlagen intelligente Versorgungsnetze (Smart Grids) auf kommunaler Ebene vor.

Der VSA ist Bindeglied und Garant für fachliche und sinnvolle Umsetzung von allen ECH-Aktivitäten für seine Mitglieder.

Der FEA schlägt die Förderung von anwenderfreundlichen Manuals, weitere Anwendungen von Energieetiketten und Koordination mit den EU-Entwicklungen vor.

Die Berufsausbildung im Bereich der Wärmepumpen, ein Ausbildungs- und Informationskonzept zuhanden der kleinen Gemeinden und das Erstellen von Kompetenzzentren für Gebäuderenovation stehen für PAC'INFO im Vordergrund.

SGCI erwähnt das Ermöglichen eines Zugangs zu Anlagen und Prozessen für die Entwicklung und Verbesserung von neuen Verfahren und Methoden. Dabei sei eine Zusammenarbeit mit Hochschulen und spezialisierten Instituten wichtig.

Der SBV schlägt Infoanlässe für die Öffentlichkeit vor: „Power vom Bauer“ (Idee, dass jeder zum Energieproduzenten werden kann); „Kleinvieh macht auch Mist“ (Idee der dezentralen Energieversorgung).

Der SAB schlägt die Lancierung eigener Projekte wie dem Bus Alpin, die Unterstützung beim Wissens- und Technologietransfer in Bergregionen, die Stärkung der Grundversorgung in Bergregionen und die Stärkung des Grundsatzes der dezentralen Besiedlung vor.

ProVelo schlägt Aufbau, Weiterentwicklung und Durchführung von Förderaktionen wie „bike to work“, „bike2school“, „bike to shop“ und weitere Sensibilisierungsaktionen vor.

Die SBB sehen Möglichkeiten für innovative Konzepte im Eisenbahnverkehr (z.B. Zusammenspiel von Betriebsführung und Lokomotivführern) und im Gebäudebereich (z.B. Strahlungsheizungen in Industriewerken).

VEL2: Förderung von innovativen, marktnahen Lösungen wie P&D.

strasseschweiz kann sich als Plattform zur Willensbildung und Koordination der Akteure innerhalb seiner Branche zur Verfügung stellen.

Der VCS schlägt ein zielführendes Bonus-Malus-System bei der Importsteuer vor.

EcoDrive schlägt neben klassischen EcoDrive-Kursen die Entwicklung innovativer, niederschwelliger Projekte vor wie z.B. den Ausbau von Kooperationen mit einzelnen Wirtschaftszweigen, die Integration der Kernbotschaften in bestehende Aus- und Weiterbildungsangebote, die Kooperation mit dem Autogewerbe zur Beratung der Kunden oder die Weiterführung der erfolgreich gestarteten Kombination „Eco-Drive und Sicherheit“.

EcoCar, e'mobile und NewRide verlangen ein neues Förderprogramm im Umfang von 400-500 Millionen über 10 Jahre, welches die schnelle Markteinführung von besonders energie- und umwelteffizienten Fahrzeugen ermöglicht und den Marktanteil von EcoCars auf 40-50% erhöhen würde.

Holzenergie und Swissolar schlagen den Aufbau von Erfa-Plattformen zwecks Optimierung der gesamten Prozesskette, institutionalisierte Plattformen für wichtige Zielpublikumsgruppen, Ausbildungsmodulare für verschiedene Schulstufen, Weiterbildungsmodulare für Berufsleute und die Zusammenarbeit mit FHs und Hochschulen vor.

SuisseEole weist darauf hin, dass die Nutzung des Windenergiepotenzials langfristig entscheidend von der Akzeptanz abhängt. Die Erarbeitung, Erprobung und Etablierung neuer Konzepte zur Sicherstellung eines konstruktiven Dialogs an den vorgesehenen Standorten könne hier einen wesentlichen Beitrag für die Windenergie leisten.

Öbu sieht Möglichkeiten an der Schnittstelle zu Unternehmen, indem Erfolgsbeispiele aufgezeigt werden zwecks Motivierung weiterer Unternehmen.

ESfG erachtet die Umsetzung der 2000W-Gesellschaft in Städten und Gemeinden, die Vernetzung mit Europa und dessen Instrumente sowie die Quantifizierung der Energie- und CO₂-Reduktion als seinen Tätigkeitsbereich.

Entec schlägt einen verstärkten Austausch mit ähnlichen Organisationen im Ausland vor sowie einen Pool von Experten zwecks Qualitätssicherung.

EREP könnte einen Beitrag einerseits zur Vereinigung der Akteure auf dem Markt und andererseits zur verbesserten Kollaboration mit den Akteuren der nicht-energetischen Aufwertung von Biomasse leisten.

BiomassEnergie erwähnt Kooperationsmodelle mit EXU sowie die Zusammenarbeit mit Architekten und Immobilienbewirtschaftern als Möglichkeiten.

energho erkennt in einer ganzheitlichen Optimierung von technischen Anlagen in Gebäuden ein grosses Potenzial, wobei mit geringen Investitionen eine rasche Wirkung erzeugt werden könne. Dabei seien sämtliche Leistungen kompatibel zum System der Energieetikette für Gebäude. Dank der Entwicklung einer internetbasierten Informatiklösung könne das geplante Wachstum der Tätigkeit realisiert werden.

Für SWICO und eae steht der energyday als Sensibilisierungsmassnahme, die Ausdehnung der Energieetikette auf weitere Produkte und das Abstimmen der verschiedenen Instrumente (Ecodesign u.a.) aufeinander im Vordergrund. SWICO ergänzt, Nachhaltigkeit bestehe aus ecodesign ohne gefährliche Chemikalien, effizienter Anwendung und richtiger Entsorgung, wobei die Elemente nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften.

Energiestadt nennt a) die vertiefte Quantifizierung der Resultate in GWh und Tonnen CO₂, b) Zielvorgaben mit definierten Absenkpfeilen, c) eine weitere Vernetzung mit Europa über den European Energy Award und d) intelligente Versorgungsnetze auch auf kommunaler Ebene.

Kf schlägt Module für Kinder und Jugendliche in der Schule sowie die Bildung einer Community von effizienten Konsumenten vor.

SL stellt seine Kompetenzen bei der Integration landschaftlicher und umweltbezogener Kriterien in die Konzeption und Prozesse von ECH-Aktivitäten zur Verfügung.

Der HEV schlägt Mithilfe bei der Bekanntmachung neuer Verfahren und Angebote sowie das Zusammenbringen von Forschung und Entwicklung mit den Betroffenen vor.

Der SMV weist auf die grosse Nachfrage von Mietenden nach Informationen zum Sinn von geplanten Erneuerungen oder zum Energieverbrauch in einer Liegenschaft hin und verlangt daher einen guten Zugang zu Energieberatung für Mietende. Der SMV erachtet ein Internettool, welches den Mietenden und Wohneigentümern eine Informationsmöglichkeit gibt, als sinnvoll und würde hier die Zusammenarbeit mit dem BFE anbieten.

VUE hat innovative Angebote im Bereich des freiwilligen Marktes entwickelt. Dabei geht es insbesondere um das Ausschöpfen der Zahlungsbereitschaft einer breiten Kundschaft für erneuerbare, ökologische Energie, die Etablierung von Fördermechanismen für die Ökologisierung von Anlagen und für den Zubau von Produktionskapazitäten aus Erneuerbaren. Damit verbunden ist eine breite Palette an Kommunikationsmassnahmen.

Die EPFL bezeichnet die Entwicklung a) institutioneller und finanzieller Mechanismen zur Förderung von Mini- und Kleinwasserkraft und b) einer Methodologie für die Emissionskompensation von thermischen Kraftwerken als wichtige Elemente.

GroupeE erwähnt neue Wasserturbinen und die Entwicklung und Umsetzung einer Reihe von Speicher- und Produktionsanlagen als Möglichkeit.

Die CKW erachtet Pilotanwendungen, das Aufzeigen von Möglichkeiten und Grenzen, die dezentral produzierte Energie sowie die Energiespeicherung und das Lastmanagement als Möglichkeiten.

Der VSE schlägt ECH die Nutzung seines Fachnetzwerks zur Förderung innovativer Konzepte vor.

5.5 Finanzierung von ECH nach 2010

SGCI, VSA und EcoDrive erachten eine Erbringung von Eigenleistungen im Sinne personeller Ressourcen, PR, Weiterbildung, Infrastruktur oder Know-how als möglich. Für EcoDrive ist bei einigen Projekten eine PPP-Finanzierung und damit die Ausschüttung von finanziellen Mitteln möglich. Der SBV bietet nichtmonetäre Leistungen durch Synergiennutzung im Bereich der Bildung und Sensibilisierung an. Der VSA stellt eine Energiekommission mit Vertretern aus drei Sprachregionen als kompetente Ansprechpartner zur Verfügung.

energho peilt Ausbau und Weiterführung der heutigen Marktleistungen an, welche durch den Gebäudebetreiber bezahlt werden. Aktuell werden die von energho erbrachten Kundenleistungen vollständig aus Drittmitteln finanziert. Fremdmittel würden nur für den Verkauf, Anschubaktionen sowie die Weiterentwicklung von Leistungen verwendet.

Swissolar akquirierte in der Vergangenheit erfolgreich Mittel von Kantonen, Anbietern und Branchenverbänden, wodurch der Eigenmittelanteil stets erhöht werden konnte. Fussverkehr blickt bei der Akquirierung von Mitteln auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Kantonen und Firmen zurück. Bei ESfG werden Umsetzungsaktivitäten durch Städte und Gemeinden finanziert, während dem die Zusammenarbeit und Unterstützung durch die Kantone angestrebt wird.

economiesuisse argumentiert dahingehend, dass primär die Investitionen der Wirtschaft und die dazu erforderlichen Anreize im Vordergrund stehen müssen. Der Markt sei in der Lage, gute Produkte und Dienstleistungen ohne staatliche Subventionen umzusetzen, was auch vom VBSA unterstützt wird. VSE und DSV unterstützen das Ziel von ECH, marktnahe Drittmittel zu generieren. Die Akteure und Branchen seien im Rahmen ihrer Tätigkeit massgeblich an der Finanzierung zu beteiligen. Projekte seien wenn immer möglich mit PPP zu finanzieren, was auch von strasseschweiz und Gemeinden bekräftigt wird. Da Energiepolitik Verursacherpolitik ist, müssen finanzielle Mittel gemäss DSV den Verursachern entzogen werden.

Eigen- und Drittmittel können gemäss Entec durch Eigenleistung der beauftragten Akteure generiert werden. Swissem betont die Möglichkeit der Nutzung von Kontakten zu branchennahen Firmen. Für ProVelo muss es ein Ziel sein, die Drittmittelquote zu maximieren.

ESfl und S.A.F.E. orten im Rahmen ihrer neutralen Aktivitäten einen Spielraum für eine Finanzierung über Sponsoring von Veranstaltungen durch Firmen oder andere Institutionen. Die FWS weist namentlich auf die Möglichkeiten des Erhebens von Mitgliederbeiträgen, des Verkaufs von Dienstleistungen an den Markt und die Kantone, des Verkaufs von Aus- und Weiterbildung sowie das Sponsoring hin.

FEA und eae sind der Ansicht, dass Energieeffizienz als wichtiges Verkaufsargument genutzt werden kann, weil hier viel Geld in die Vermarktung und Forschung investiert wird.

Der HEV unterstützt gezielte Aktionen im Bereich der Gebäudeerneuerung und Energiesparmassnahmen. Der HEV kann Raum in der Mitgliederzeitung und damit Informationstransfer an seine Sektionen und Mitglieder zur Verfügung stellen.

BiomassEnergie will den Einbezug der Energieversorger verstärken. Der SVG möchte insbesondere in der Tiefengeothermie einen Schwerpunkt setzen. Die CKW ist gewillt, via Forschungsbudget und Branchenorganisationen Mittel zu generieren. Eigene Mittel könnten für Pilot- und Demonstrationsanlagen eingesetzt werden.

Ein allfälliger Mitteleinsatz der Elektrizitätsbranche ist gemäss VSE zu verhandeln.

5.6 Weitere Bemerkungen

Energiestadt, ESfG und Gemeinden erachten das „Energiestadt-Instrumentarium“ als optimal geeignet, um die Qualität der Energiepolitik auf kommunaler Ebene zu entwickeln und zu überprüfen. Die Controlling-Aufgabe sei auch auf europäischer Ebene weiter zu verstärken.

SWICO weist darauf hin, ICT und die Consumer Electronics hätte grosses Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit mit ECH. Dabei sei zu beachten, dass die Schweiz auf diesem Sektor keine Insel sei und Vorschriften der EU möglichst zeitgleich übernommen werden müssen, was auch eae und der FWS betonen.

Entec kann ein umfangreiches Netzwerk vorweisen, welches dank langjähriger internationaler Zusammenarbeit zustande gekommen ist. Dieses könnte in ECH nach 2010 einfließen.

EREP hat dank langjähriger Erfahrung in Energie 2000 und EnergieSchweiz einen Beitrag an die Entwicklung des Biogas geleistet. Die erworbenen Kompetenzen können auch im Bereich der Ausbildung eingebracht werden.

Gemäss ESfl ist in allen ihren Tätigkeitsbereichen mit einem Rückschritt zu rechnen falls ECH nicht weitergeführt werden sollte, da die meisten Projekte nicht von der Wirtschaft selbst ausgelöst würden.

energho beantragt, dass die Betriebsoptimierung und die Modernisierung der technischen Anlagen in bestehenden Gebäuden in einem künftigen Gebäudeprogramm den gleichen Stellenwert erhalten.

Swissolar spricht sich für eine Bündelung der Kräfte im Sinne einer Konzentration auf die etablierten Akteure im Markt aus. Im Weiteren verlangt Swissolar eine Überarbeitung des Werbekonzeptes von ECH und einen Abgleich mit den Werbekonzepten der einzelnen Akteure und Partner. Hier sei ein einheitlicher Auftritt von ECH als Qualitätslabel nötig.

Holzenergie könnte im Bereich des Vollzugs und der Kontrolle als unabhängige und neutrale Instanz Funktionen übernehmen. Im Weiteren wünscht sich Holzenergie die Rolle des einzigen und zentralen Ansprechpartners für ECH in Fragen der Holzenergie. Schliesslich würde Holzenergie gerne in Gremien des BFE bei der Entwicklung strategischer Fragen mitwirken.

EcoDrive bezeichnet die Massnahmen im Mobilitätsbereich als grundsätzlich schwer umsetzbar, weil das Bewusstsein klein und Verhaltensänderungen immer komplex seien. Daher werden pragmatische und schnell umsetzbare Projekte mit guter Wirkung verlangt. Im Weiteren sei der Aufbau, die Koordination und Pflege von Partnerschaften in Zukunft eine wesentliche Aufgabe.

EcoCar und NewRide positionieren sich als Kompetenzzentrum für energieeffiziente und umweltschonende Fahrzeuge beziehungsweise für Elektrozweiräder und haben dank starkem Netzwerk ein grosses Potenzial, alle relevanten Akteure in eine gemeinsame Strategie zur Erreichung der Ziele einzubinden.

Der VSE betont, für die Elektrizitätswirtschaft seien die Prinzipien der Subsidiarität und Kooperation von übergeordneter Bedeutung und verlangt daher, dass ECH nach 2010 in diesem Rahmen konzipiert wird. Die CKW verlangt zielgerichtetes Handeln subsidiär zu Marktaktivitäten, ohne Doppelspurigkeiten mittels einer schlanken Organisation.

Die SBB haben grosses Interesse daran, die bisher erfolgreiche Zusammenarbeit mit ECH weiterzuführen und auszubauen. Als mögliche Form wird ein „Long Term Agreement“ erwähnt. In der bisherigen Zusammenarbeit waren für die SBB die Forschungs- und Machbarkeitsstudien von grosser Bedeutung (z.B. Umwelloptimierungstool für den betrieblichen Verkehr zusammen mit Öbu und ECH).

VUE könnte aufgrund der erfolgreichen Etablierung seines Labels „naturemade star/basic“ bei der Sicherung der Qualität der Energie- und Stromproduktion aus dem Ausland eine Rolle spielen.

Der VBSA hat beschränkte personelle Ressourcen und bittet daher um effiziente und zielgerichtete Durchführung von Koordinationsanlässen.

Der VSA hat die Energiekommission ins Leben gerufen, welche sehr eng und erfolgreich mit ESfl zusammengearbeitet. Der VSA ist bereit, diese Aktivitäten auch über das Jahr 2010 hinaus gemeinsam mit ESfl anzugehen.

Der ISKB hat einen beachtlichen Leistungsausweis zur Förderung der Kleinwasserkraft in der Schweiz vorzulegen und erachtet daher eine Unterstützung durch ECH als logische Konsequenz davon.

Die EPFL erachtet es trotz neuer institutioneller Massnahmen wie der kostendeckenden Einspeisevergütung als notwendig, dass die Kleinst- und Kleinwasserkraft weiter gefördert werden.

6 Anhang

6.1 Liste der Konsultationsteilnehmer

Konsultationsteilnehmer	Abkürzung
Associazione Consumatrici della Svizzera italiana	ACSI
Association pour le développement des énergies renouvelables	ADER
Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz	AEE
Kanton Aargau	AG
Kanton Appenzell Innerrhoden	AI
Kanton Appenzell Ausserrhoden	AR
Vereinigung Schweiz Automobil-Importeure	auto-schweiz
Aktion für eine vernünftige Energiepolitik	AVES
Axpo	Axpo
Bundesamt für Umwelt	BAFU
Kanton Bern	BE
BiomassEnergie, Ernst Basler&Partner AG	BiomassEnergie
BKW Energie AG	BKW
Kanton Basel-Land	BL
Kanton Basel-Stadt	BS
C&CM Yvan Bucciol Conseils	C&CM
Verband schweizerischer Cementindustrie	cemsuisse
Centre Patronal, Lausanne	CentrePatronal
Centralschweizerische Kraftwerke	CKW
Eidgenössische Energieforschungskommission	CORE
Christlichdemokratische Volkspartei Schweiz	CVP
Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber	DSV
Energieagentur Elektrogeräte	eae
Agentur EcoCar	EcoCar
Quality Alliance Eco-Drive	EcoDrive
economiesuisse - Verband der Schweizer Unternehmen	economiesuisse
Verein Energy certificate system ECS	ECS
Energieforum Schweiz	EFCH
Schweizerischer Elektrotechnischer Verein	electrosuisse
Verband Für Elektrische und Effiziente Strassenfahrzeuge	e'mobile
Die Energie-Agentur der Wirtschaft	EnAW
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren EnDK	EnDK
energho	energho
Trägerverein Energiestadt	Energiestadt
Programm Kleinwasserkraftwerke Entec AG	Entec
EPFL Energy Center und MIR	EPFL
BiomassEnergie, EREP AG	EREP
EnergieSchweiz für Gemeinden	EsfG
EnergieSchweiz für Infrastrukturanlagen	EsfI
ETH Energy Science Center	ETH
Erdölvereinigung Schweiz	EV
Fachverband Elektroapparate	FEA
Kanton Fribourg	FR
Fussverkehr Schweiz	Fussverkehr
Fördergemeinschaft Wärmepumpen	FWS

Kanton Genf	GE
Schweizerischer Gemeindeverband	Gemeinden
Kanton Glarus	GL
Kanton Graubünden	GR
Greenpeace Schweiz	Greenpeace
Groupe e	GroupeE
Grüne Partei der Schweiz	Grüne
GS VBS Raum und Umwelt	GS-VBS
Hauseigentümerversband	HEV
Holzenergie Schweiz	Holzenergie
Interessengemeinschaft energieintensive Branchen	IGEB
Interessensverband Schweizerischer Kleinkraftwerksbesitzer	ISKB
Kanton Jura	JU
Konsumentenforum Schweiz	Kf
Kanton Luzern	LU
Mobility Schweiz	Mobility
Kanton Neuenburg	NE
NewRide	NewRide
Kanton Nidwalden	NW
Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften	Öbu
Kanton Obwalden	OW
PAC'INFO Sàrl, Yverdon-les-bains	PAC'INFO
Pro Natura	ProNatura
Pro Velo Schweiz	ProVelo
Schweizerische Agentur für Energieeffizienz	S.A.F.E.
Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete	SAB
Projektgruppe Stromversorgung der Akademien der Wissenschaften Schweiz	SATW
SBB Generalsekretariat	SBB
Schweizerischer Bauernverband	SBV
Stiftung SchweizMobil (Veloland CH)	SchweizMobil
Schweizerische Energiestiftung	SES
Kanton St.Gallen	SG
Schweizerischer Gewerkschaftsbund	SGB
Chemie Pharma Schweiz	SGCI
Schweizerische Greina-Stiftung	SGS
Schweizerischer Gewerbeverband	SGV
Kanton Schaffhausen	SH
Stiftung Konsumentenschutz	SKS
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz	SL
Schweizerischer Mieterverband (Deutschschweiz)	SMV
Kanton Solothurn	SO
Solar Agentur Schweiz	SolarAgentur
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SPS
Schweizerischer Städteverband	Städteverband
strasseschweiz - Verband des Strassenverkehrs	strasseschweiz
Suisse Eole	SuisseEole
Schweizerisch-Lichtensteinischer Gebäudetechnikverband	suissetec
Schweizerische Vereinigung für Geothermie	SVG

Schweizerische Wirtschaftsverband der Informations-, Kommunikations- und Organisationstechnik	SWICO
Organisation der schweizerischen Stromverbundunternehmen	swisselectric
Berufsverband der Ingenieure und Architekten STV	swissengineering
Verband der schweiz. Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie	Swissmem
Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie	Swissolar
Wasserwirtschaftsverband	SWV
Kanton Schwyz	SZ
Kanton Thurgau	TG
Kanton Tessin	TI
Arbeitnehmerverband	Travail.Suisse
Kanton Uri	UR
Verband der Betriebsleiter und Betreiber Schweizerischer Abfallbehandlungsanlagen	VBSA
Verkehrsclub der Schweiz	VCS
Kanton Waadt	VD
Associazioni per la mobilità sostenibile	VEL2
Verband Fernwärme Schweiz	VFS
Vereinigung zum Schutz kleinerer und mittlerer Bauern	VKMB
Verband des Personals Öffentlicher Dienste	VPOD
Kanton Wallis	VS
Verband Schweizerischer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute	VSA
Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen	VSE
Verband der Schweizer Gasindustrie	VSG
Verband Textilpfleger Schweiz	VTs
Verein für umweltgerechte Energie	VUE
WWF Schweiz	WWF
Kanton Zug	ZG
Kanton Zürich	ZH

Teilnehmer Hearing der Bundesämter	Abkürzung
Bundesamt für Raumentwicklung	ARE
Bundesamt für Strassen	ASTRA
Bundesamt für Gesundheit	BAG
Bundesamt für Verkehr	BAV
Bundesamt für Wohnungswesen	BWO
Eidgenössische Alkoholverwaltung	EAV
Eidgenössisches Departement des Innern	EDI
Eidgenössische Finanzverwaltung	EFV
Staatssekretariat für Wirtschaft	SECO
Eidg. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport	VBS
Wettbewerbskommission	WEKO

EnergieSchweiz

Bundesamt für Energie BFE, Mühlestrasse 4, CH-3063 Ittigen · Postadresse: CH-3003 Bern
Tel. 031 322 56 11, Fax 031 323 25 00 · contact@bfe.admin.ch · www.energie-schweiz.ch